



Sächsischer Landtag

82. Sitzung

4. Wahlperiode

Beginn: 10:01 Uhr

Dresden, 8. Juni 2007, Plenarsaal

Schluss: 16:55 Uhr

Inhaltsverzeichnis

0	Eröffnung	6777		2. Aktuelle Debatte	
	Änderung der Tagesordnung	6777		Der sächsische Wald im Klima-	
	Dr. Johannes Müller, NPD	6777		wandel – Gefährdungen und Hand-	
				lungsnotwendigkeiten	
				Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/	
				DIE GRÜNEN	6790
1	Aktuelle Stunde			Johannes Lichdi, GRÜNE	6790
	1. Aktuelle Debatte			Frank Kupfer, CDU	6791
	Neue Strukturfondsförderperiode			Elke Altmann, Linksfraktion.PDS	6792
	2007 bis 2013 – neue Chancen für			Dr. Liane Deicke, SPD	6793
	Innovation, Beschäftigung und			Dr. Johannes Müller, NPD	6794
	Bildung			Tino Günther, FDP	6795
	Antrag der Fraktionen der CDU			Elke Herrmann, GRÜNE	6795
	und der SPD	6777		Tino Günther, FDP	6795
	Prof. Gunter Bolick, CDU	6777		Elke Herrmann, GRÜNE	6796
	Mario Pecher, SPD	6778		Frank Kupfer, CDU	6797
	Heiko Hilker, Linksfraktion.PDS	6779		Johannes Lichdi, GRÜNE	6797
	Jürgen Gansel, NPD	6780		Frank Kupfer, CDU	6797
	Sven Morlok, FDP	6781		Elke Altmann, Linksfraktion.PDS	6798
	Antje Hermenau, GRÜNE	6782		Frank Kupfer, CDU	6798
	Thomas Hermsdorfer, CDU	6783		Elke Altmann, Linksfraktion.PDS	6798
	Mario Pecher, SPD	6784		Dr. Matthias Röbler, CDU	6799
	Caren Lay, Linksfraktion.PDS	6785		Elke Altmann, Linksfraktion.PDS	6799
	Prof. Gunter Bolick, CDU	6786		Tino Günther, FDP	6799
	Antje Hermenau, GRÜNE	6787		Johannes Lichdi, GRÜNE	6799
	Thomas Jurk, Staatsminister für			Stanislaw Tillich, Staatsminister für	
	Wirtschaft und Arbeit	6787		Umwelt und Landwirtschaft	6800
	Prof. Dr. Peter Porsch,			Johannes Lichdi, GRÜNE	6800
	Linksfraktion.PDS	6787		Stanislaw Tillich, Staatsminister für	
	Thomas Jurk, Staatsminister für			Umwelt und Landwirtschaft	6800
	Wirtschaft und Arbeit	6787			

2	Fragestunde			
	Drucksache 4/8875	6801		
	– Einführung des elektronischen Dienstausweises für Behörden im Freistaat Sachsen (Frage Nr. 4)	6801		
	Winfried Petzold, NPD	6801		
	Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	6801		
	– Beantwortung der Kleinen Anfrage 4/7604 (Frage Nr. 1)	6802		
	Dr. Jürgen Martens, FDP	6802		
	Helma Orosz, Staatsministerin für Soziales	6802		
	– G8-Gipfeltreffen vom 6. bis 8. Juni 2007 und Sicherheitsmaßnahmen in Sachsen (Frage Nr. 2)	6802		
	Johannes Lichdi, GRÜNE	6802		
	Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	6802		
	Johannes Lichdi, GRÜNE	6803		
	Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	6803		
	Johannes Lichdi, GRÜNE	6803		
	Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	6803		
	– Befristete Stellen in Hartz-IV-Behörden im Freistaat Sachsen (Frage Nr. 5)	6803		
	Winfried Petzold, NPD	6803		
	Helma Orosz, Staatsministerin für Soziales	6803		
	– Beobachtung der Organisierten Kriminalität durch das Landesamt für Verfassungsschutz (Frage Nr. 3)	6803		
	Dr. Jürgen Martens, FDP	6803		
	Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	6804		
	– Biozidrückstände in Erdbeeren (Frage Nr. 7)	6804		
	Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE	6804		
	Helma Orosz, Staatsministerin für Soziales	6804		
	Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE	6804		
	Helma Orosz, Staatsministerin für Soziales	6804		
	– Unklarheiten über die Bundesmittel für die Waldschlösschenbrücke (Frage Nr. 6)	6804		
	Holger Zastrow, FDP	6804		
	Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	6805		
	Holger Zastrow, FDP	6805		
	Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	6805		
	– Antidiskriminierungsmaßnahmen der Staatsregierung (Frage Nr. 8)	6805		
	Elke Herrmann, GRÜNE	6805		
	Helma Orosz, Staatsministerin für Soziales	6805		
	Schriftliche Beantwortung weiterer Fragen	6806		
	– Großbrand auf der Deponie Gröbern (bei Meißen) (Frage Nr. 9)	6806		
	Antje Hermenau, GRÜNE	6806		
	Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	6806		
	– (Nachfrage zu Frage 2)			
	Johannes Lichdi, GRÜNE	6806		
	Dr. Albrecht Buttolo, Staatsminister des Innern	6806		
3	Umsetzung des Bologna-Prozesses an den sächsischen Hochschulen und Studienakademien			
	Drucksache 4/7762, Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Antwort der Staatsregierung	6807		
	Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE	6807		
	Prof. Dr. Cornelius Weiss, SPD	6808		
	Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE	6808		
	Prof. Dr. Roland Wöller, CDU	6809		
	Heike Werner, Linksfraktion.PDS	6810		
	Dr. Simone Raatz, SPD	6812		
	Jürgen Gansel, NPD	6814		
	Torsten Herbst, FDP	6815		
	Dr. Eva-Maria Stange, Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst	6817		
	Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 4/8988	6819		
	Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE	6819		
	Prof. Dr. Roland Wöller, CDU	6820		
	Heike Werner, Linksfraktion.PDS	6821		
	Torsten Herbst, FDP	6822		
	Abstimmung und Ablehnung	6822		

Eröffnung

(Beginn der Sitzung: 10:01 Uhr)

Präsident Erich Iltgen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 82. Sitzung des 4. Sächsischen Landtags.

Folgende Abgeordnete, von denen Entschuldigungen zu unserer heutigen Sitzung vorliegen, sind beurlaubt: Herr Prof. Dr. Milbradt, Herr Winkler, Herr Dr. Friedrich, Herr Dr. Schmalfuß, Frau Schütz, Frau Bonk und Frau Mattern.

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Folgende Redezeiten hat das Präsidium für die Tagesordnungspunkte 3 bis 11 festgelegt: CDU 127 Minuten, Linksfraktion.PDS 99 Minuten, SPD 64 Minuten, NPD, FDP und GRÜNE je 50 Minuten, fraktionslose MdL je 7 Minuten und die Staatsregierung 99 Minuten.

Meine Damen und Herren, in der Ihnen vorliegenden Tagesordnung bitte ich die Tagesordnungspunkte 3 bis 7,

3. Lesungen, zu streichen, da wir diese bereits gestern behandelt haben. Meine Damen und Herren, ich frage, ob es weitere Anträge zur heutigen Tagesordnung gibt. – Das scheint der Fall zu sein. Bitte, Herr Dr. Müller.

Dr. Johannes Müller, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie bereits angekündigt, möchte meine Fraktion den Alltagesordnungspunkt 12, unseren Antrag zu Gen-Mais, von der Tagesordnung nehmen, da er gestern gemeinsam mit dem Antrag der Linksfraktion.PDS behandelt wurde und damit erledigt ist.

Präsident Erich Iltgen: Danke schön. – Ich bitte zur Kenntnis zu nehmen, dass der Tagesordnungspunkt 12 gestrichen werden kann. Gibt es weitere Anträge auf Streichung? – Dann lassen wir es so, wie es ist, und die vorliegende Tagesordnung gilt als bestätigt.

Meine Damen und Herren! Ich rufe deshalb auf den

Tagesordnungspunkt 1

Aktuelle Stunde

1. Aktuelle Debatte: Neue Strukturfondsförderperiode 2007 bis 2013 – neue Chancen für Innovation, Beschäftigung und Bildung

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

2. Aktuelle Debatte: Der sächsische Wald im Klimawandel – Gefährdungen und Handlungsnotwendigkeiten“

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Verteilung der Redezeit für die Aktuellen Debatten hat das Präsidium wie folgt vorgenommen: CDU 39 Minuten, Linksfraktion.PDS 26 Minuten, SPD

14 Minuten, NPD und FDP je 12 Minuten, GRÜNE 17 Minuten und die Staatsregierung 20 Minuten.

Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zu

1. Aktuelle Debatte

Neue Strukturfondsförderperiode 2007 bis 2013 – neue Chancen für Innovation, Beschäftigung und Bildung

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

Als Antragstellerinnen haben die Fraktionen der CDU und der SPD das Wort, danach in der ersten Runde Linksfraktion.PDS, NPD, FDP, GRÜNE und die Staatsregierung. Die Debatte ist eröffnet. Ich bitte, dass die Fraktion der CDU das Wort nimmt. Herr Prof. Bolick, bitte.

Prof. Gunter Bolick, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie in vielen Bereichen sind wir Sachsen allen anderen auch bei der Genehmigung der Strukturfonds um mehr als eine Nasenlänge voraus.

(Widerspruch des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS)

Anfang Mai unterzeichnete unser Ministerpräsident in Hof das Operationelle Programm für den Freistaat für die nächsten sieben Jahre der neuen Förderperiode. Damit haben wir als erstes der neuen Bundesländer eine sichere Komponente zur Finanzierung und damit zur Gestaltung unserer weiteren wirtschaftlichen Entwicklung und können unseren beispielgebenden Aufschwung mit neuer Dynamik fortsetzen.

Sachsen hat die Mittel aus den vorangegangenen Förderperioden vorbildlich genutzt und die Ergebnisse können sich sehen lassen. Wir sind vorn bei der wirtschaftlichen Gesamtleistung und beim Export, bei Wachstum und

Beschäftigung, bei Bildung und Innovation. Mit den sächsischen Universitäten und Hochschulen, Berufsakademien und Instituten sind wir zunehmend in der Lage, den wissenschaftlich-technischen Höchststand mitzubestimmen. Unsere Verkehrsinfrastruktur hat sich in den 15 Jahren entscheidend entwickelt. Wir sind für die Zukunft gerüstet.

Aber so positiv die Entwicklung für Sachsen auch ist, im Vergleich zu den alten Bundesländern und im europäischen Maßstab hat Sachsen noch viele Probleme zu lösen. Der selbsttragende Aufschwung ist noch nicht erreicht. Deshalb sind wir dankbar für die bereitgestellten Programme. In der neuen Förderperiode stehen dem Freistaat insgesamt 3 963 Millionen Euro zur Verfügung; davon den überwiegenden Anteil, nämlich 78 %, im Bereich des EFRE zu verwenden ist eine richtige Entscheidung. Hier hat die CDU-Fraktion schon vor einigen Jahren eine wichtige Weichenstellung vorgenommen. Wir können damit einen größeren und entscheidenden Beitrag für die Stärkung unserer Wirtschaft, den Ausbau unserer Bildungs- und Forschungseinrichtungen und unsere Infrastruktur leisten. Nur so werden die fehlenden Arbeitsplätze entstehen. Der früher wesentlich höhere Anteil der Sozialfondsmittel hat aus meiner Sicht nur manchem Bildungsträger zur wirtschaftlichen Blüte verholfen. Den oftmals in allen möglichen Bildungsmaßnahmen qualifizierten Arbeitslosen wurde dadurch kaum geholfen, einen Dauerarbeitsplatz zu finden.

Tatsache ist, dass wir in etlichen Branchen Mangel an qualifiziertem Personal haben, auch und gerade außerhalb der Zentren, auch in der Oberlausitz. Mit dem derzeit in Diskussion und Abwägung befindlichen Operationellen Programm für den Europäischen Sozialfonds müssen wir diese Situation berücksichtigen und in unsere Menschen derart investieren, dass diese in der Lage sind, den Fachkräftebedarf und die wachsenden Anforderungen der Wirtschaft an qualifiziertes Personal zu erfüllen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Die Schwerpunktsetzungen des EFRE sind ausgewogen, zukunftsfähig und ein Beweis dafür, dass die Vorgaben der Lissabon-Agenda sorgfältig in die Strategien Sachsens integriert wurden. Die Stärkung von Innovation, Wissenschaft und Forschung schlägt sich besonders bei der Förderung von wirtschaftsnahen F/E-Verbundprojekten und im Technologietransfer nieder. Es muss unser Ziel sein, die Ergebnisse der Grundlagenforschung noch stärker als bisher in die Prozesse unserer Unternehmen zu überführen, um weitere Wettbewerbsvorteile für Sachsen zu schaffen. Was in Sachsen erfunden wird, sollte seine Umsetzung auch in erster Linie in Sachsen erfahren. Dadurch schaffen wir wirtschaftlichen Aufschwung und zusätzliche Arbeitsplätze. Die zahlreichen Institute, Forschungseinrichtungen und Technologiezentren müssen diesen Weg als Katalysatoren positiv beeinflussen.

Mit der zusätzlichen Aufnahme der sächsischen Exzellenzinitiative muss es uns gelingen, im nationalen und internationalen Wettbewerb in der Wissenschaftsland-

schaft an Einfluss zu gewinnen und unsere Hochtechnologien weiter auszubauen. Kollege Hermsdorfer wird darauf noch näher eingehen. Wenn wir das hohe Niveau der in Sachsen angesiedelten Hochtechnologien in den Bereichen Nano- und Biotechnologie, IT und Kommunikation beibehalten wollen, ist es überaus wichtig, neue Unternehmen bei Gründungen zu unterstützen. Hierzu dient das Risikokapital für junge Technologieunternehmen, welches besonders die Ausgründungen aus unseren Hochschulen und Universitäten begleiten kann.

Im Schwerpunkt der Verbesserung der Bildungsinfrastruktur tragen wir der aktuellen Entwicklung der Schülerzahlen und dem hohen Niveau der Unterstützung aus früheren Förderperioden durch Absenkung der Förderung für die Zentren für schulische Bildung Rechnung. Der Freistaat verfügt über eine Vielzahl leistungsfähiger Berufsschulen, sowohl im staatlichen als auch im privaten Bereich. Mit dem Rückgang von Schulabgängern und der damit im Zusammenhang stehenden rückläufigen Zahl an Auszubildenden muss auch ein Umdenken in diesem Bereich stattfinden: nicht Ausbildung um jeden Preis, sondern bedarfsgerecht und mit Blick auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse der sächsischen Unternehmen.

(Beifall bei der CDU)

Die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der gewerblichen Wirtschaft –

Präsident Erich Iltgen: Bitte zum Schluss kommen.

Prof. Gunter Bolick, CDU: – bleibt im EFRE nach wie vor auf hohem Level, auch wenn wir uns besonders bei der einzelbetrieblichen Förderung noch mehr gewünscht hätten.

Unsere Wirtschaft boomt. Neben Neuansiedlungen sind es in erster Linie unsere sächsischen Unternehmen, die den Aufschwung nutzen, um zu expandieren. Lassen Sie uns die Chance nutzen, den durch die frühzeitige Genehmigung des Operationellen Programms gewonnenen Vorlauf gemeinsam in eine weitere Erfolgsgeschichte für Sachsen zu verwandeln.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der SPD das Wort. Herr Pecher, bitte.

Mario Pecher, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die allgemeinen Ziele der neuen Förderperiode werden im nationalen strategischen Rahmenplan für die Bundesrepublik Deutschland festgelegt. Grundlage ist die Lissabon-Strategie des Europäischen Rates aus dem Jahr 2000, die die grundlegenden strategischen Ziele der Europäischen Union neu formulierte. Danach soll die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsstandort der Welt werden, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren

Arbeitsplätzen und einem größeren, besseren Zusammenhalt zu erzielen.

Im Jahr 2001 wurde auf dem Europäischen Rat von Göteborg der wirtschaftlichen und sozialen Dimension dieser Strategie die Umweltdimension als gleichrangig hinzugefügt. Im März 2005 wurde nach Evaluierung eine neue Halbzeitstrategie verabschiedet. Diese Strategie verfolgt Folgendes:

1. wirtschaftlichen Wohlstand
2. soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt
3. Umweltschutz.

Daraus abgeleitet, ergeben sich für Sachsen insbesondere drei große Herausforderungen für die nächsten Jahre:

- a) der sich weiter beschleunigende technologische Wandel
- b) die damit einhergehende fortschreitende Globalisierung und
- c) der sich radikal verändernde Altersaufbau der Gesellschaft.

Innerhalb dieses Rahmenplanes leistet der EU-Strukturfonds einen wichtigen Beitrag für Sachsen, eigene strategische Ziele zu erreichen: Innovation und Ausbau der Wissensgesellschaft sowie Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Hierzu gehört die gezielte Investition in Forschung und technologische Entwicklung und in unternehmerische Initiativen. Dazu zählt die Erhöhung der Attraktivität der Regionen für Investitionen und Einwohner durch nachhaltige Regionalentwicklung.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Dann machen Sie es doch!)

Das sind insbesondere die Verkehrsinfrastruktur und die Steigerung der Synergien zwischen Umweltschutz und Wachstum. Da ist der Arbeitsmarkt auf neue Herausforderungen auszurichten für mehr und bessere Arbeitsplätze; insbesondere sind mehr Menschen an das Erwerbsleben heranzuführen. Natürlich zählt dazu, Regionen chancen- und ausgleichsorientiert weiterzuentwickeln.

Gestatten Sie mir im ersten Teil meiner Ausführungen insbesondere einen Rückblick auf das vergangene OP, bevor ich im zweiten Teil auf das zukünftige oder jetzt neu beschlossene komme.

Was hat in den letzten Monaten, ja eigentlich in den letzten beiden Jahren häufig für Aufregung und Schlagzeilen gesorgt? Mit Beginn der Koalition vielleicht der Umstand, dass es gelungen war, 150 Millionen Euro ESF-Mittel durch nachhaltige Verhandlungen mit der EU-Kommission in EFRE umzuschlüsseln? Das kann man zweifelsohne sogar als nicht unbedingt finanzpolitischer Sprecher als Erfolg feiern – 150 Millionen Euro europäischen Geldes, die kein anderes Land als Sachsen erhält bzw. erhalten hat! Damit wurde auch eine Fehlsteuerung gewisser Vorgänger so korrigiert, dass zumindest kein zusätzliches Geld nach Brüssel zurückfließen musste.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Wer war denn das?)

Weiterhin hat uns alle häufig gestört, dass 2005 und 2006 je knapp 43 Millionen Euro verfallen sind, das heißt, in Sachsen nicht eingesetzt werden konnten. Doch hat in der Diskussion derjenige die Prügel eingesteckt, der sie verdient hat? Jeder hier im Raum weiß oder sollte wissen, dass die durch die Förderrichtlinien unteretzten Programme Einzelmaßnahmen fördern, die auf Passgenauigkeit zum OP von der EU überprüft werden.

Nun sind die Wege auch im Zeitalter der digitalen Datenübermittlung oft länger als erwartet. Das heißt, dass 2005 über die Rückgabe der Mittel entschieden wurde, die 2003 nicht abgeflossen sind, 2006 diejenigen, die durch mangelnden Einsatz seit 2004 mehr oder weniger herumlagen. Was lehrt uns das? Im vorhergehenden OP waren seinerzeit die Mittel durch die Amtsvorgänger nicht OP-konform oder bei ESF schlechterdings teils gar nicht eingesetzt worden, sodass der jetzige stellvertretende Ministerpräsident nach Brüssel zurücküberweisen musste. Er hat also öffentlich die Quittung für eine Mahlzeit bekommen, die er weder bestellt noch gegessen hat. Er saß allerdings, als der Kellner kam, 2004 am Regierungstisch.

Auf die Ausrichtung des neuen OP möchte ich gern im zweiten Teil meiner Rede eingehen.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Linksfraktion.PDS das Wort. Herr Hilker, bitte.

Heiko Hilker, Linksfraktion.PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Prof. Bolick, Herr Pecher, ich frage mich, was an dieser Debatte aktuell ist. Der Titel lautet: „Neue Strukturfondsförderperiode 2007 bis 2013 – neue Chancen für Innovation, Beschäftigung und Bildung“. Es kommt mir so vor, als wollten Sie mit uns darüber debattieren, wie diese Strukturfondsperiode ausgestaltet werden soll. Wir alle wissen, dass Sie da weit zu spät kommen. Wir können auch feststellen, dass Sie sich bisher jeder Debatte der Ausgestaltung dieser Periode verweigert haben.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS
und den GRÜNEN)

Meine Fraktion, aber auch andere Fraktionen haben sowohl im Wirtschaftsausschuss als auch im Parlament immer wieder eine Debatte über Prioritäten angemahnt. Wir haben Vorschläge vorgelegt. Doch Sie haben das getan, was Sie tun wollten, ohne das ganze Parlament einzubeziehen. Ja, was haben Sie getan? Sie haben im Wesentlichen die Mittel in Beton konzentriert statt in Bildung, wie es breit übergreifend immer wieder in diesem Hause gefordert wurde.

Unsere Vorschläge lagen auf dem Tisch. Ich möchte an unseren Doppelhaushalt erinnern. Ich möchte daran

erinnern, dass wir ein Förderprofil vorgelegt haben und schon seit 2000 eine Innovationsstiftung fordern, dass mehr Mittel in die Innovation im Freistaat Sachsen fließen sollen.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Jetzt steht alles fest, jetzt ist alles genehmigt, jetzt wollen Sie einen Erfolg feiern, der gar nicht Ihr Erfolg ist, meine Damen und Herren. Stimmt es denn, wie Wirtschaftsminister Jurk gestern in der Regierungserklärung sagte, ich zitiere: „Die Koalition hat hier den Schwerpunkt verlagert von Investition in die klassische Infrastruktur hin zu mehr Förderung von Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation.“? Nein, es stimmt nicht. Es war nämlich die Europäische Kommission, die Sie unter Druck gesetzt hat. Ich möchte hier zitieren: „Die Europäische Kommission fordert zur Verbesserung der Genehmigungsfähigkeit des sächsischen Programms eine Erhöhung des Anteils der Lissabon-konformen Ausgaben auf mindestens 50 %.“ Beim ersten Entwurf waren es 55 %. Die Europäische Kommission fordert, dass die Mittel für die Bereiche Forschung, Entwicklung und Innovation erhöht werden. Das, was Sie heute hier darstellen, was Ihr Erfolg sein soll, ist gar nicht Ihr Erfolg. Sie mussten auf Druck anderer nacharbeiten.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Wie haben Sie nachgearbeitet? Sie haben das gemacht, was wir schon seit Jahren fordern. Sie haben den Straßenbau gekürzt, immerhin 100 Millionen Euro, und Sie haben mehr Geld ausgegeben für die Hochschulen, mehr Geld für den Technologietransfer, mehr Geld für F/E-Verbundprojekte sowie für umweltfreundliche Verkehrsträger. Jetzt wird als Erfolg erklärt, was wir schon lange verlangt haben. Wir sind Ihnen dankbar. Nur durch die EU ist es dazu gekommen, dass mehr Geld für Bildung ausgegeben wird und weniger für Beton. Die Folge ist: 190 Millionen Euro mussten umgeschichtet werden, nachdem der Haushalt gerade einmal vier Monate verabschiedet war. Diese Umschichtung erfolgte an dem vorbei, der der Gesetzgeber ist, und zwar wir, das Parlament.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS,
der FDP und den GRÜNEN)

Gerade wir wollten die Prioritäten setzen, wir wollten mit Ihnen darüber debattieren, wie diese Gelder ausgegeben werden. Wir stellen fest, dass bis zum heutigen Tage dem gesamten Landtag keine entsprechende Information darüber vorliegt, dass umgeschichtet werden musste und wie umgeschichtet wurde. So frage ich Sie, Herr Prof. Bolick, Herr Pecher, was an dieser Debatte aktuell ist. Aktuell ist, dass die Koalition, dass die Staatsregierung wieder einmal nacharbeiten mussten. Das zeigt uns, dass die Koalition öfter auf die Opposition hören sollte.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Aktuell ist, dass hinterher Korrekturen als Erfolg erklärt werden. Das alles ist zwar nicht neu, aber immer wieder aktuell.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der NPD das Wort. Herr Gansel, bitte.

Jürgen Gansel, NPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute will die Koalition über die neue EU-Strukturförderperiode plaudern, schönfärbisch, selbstbeweihräuchernd und vor allem folgenlos.

Von der Opposition gab es seit dem Frühjahr 2006 immer wieder Vorstöße, um etwas Transparenz in den Prozess der Erstellung der Operationellen Programme zu bringen. Vor allem wurde immer wieder Diskussionsbedarf über die strategische Ausrichtung des Einsatzes der EFRE- und ESF-Mittel angemahnt. Doch eine wirkliche Beteiligung des Landtages wurde von den Mehrheitsfraktionen der Koalition stets verhindert, obgleich hier massive Haushaltsaspekte berührt waren und sind.

Genau die gleichen Koalitionsfraktionen, die sich über ein Jahr lang über die neue EU-Strukturfondsförderperiode regelrecht ausgeschwiegen haben, verspüren nun hier und heute das Bedürfnis nach einer lockeren Plauderei, jetzt, wo alle Entscheidungen im Alleingang der Staatsregierung bereits getroffen worden sind.

Wir alle wissen, dass die EU-Strukturfördermittel wie auch die Mittel aus dem Solidarpakt II weniger werden und es für Sachsen darauf ankommt, eine selbsttragende und vor allem Beschäftigung schaffende Wirtschaftsentwicklung ins Werk zu setzen.

Ist diese Mittelverwendung der Staatsregierung aus den EU-Strukturfonds nun dazu geeignet, dies zu bewerkstelligen? Nach Auffassung der NPD-Fraktion nicht.

Knapp 4 Milliarden Euro an Strukturfondsfördermitteln stehen bis 2013 zur Verfügung. Von den über 3 Milliarden Euro aus dem EFRE soll ein Löwenanteil von mehr als 1,2 Milliarden Euro auf die sogenannte Prioritätsachse I „Stärkung von Innovation, Wissenschaft, Forschung und Bildung“ entfallen. Dies ist grundsätzlich sinnvoll, doch droht das Land Sachsen als Ganzes davon wenig zu haben, weil wieder einmal nur die sogenannten Leuchttürme mit ihren gewissen Wachstums- und Technologiepotenzialen Empfänger des Geldes sein werden. Der Anteil der EFRE-Mittel im Bereich der Prioritätsachse I wurde auf 40 % aufgestockt. Für die NPD-Fraktion ist es aber fraglich, ob ein derartiger Mitteleinsatz für eine an globaler Kapitalverwertung orientierte Forschungspolitik die bitter nötigen Beschäftigungsimpulse auslösen wird. Eine breite Belebung des Arbeitsmarktes ist durch eine bloße Leuchtturmpolitik nicht zu erwarten. Die NPD-Fraktion sieht ein Grundproblem der sächsischen Wirtschaftsstruktur in der nach wie vor dünnen Eigenkapitalausstattung der kleinen und mittelständischen Unternehmen. Weil in der neuen Förderperiode weniger Geld zu verteilen ist als in der vorhergehenden, und zwar rund

10 % weniger, hätten wir uns gewünscht, dass die EFRE-Anteile in den Prioritätsachsen I und II, das heißt auch bei der Infrastruktur, etwas zurückgenommen werden, damit mehr Mittel für die einzelbetriebliche Förderung und Zinsverbilligungen im Rahmen des GuW-Darlehensprogramms zur Verfügung stehen.

Auch in Sachsen hätte man die Energieeffizienz zu einem Förderkriterium für die kleinen und mittelständischen Unternehmen machen können. Das Wirtschaftsministerium selbst hat wiederholt eingeräumt, dass die Förderung der kleinen und mittelständischen Unternehmen einen besonders hohen Beschäftigungseffekt aufweist und zur Stärkung der Innovationskraft von Unternehmen sowie der Stärkung der Binnennachfrage beiträgt.

Welche Beschäftigungschancen sollen jetzt aber darin liegen, dass der Mittelansatz hier deutlich zurückgefahren wird?

Über den ESF ist in diesem Haus nicht weniger gestritten worden. Immerhin geht es dabei um ein Finanzvolumen von 872 Millionen Euro. Beim ESF wird am deutlichsten, dass die Staatsregierung Politik nicht mehr gestaltet, sondern nur noch nach Anpassungsstrategien für fremdbestimmte Entwicklungen sucht. Die strategische Ausrichtung des ESF zielt beispielsweise nur auf die Verwaltung des demografischen Niederganges ab, anstatt die katastrophale Bevölkerungsentwicklung umzukehren. Überdies soll mit Hilfe der ESF-Mittel lediglich die Anpassung der Unternehmen und ihrer Beschäftigten an die Bedingungen einer sich durchglobalisierenden Arbeitswelt vorangetrieben werden, anstatt andere, an regionalen Wertschöpfungsketten orientierte Wettbewerbsstrategien zu fördern.

Hierfür ist ja auch bezeichnend, dass Herr Pecher ganz ungeniert auf die Lissabon-Strategie der Europäischen Union zu sprechen gekommen ist. Mit dieser Lissabon-Strategie wurde eine europäische Agenda 2010 beschlossen, die Europa zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt bis 2010 machen soll, nach Auffassung der Neoliberalisten natürlich durch rabiate staatliche Einsparungen und Sozialraubmaßnahmen. Insofern ist es schon von erfrischender Deutlichkeit, dass Herr Pecher diese Lissabon-Strategie hier als Vorbild anpreist. Schließlich ist auch die Agenda 2010 von Gerhard Schröder durch den Lissabon-Prozess auf sehr unguete Art und Weise beeinflusst worden.

Welche konkreten Maßnahmen zum Beschäftigungswachstum sollen nun ergriffen werden? Staatsminister Jurk ließ bislang nur verlauten, dass es sich beim ESF-OP um ein „strategisches Programm“ handelt, – –

Präsident Erich Iltgen: Bitte zum Schluss kommen.

Jürgen Gansel, NPD: – ja –, das keinerlei Beschreibungen konkreter Einzelmaßnahmen oder gar Bestimmungen zum Fördergegenstand beinhaltet. Konkrete Ansätze der Opposition wurden von den Koalitionsfraktionen konsequent abgelehnt.

Zu erinnern ist noch daran – und das bleibt ein ewiger Malus dieses Wirtschaftsministeriums und seines Leiters –, dass in den letzten zwei Jahren mehr als 80 Millionen Euro an ESF-Mitteln verfallen sind, – –

Präsident Erich Iltgen: Bitte zum Schluss kommen!

Jürgen Gansel, NPD: – weil die Ministerialbürokratie anscheinend nicht in der Lage war, diese fristgerecht abzufordern.

Präsident Erich Iltgen: Schlusssatz!

Jürgen Gansel, NPD: Diese Debatte bringt den Menschen im Lande gar nichts!

Danke.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der FDP das Wort. Herr Morlok.

Sven Morlok, FDP: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind nicht sehr zufrieden mit der entsprechenden Ausgestaltung der neuen Operationellen Programme im Freistaat, weil wir uns als FDP-Fraktion eine deutliche Schwerpunktsetzung im Bereich EFRE gewünscht hätten. Wir haben das in den Debatten hier im Hause schon mehrmals ausgeführt. Die Aufteilung 78 % zu 22 % ist für uns völlig unzureichend. Eine wesentlich stärkere Schwerpunktsetzung im Bereich des EFRE wäre sachdienlich gewesen.

Sie wäre deshalb sachdienlich gewesen, weil wir in Sachsen nach wie vor das Problem der Eigenkapitalchwäche unserer Unternehmen haben. Wir hätten viel, viel stärker im Bereich der einzelbetrieblichen Investitionsförderung tätig werden müssen. Herr Prof. Bolick hat das angesprochen, aber leider nur beklagt; wie auch gestern beklagt, aber nichts geändert. Wir sind der Auffassung, dass wir hier falsche Schwerpunktsetzungen getroffen haben. Denn nach wie vor gilt: Wir haben nicht zu wenige Unternehmen; unsere Unternehmen, die wir hier in Sachsen haben, sind zu klein. Wir hätten hier viel, viel stärker aktiv werden müssen.

(Beifall bei der FDP)

Es ist vielleicht lobenswert, dass im Rahmen der von der EU angeforderten Umschichtung weitere 20 Millionen Euro für Risikokapitel und Technologieunternehmen bereitgestellt werden. Aber diese 20 Millionen Euro sind ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie sind leider überhaupt nicht ausreichend, um das zu finanzieren, was wir in Sachsen im Bereich der einzelbetrieblichen Investitionsförderung eigentlich benötigen.

Die mangelhafte Einbeziehung des Parlaments ist schon angesprochen worden. Ich kann mich hier an unzählige Sitzungen des Ausschusses erinnern. Darüber haben wir allerdings schon vor vier Wochen in diesem Hause debattiert. Das zeigt natürlich wiederum, wie wenig aktuell diese Aktuelle Debatte ist, wenn diese Debatte in dieser

Form zu diesem Thema schon vor vier Wochen geführt wurde. Da sollten sich die Regierungsfractionen einmal überlegen, ob sie bei der Auswahl ihrer Aktuellen-Debatten-Themen nicht ein bisschen kreativer sein könnten.

Wir haben von Herrn Pecher eine sehr sorgsame Trennung zwischen der alten Strukturfondsperiode und der neuen Strukturfondsperiode erfahren. Das kann ich mir auch vorstellen, weil wir gewisse Ämterwechsel hatten. Deswegen ist es aus Sicht des Neuen von der SPD-Fraktion durchaus zu verstehen.

Aber wenn wir der Argumentation von Herrn Pecher folgen, dass die verfallenen 88 Millionen Euro zwar bedauerlich, aber von dem amtierenden Minister nicht zu vertreten sind – für diese Argumentation spricht einiges, weil in der Planung tatsächlich eine andere Regierung verantwortlich war –, dann bleibt doch aber nichts anderes übrig, als konsequent zu sagen: Die Vorgängerregierung, die von der CDU allein getragene Regierung – Herr Pecher, so habe ich Sie verstanden –, trägt die Verantwortung dafür, dass 88 Millionen Euro nicht abgerufen werden konnten.

Wer sich wie Sie dann hier hinstellt, Herr Prof. Bolick, und das als vorbildlich verkauft – vorbildlich ist nach Ihrer Ansicht, wenn man 88 Millionen Euro verplempert –, wer so Politik macht, der wird vom Wähler bestraft werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion GRÜNE das Wort. Frau Hermenau, bitte.

Antje Hermenau, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Ich kann mich erinnern, dass im Februar 2005 große Unruhe im Raum herrschte, weil sich alle fragten, warum die GRÜNEN zur Lissabon-Strategie diskutieren wollten. Inzwischen habe ich den Redebeiträgen entnommen, dass es eigentlich fast alle begriffen haben.

Gehen wir einmal davon aus, Herr Bolick, dass Sie es ernst gemeint haben, als Sie sagten, Sie hätten die Mittel hier in Sachsen vorbildlich genutzt.

(Zuruf des Abg. Sven Morlok, FDP)

– Gehen wir einmal davon aus. Also lasse ich mich auf die Debatte ein.

Die Straßendichte in Sachsen – man kann es nicht oft genug wiederholen – ist größer als im Durchschnitt der Bundesrepublik Deutschland. Der Grenznutzen neuer Straßen sinkt kontinuierlich Tag für Tag. Die Demografie verursacht, dass weniger Leute hier leben, deren individuelle Kosten steigen werden, um diese vielen gebauten Straßen nachher zu unterhalten und zu pflegen. Wie vernünftig ist das, bitte schön, gedacht?

Der betriebliche Aufwand für Forschung und Entwicklung liegt in Sachsen unter dem Bundesdurchschnitt.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Hört, hört)

Er liegt sogar unter dem Durchschnitt der ostdeutschen Länder. Bei der kleineren Betriebsgröße, die wir nun einmal hier im Osten allgemein und im Spezifischen auch in Sachsen haben, muss man doch überlegen, dass sie natürlich auf Kooperation in Forschung und Entwicklung angewiesen sind. Also muss man diese Verbünde fördern und nicht im Gegenteil immer darüber wegschauen und Straßen bauen. Das ist völlig indiskutabel.

Genau das haben wir und andere Ihnen gesagt und die Europäische Union hat es Ihnen ins Stammbuch geschrieben. Sie hat Ihnen – dafür sei ihr sehr gedankt – in Hof das Geld für die Straße aus den Händen gewunden und dorthin getan, wo es hingehört, nämlich zu Forschung und Entwicklung und zur Exzellenzinitiative an den Hochschulen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das hätten Sie allerdings auch schon eher haben können, wenn Sie sich die Änderungsanträge unserer Fraktion zu den Haushaltsberatungen 2006 angeschaut hätten.

Bei der Exzellenzinitiative gibt es natürlich etwas zu mäkeln. Es geht wiederum nach dem Gießkannenprinzip. Das kann nicht vernünftig sein. Wenn das Geld von der Europäischen Union zur Verfügung gestellt wird, dann ist es wichtig, für diese Mittel einen strategischen Schwerpunkt zu setzen, da wir diese nur für einen begrenzten Zeitraum haben werden. Dieser strategische Schwerpunkt ist unseres Erachtens die Clusterbildung im Bereich erneuerbare Energien und Effizienztechnologien.

(Beifall bei den GRÜNEN)

2 % der Mittel aus dem EFRE gehen in die Bereiche Energieeffizienz, Klimaschutz und erneuerbare Energien – lächerliche 2 %. Weniger als 1 % ist für die Energieeffizienz vorgesehen. Die Materialeffizienz haben Sie völlig ausgeblendet.

Überlegen Sie einmal – das müsste Ihnen doch bei einem der vielen Besuche in den Betrieben aufgefallen sein: Die Materialkosten sind gerade im Gewerbe ein wesentlicher Kostenblock.

(Karl-Friedrich Zais, Linksfraktion.PDS:
Sehr richtig!)

Sie liegen um die 40 % und sehr oft sogar über den Personalkosten. Was heißt das? Das heißt, dass diese Firmen offensichtlich beherzte und ausführliche Beratungsangebote brauchen, um den Kostenblock beim Material- und Energieverbrauch zu senken. Sie haben zu viele Ausgaben, Energie ist für sie zu teuer, das Material ist für sie zu teuer. Darauf müssten sie eigentlich abzielen. Was machen sie? Nichts Derartiges. Sie haben das alles versäumt.

Am Ende kommt heraus, dass die Betriebe keine andere Möglichkeit haben, als das zu tun, was sie in den letzten Jahren getan haben: Sie können dann an zwei anderen Stellschrauben versuchen, irgendwie über die Runden zu kommen. Die eine Stellschraube sind die Löhne – diesbezüglich kann man in Sachsen nicht weiter heruntergehen – und die andere Stellschraube sind die Eigenentnahmen. Ich sage Ihnen aber, die Eigenentnahmen sind auch nicht so exorbitant.

Wenn Sie wissen, dass diese beiden Stellschrauben – Löhne und Eigenentnahmen – erschöpft sind, dann müssen Sie sich auf die anderen Stellschrauben zur Senkung von Produktionskosten konzentrieren, verdammt noch einmal.

(Beifall bei den GRÜNEN –
Zurufe von der CDU)

Das sind dann die Material- und Energieeffizienz. Wie kann man nur so stur sein? Das Ihnen das die Europäische Kommission ins Stammbuch schreiben musste, ist eine Peinlichkeit. Ich bin außerordentlich verwundert, warum Sie dieses Thema einer Aktuellen Debatte für würdig empfunden haben. Vielleicht ist es der Ansatz zur Selbstkritik.

(Beifall bei den GRÜNEN und
des Abg. Sven Morlok, FDP)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der CDU das Wort; Herr Hermsdorfer, bitte.

Thomas Hermsdorfer, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist immer schwierig, sich nach einem Auftritt der Fraktionschefin der GRÜNEN an sein Manuskript zu halten.

(Zuruf der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Ich möchte Ihnen zunächst für Ihren Redebeitrag danken, der deutlich untermauert hat, wie aktuell diese Debatte ist, und damit Vorwürfe der Opposition zurückweisen.

Wir diskutieren heute über die Ausgestaltung der Förderperiode für die Jahre 2007 bis 2013. Ein Punkt, der die neue Förderperiode auszeichnet – und was Sie früher kritisiert haben und jetzt durch die Sächsische Staatsregierung umgesetzt wird –, ist die deutliche Verstärkung des Lissabon-Prozesses, insbesondere durch die Auflage einer sächsischen Exzellenzinitiative. Die Exzellenzinitiative bietet uns die Chance, einen mittel- und langfristigen Auf- und Ausbau der vorhandenen industriellen Kerne in Sachsen vorzunehmen. Sie ist etwas missverständlich. Die Exzellenzinitiative Sachsen lehnt sich nicht ans Bundesprogramm an, sondern sie ist anwendungsbezogen.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Da haben wir nichts abgekliegt!)

Wofür steht Sachsen? Es steht für den Bereich Werkstoffe, Elektronik und Biotechnologie in ihren Forschungs- und Wissensgebieten. Daraus haben sich in den letzten 15, 16 Jahren sehr zukunftssträchtige und krisensichere

Branchen entwickelt. Es ist richtig: In Sachsen sind Leuchttürme entstanden, denn durch diese Leuchttürme – das ist eine Binsenweisheit – sind viele mittelständische Unternehmen an den verschiedenen Standorten in Sachsen, wie zum Beispiel in Chemnitz, in Freiberg, in Zwickau, aber auch in Leipzig, entstanden. Neben den Leuchttürmen wurde aber auch der Mittelstand gefördert. Das muss immer wieder betont werden. Die neue Förderperiode bietet uns die Chance, die erfolgreichen Kerne auszubauen; ich sagte es bereits.

Für Dresden möchte ich nennen den Elektroniksektor, die Chance, einen erfolgreichen Telekommunikationssektor aufzubauen, das sich entwickelnde Nanocluster und die Biotechnologie. Leipzig zeichnet sich im Biotech-Bereich aus, Automobilfirmen haben sich angesiedelt und es gibt einen aufstrebenden Logistikmarkt. Chemnitz und Zwickau sind im Maschinenbau vertreten, die Textilindustrie – was vor zehn Jahren noch niemand vermutet hatte – und die Elektronikindustrie. Freiberg ist der führende Standort in Deutschland für erneuerbare Energien im Bereich Fotovoltaik.

Sie werfen uns immer wieder vor, dass wir mit der Leuchtturmpolitik Sachsens Interessen vernachlässigt hätten und es eine fehlgeleitete Wirtschaftspolitik wäre. Sie verkennen dabei, dass Dresden heute der einzige Standort in Ostdeutschland ist, der eine sich selbst tragende Industrie mit der niedrigsten Arbeitslosenrate und mit der höchsten Rate an Forschungs- und Entwicklungsinstituten vorweisen kann. Das sind Erfolge, die Sie nicht einfach kleinreden können, und diese gilt es weiter auszubauen.

(Beifall bei der CDU und
des Staatsministers Thomas Jurk)

Das bietet uns aber die neue Förderperiode auch. Es geht nicht mehr darum, die EFRE- und die ESF-Programme als eigenständige und voneinander losgelöste Programme zu sehen, sondern es geht vielmehr darum, diese mit den bestehenden Universitäten, den Instituten und vor allen Dingen den hier ansässigen Unternehmen zu vernetzen. Vielleicht lässt sich so die sächsische Exzellenzinitiative mehr als sächsisches Innovationsprogramm bezeichnen.

EFRE bedeutet, die Grundlage ist unternehmensbezogen – ich sagte es bereits –, und ESF darf aus unserer Sicht nicht mehr nur als Arbeitsbeschaffungsmittel, die aus Europa kommen, verstanden werden, sondern ESF sollte vielmehr mit EFRE-Mitteln in der neuen Förderperiode am ersten Arbeitsmarkt eingesetzt werden. Es sollte in Bildung und Forschung zum Einsatz kommen und die Programme sollten flexibler gehandhabt werden. Es gilt weiterhin, Leuchttürme in Sachsen zu fördern – entgegen dem Einwand der Opposition.

Leuchttürme fördern heißt aber, dass wir im globalen Maßstab damit den Mittelstand nicht vernachlässigen. Eine entsprechende Initiative hatte der Ministerpräsident bereits vorgeschlagen.

Ein weiterer Punkt, den es in der neuen Förderperiode umzusetzen gilt – das ist die Kritik seitens der CDU-Fraktion –, ist, dass die Technologiezentren in Sachsen weiterhin eine Förderung erfahren müssen. Der Technologietransfer darf nicht auf der Strecke bleiben. Wir brauchen ein modernes, zukunftsgerichtetes Hochschulgesetz. Der zurzeit angekündigte Klassenkampf ist hier völlig fehl am Platz.

(Vereinzelt Beifall bei CDU)

Wir brauchen Mittelstandsprogramme, insbesondere im Finanzierungsbereich, die die Wachstumsfinanzierung für mittelständische Firmen sicherstellen. Hierbei gilt es, den Bund bei seinem Vorhaben zu unterstützen, Erleichterungen für Private Equity und Venture Capital zu schaffen.

Unsere Philosophie ist es, dass die Wirtschaft für die Menschen da ist, und deshalb sollten ESF- und EFRE-Mittel kombiniert noch besser für Bildung, für Erziehung und für Familie eingesetzt werden.

Gestatten Sie mir zum Schluss, der Arbeitsebene in den Ministerien zu danken, die in Diskussionen mit uns und den Arbeitsgruppen unserer Fraktionen eine zügige Umsetzung des Operationellen Programms in seiner Entwicklung geschaffen hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg.
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS,
und Antje Hermenau, GRÜNE)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der SPD das Wort; Herr Pecher, bitte.

Mario Pecher, SPD: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es stehen in der aktuellen Förderperiode für die nächsten sieben Jahre fast 4 Milliarden Euro zur Verfügung. Dabei können wir das Programm ELER mit 900 Millionen Euro und die Ziel-3-Förderung mit über 100 Millionen Euro außen vor lassen, da diese zusätzlich im Haushalt verankert sind.

Mithilfe des EFRE werden wir in den kommenden Jahren einerseits Bewährtes fortsetzen, andererseits neue Akzente setzen, die den veränderten wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen entsprechen. Die Prioritäten liegen bekanntermaßen in der Verstärkung von Innovation, Wissenschaft und Forschung, in der Verbesserung der Bildung, im Ausbau und in der Verbesserung der Infrastruktur und in der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der gewerblichen Wirtschaft.

Dabei fällt auf, dass im Vergleich zum vorigen Programm des Förderzeitraumes 2000 bis 2006 eine Verschiebung von reinen Infrastrukturmaßnahmen hin zu mehr Förderung zukunftsfähiger Innovations- und Wissenschaftsprojekte erfolgen wird – und das, bevor die EU eingegriffen und diese 5 % umgesteuert hat. Vorher hat also schon eine klare Verschiebung stattgefunden.

Dies ist – gerade in der Erwartung, dass sich die Zuweisungen ab 2013 zurückentwickeln werden – richtig, weil

nachhaltig. Eben weil früher eine Straße oder Brücke a) durchaus wichtig war und b) nun einmal auch schneller geplant und gebaut war – außer in Dresden – und ein Forschungsergebnis eben nicht sofort greifbar, sozusagen befahrbar war, hat man in den vergangenen Perioden lieber in Beton als in die Köpfe bzw. in die Bildung dieser Köpfe investiert. Ich denke, das ist unstrittig.

Richtig ist auch der Hinweis, den Sie brachten, Frau Hermenau: Wir müssen aufpassen, dass wir mit einer ausufernden Verkehrsinfrastruktur keine Zukunftslasten aufbauen; denn diese Unterhaltung wird uns noch einiges kosten. Im Übrigen: Die alten Bundesländer, die uns zurzeit hierbei massiv unterstützen, haben dieses Problem des Unterhaltes ihres Verkehrsnetzes.

Die Mittel für Investitionen und Innovationen in Wissenschaft und Forschung sind mit mehr als 1 Milliarde Euro deutlich aufgestockt worden. Die Stärkung dieses zukunftsorientierten Bereiches liegt uns mittlerweile – sicherlich im gesamten Hohen Hause – am Herzen.

Stichwort: Landesexzellenzinitiative. Hierfür sind 110 Millionen Euro zusätzlich an reinen EU-Mitteln geplant. Wir gehen davon aus, dass dabei das Wort des Finanzministers steht, für jeden Euro Strukturhilfemittel den jeweils notwendigen Kofinanzierungsanteil des Landes sicherzustellen. Wir dürfen auch sehen, dass zusätzlich zu diesen 100 Millionen Euro zu berücksichtigen ist, dass rund 200 Millionen Euro in die Hochschulinfrastruktur fließen. Wir investieren also allein in diesem Bereich über 300 Millionen Euro.

Ein weiteres Thema möchte ich ansprechen. Auch wenn bisher nur der Dissens über das Energieprogramm von Thomas Jurk die Öffentlichkeit erreichen konnte, so hat es doch in den konkreten finanziellen Rahmenbedingungen ein Umdenken gegeben. Für Projekte in den Bereichen Klimaschutz, erneuerbare Energien und umweltfreundliche Verkehrsträger werden in den kommenden Jahren nahezu 130 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Ja!)

Dieser Bereich, Frau Hermenau, hat sich dadurch verzehnfacht. Aus Ihrer Sicht ist dies vielleicht nicht ausreichend, aber aus unserer Sicht ist es erst einmal ein richtiger Schritt in die richtige Richtung.

Ich komme zum zukünftigen Einsatz der ESF-Mittel. Zunächst kann ich alle beruhigen: Alle Mittel aus der alten Förderperiode für die Jahre 2005 und 2006 sind untersetzt. Wir sehen als Sozialdemokraten gerade im Bereich des ESF zukünftig besondere Entwicklungsmöglichkeiten. Dieser Bereich der Verwendung europäischer Mittel war in der alten Periode geprägt von häufig wechselnden Projekttypen und Förderrichtlinien, die aus der Not geboren schienen, geprägt von suboptimaler Zusammenarbeit zwischen SAB, Projektentwicklern und Betroffenen im Ministerium. Die Gesamtförderstrategie des ESF war nicht unbedingt immer zu erkennen.

Im neuen OP haben wir einen viel größeren gestalterischen Spielraum, den wir mit einem strategischen Kon-

zept deutlich besser nutzen werden. Mittelpunkt wird dabei sein, eine Verbesserung des Humankapitals zu erreichen. Dies bedeutet Stärkung und Förderung der Berufsausbildung im dualen Bereich. Es muss uns gelingen, diese Bugwelle der Altbewerber in den nächsten drei Jahren mit einem Kraftakt abzubauen. Es geht um berufs- begleitende Qualifizierung zur Reduzierung bzw. Vermeidung eines Fachkräftemangels, um Förderung von Unternehmensgeist in Form von Existenzgründerinitiativen, und es geht für uns um die Verbesserung des Zuwachses an Beschäftigung – hier insbesondere das Stichwort: gemeinnütziger Arbeitsmarkt.

Ein diesbezügliches Programm ist auf der Homepage der SPD-Landtagsfraktion für jeden einsehbar und abrufbar, und ich appelliere und fordere auf, dies auch entsprechend zu diskutieren. Damit werden wir sicherstellen, dass die ESF-Mittel zielgenauer und effektiver eingesetzt werden, also bei den Menschen besser in Form von aktiver Arbeitsmarktpolitik und Qualifizierungsmaßnahmen ankommen; denn für uns entsteht Beschäftigung immer mehr durch die Kombination aus Innovation und Bildung. Über den ESF haben wir darüber hinaus die Möglichkeit, ein eigenständiges Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsprogramm hinzuzufügen, und wir werden dies auch tun.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Linksfraktion.PDS das Wort. Frau Lay, bitte.

Caren Lay, Linksfraktion.PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Arbeitspolitikerin muss ich mich insbesondere wundern, dass die Koalition heute mit ihrer Strukturfondspolitik glänzen will; denn ihre ESF-Politik war ja bislang nicht gerade ein Ruhmesblatt. Ich sage es an dieser Stelle immer wieder, und wir haben es heute auch schon in verschiedenen Redebeiträgen gehört: Allein in den letzten beiden Jahren sind 88 Millionen Euro ESF-Gelder in Sachsen verfallen.

Auch wir kritisieren die Verteilung zwischen ESF- und EFRE-Geldern, wenn natürlich auch unter ganz anderen Vorzeichen als Sie, Herr Morlok. In kaum einem anderen Bundesland wurde so sehr an der Arbeitsmarktpolitik zugunsten der Wirtschaftsförderung gespart.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Sehr richtig!)

Die massiven Umschichtungen der Arbeitsmarkt-gelder hin zu Wirtschaftsgeldern, zu EFRE-Geldern, die Sie, Herr Pecher, gelobt und begrüßt haben, war doch wirklich nur ein Notbehelf, der aus dieser miserablen ESF-Politik der Vergangenheit resultierte.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Grund für diesen schlechten Mittelabfluss war im Wesentlichen die bürokratische Mittelbewilligung, auf die ich im weiteren Verlauf meiner Rede noch eingehen werde.

In Sachsen galt jahrelang der Grundsatz – es ist richtig, es war ein CDU-Grundsatz –, dass Arbeitsmarkt-gelder am besten gar nicht erst ausgegeben werden sollen. Auch die Verzögerungen im Verfahren der Missbilligung des Parlamentes bei der Untersetzung des OP haben die anderen Oppositionsvertreter an dieser Stelle kritisiert. Hierin waren wir uns in allen demokratischen Oppositionsfraktionen einig.

(Zuruf von der NPD: Das stimmt!)

All das ist das Ergebnis stiefmütterlicher Behandlung der Arbeitsmarktpolitik in Sachsen. Ja, und diese resultiert aus dem CDU-Ansatz. Leider hat sich in den letzten zweieinhalb Jahren unter einem SPD-Arbeitsminister wenig daran geändert. Wir würden es begrüßen, wenn sich hier etwas ändern würde. Allein mir fehlt der Glaube.

Zentraler Kritikpunkt an der inhaltlichen Untersetzung des Operationellen Programms ist die Frage, die wir auch hier mehrfach diskutiert haben: Bekennen wir uns zur Notwendigkeit eines zweiten Arbeitsmarktes für Langzeitarbeitslose – ja oder nein? Auch der DGB kritisierte in seiner Stellungnahme zum Entwurf des OP, dass „die Modelle für die Integration von Langzeitarbeitslosen völlig fehlen“. Ausgerechnet Langzeitarbeitslose, meine Damen und Herren, waren die Stiefkinder der bisherigen ESF-Politik. Das ist doch völlig absurd. Wir müssen erreichen, dass wir die wichtigsten Instrumente, die wir haben, die ESF-Gelder, mit Geldern der BA koppeln können, um öffentlich geforderte Beschäftigung – oder meinethalben auch Bürgerarbeit – in Sachsen zu ermöglichen. Das wäre das Signal gewesen, das inhaltlich von diesem ESF-OP hätte ausgehen müssen.

Meine Damen und Herren! Einige wenige Worte noch zur dezentralen Veranschlagung der ESF-Gelder. Wir haben es ja zukünftig gleich mit sechs ESF-Ministern zu tun. Ich habe immer gesagt, dass die ESF-Gelder nicht dazu da sind, den Ministerien ihre Sonderwünsche zu erfüllen. Dies hat mit einer systematischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik wirklich gar nichts zu tun. Wir dürfen auch gespannt sein und werden als Linksfraktion in den Ausschüssen darauf achten, ob es jedem Ressortminister gelingen wird, diese riesigen Summen an ESF-Geldern, die sie zukünftig zu verteilen haben, sinnvoll einzusetzen.

Jede der vier Prioritätenachsen muss zukünftig von drei bis sechs Fachministerien umgesetzt werden. Glauben Sie im Ernst, dass Sie das beherrschen, wo doch die sächsischen Kompetenzen beim Einsatz der ESF-Gelder bislang nicht besonders ausgeprägt waren? Glauben Sie im Ernst – um einmal ein Beispiel zu nennen –, Herr Jurk, dass sich Herr Flath von Ihnen beim Einsatz der ESF-Gelder hineinreden lässt? Sie haben es doch geschafft, Herr Flath, wenn ich es richtig gehört habe, von den 30 Millionen Euro, die Sie für Ganztagsangebote zur Verfügung hatten, nur 6 Millionen Euro auszugeben. Daher dürfen Sie sich natürlich nicht wundern, wenn wir ein gewisses Misstrauen haben, dass es Ihnen gelingen wird, die zusätzlichen ESF-Gelder unter das Volk zu

bringen. Da, meine Damen und Herren, ist die Katastrophe doch vorprogrammiert.

(Staatsminister Thomas Jurk:
Wen sprechen Sie jetzt an?)

– Ich habe Herrn Flath angesprochen, aber ich habe auch Sie gefragt, ob es Ihnen wohl gelingen wird, die sechs zukünftigen ESF-Minister zu koordinieren.

Nein, meine Damen und Herren, was wir im ESF-Bereich verdient hätten, das wäre weniger – und nicht mehr – Bürokratie. Die Arbeitslosen in Sachsen hätten Chancen für Innovationen, Beschäftigung und Bildung verdient. Ob die Koalition in der neuen Strukturfondsperiode diese Chancen nutzen wird, daran müssen wir als Linksfraktion unsere Zweifel haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Präsident Erich Iltgen: Ich frage die SPD-Fraktion, ob das Wort noch gewünscht wird. – Die FDP? – Auch nicht. Die GRÜNEN? – Ebenfalls nicht. Die CDU-Fraktion? – Herr Prof. Bolick.

Prof. Gunter Bolick, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Hilker, die Debatte ist äußerst aktuell, das hat sich inzwischen gezeigt. Wir sind auch nicht zu spät, sondern wir Sachsen sind die Ersten. Das haben Sie nur nicht realisiert.

(Beifall bei der CDU)

Die Vorschläge, die die Linksfraktion.PDS angeblich immer macht, haben Sie ja in bestimmten Bundesländern umsetzen können. Die Bundesländer, in denen Sie diese Vorschläge umsetzen konnten, sind bei Weitem nicht auf dem Stand wie wir Sachsen. Ich wüsste also nicht, welche Ratschläge von Ihnen wir einbeziehen sollten oder welche Ratschläge wir annehmen sollten.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg.
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS)

Wir haben auch nicht nur in Beton investiert. Beton gehört aber mit dazu, wenn man ein Land aufbauen will. Dazu stehen wir,

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

denn die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur – dazu haben wir gestern Abend noch eine Debatte geführt, die ebenso aktuell war – ist auch ein Anliegen der Mehrheit in diesem Hohen Haus. Zur Verbesserung der sonstigen Infrastruktur – ich denke nur an die Entwicklung unserer Städte, an den Abbruch oder die Revitalisierung von Industriebrachen, an den Klima- und Hochwasserschutz – brauchen wir natürlich Beton. Was Sie daran kritisch sehen, kann ich nicht begreifen. Aber gut, sicherlich liegen da auch Welten zwischen unser beider Verständnis.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Na, Gott sei Dank!)

– Ja, Gott sei Dank! – Mein lieber Kollege Pecher hat uns hier ein wenig die nicht vollständig ausgegebenen ESF-Mittel in die Tasche gesteckt. Das kann ich nicht so stehen lassen, denn die CDU-Fraktion hat noch unter der Alleinregierung mit dem Umsteuern zwischen ESF und EFRE begonnen. Möglicherweise sind dort Verschiebungsprozesse entstanden, die ausgeregelt werden müssen.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Sie haben überhaupt viel verschoben,
wie es jetzt aussieht!)

Denn früher war die Verteilung reichlich 60 % EFRE und der Rest, also über 30 %, ESF. Wir haben – auch gegen den Widerstand der SPD – am Ende auf 78 % umgesteuert. Ich denke, das bekommt unserer Wirtschaft und dem wirtschaftlichen Aufbau in Sachsen sehr gut.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der
Abg. Caren Lay, Linksfraktion.PDS)

Wir sind nicht umsonst spitze. Herr Morlok ist auf diese Argumentation von Herrn Pecher gleich hereingefallen.

Frau Hermenau, Sie haben ja ab und zu spritzige Ideen, aber beim Straßenbau liegen Sie völlig falsch. Das muss ich Ihnen mal so deutlich sagen.

(Zuruf der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Noch ein Beispiel, das ich schon einmal gebracht habe: Zwei Drittel Ihrer Fraktionsmitglieder wohnen in Großstädten, 50 % wohnen in Dresden und nur zwei kommen aus dem flachen Land. Wie wollen Sie kompetent über die Notwendigkeit von Straßenbau in Sachsen reden? Sagen Sie mir das mal!

(Beifall bei der CDU – Zuruf der
Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Wir haben bei den Maßnahmen des Straßenbaus erst einmal das aus der Vergangenheit vorhandene Straßennetz wieder ergänzt, vervollständigt und in den Zustand gebracht, den unsere Wirtschaft braucht, und das ist genau die Aufgabe, die wir haben. Ich kann nicht erkennen, dass in Sachsen irgendwo die Landschaft zubetoniert worden ist, und ich weiß, dass sich viele Menschen über die Ortsumgehung, die entstanden ist, freuen.

Es gibt in Sachsen – das gibt es in wenigen anderen Bundesländern, zumindest in keinem alten Bundesland – eine Menge Initiativen für Straßen. Sie versuchen ja immer, Initiativen gegen Straßen zu initiieren.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Die brauchen wir
nicht zu initiieren, die kommen von selbst!)

Eine Angelegenheit macht mich besonders verbittert, nämlich die Ideologie, wir hätten in Beton und nicht in Bildung investiert. Sachsen hat die dichteste Hochschullandschaft möglicherweise in ganz Deutschland, auf jeden Fall aber in den neuen Bundesländern.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Die haben Sie geerbt!)

– Wir haben sie erhalten.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Nein, Sie haben abgebaut!)

Wir haben die höchste Dichte an Instituten und die Qualität, die Leistungsfähigkeit unserer Institute ist mittlerweile in Deutschland anerkannt. Wir haben in Dresden eine Institutsdichte wie beispielsweise in München.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

Wo Sie Defizite und eine falsche Steuerung von Geldern erkennen, das ist mir unbegreiflich.

(Zuruf des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Die Pro-Kopf-Ausgaben für Bildung sind in Sachsen schon von Anfang an fast die höchsten in Deutschland, auf jeden Fall die höchsten in den neuen Bundesländern. Dass wir dann die ESF-Mittel oder die EFRE-Mittel anders einsetzen können als andere, ist doch ganz logisch. Ich denke, dass das von uns aufgestellte Programm, das wir heute hier vertreten und verteidigt haben, den Bedingungen in Sachsen genau Rechnung trägt und dass wir damit in Sachsen wieder ein ganzes Stück weiterkommen werden. Da können Sie uns hier alles Mögliche anzuhängen versuchen.

Frau Lay, wir haben heute gar nicht über den ESF gesprochen. Ich war kurz darauf eingegangen, aber der ESF ist noch in Beratung.

(Beifall bei der CDU –
Caren Lay, Linksfraktion.PDS:
Aber es steht auf der Tagesordnung!)

Präsident Erich Iltgen: Wird von den Fraktionen noch das Wort gewünscht? – Frau Hermenau, bitte.

(Staatsminister Thomas Jurk: Geben Sie zu,
Sie haben ländliche Wurzeln!)

Antje Hermenau, GRÜNE: Wenn es einem so aufgedrängt wird, wie gerade von Herrn Bolick, dann muss man in der Aktuellen Debatte noch einmal das Wort ergreifen.

Lieber Herr Bolick, der Erkenntnis des Menschen sind keine Grenzen an der Stadtgrenze gesetzt.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Bei ihm schon!)

Wenn ich über Land fahre, verstehe ich auch, was ein Problem auf dem Land ist. Das ist also keine Argumentation, die Sie hier bemüht haben. In derselben Sache könnte man ja sagen, dass die CDU zum Beispiel aufgrund ihrer Prägung nicht in der Lage ist, das Problem von Großstädten zu verstehen. Hören Sie auf! Das war nichts. Diese ganze Argumentation war nichts.

Worum es wirklich geht, ist Folgendes. Prüfen Sie doch die Statistiken. Warum müssen wir eine höhere Straßendichte als Rheinland-Pfalz haben –

(Zuruf des Abg. Prof. Gunter Bolick, CDU)

das müssten Sie mal erklären –, dabei aber in Kauf nehmen, dass wir im Bereich Forschung und Entwicklung, der für die Unternehmen wichtig ist, unter dem Bundesdurchschnitt und unter dem ostdeutschen Durchschnitt liegen? Wenn das der Preis dafür ist, kann ich nicht verstehen, warum Sie sich diese Asphaltmedaille unbedingt um den Hals hängen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und
der Linksfraktion.PDS)

Präsident Erich Iltgen: Wird von den Fraktionen weiter das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann, bitte, Herr Staatsminister Jurk.

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Schön, dass das Parlament so lebendig ist. – Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte bietet mir Gelegenheit – wie übrigens auch in den Vormonaten, ja Vorjahren von mir ständig praktiziert –, das Parlament aktuell zu informieren. Sie bietet mir aber auch die Gelegenheit, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in meinem Hause herzlich Dankeschön zu sagen für oftmals schwierige, anstrengende, aber auch erfolgreiche Verhandlungen, die sie zu führen hatten.

Allerdings muss ich mit dem Blick auf die Regierungsbank auch darauf hinweisen, dass das Fehlen des Ministerpräsidenten und des Justizministers dadurch zu erklären ist, dass Landtagssitzungen – und leider in diesem Jahr zum wiederholten Male – parallel zur Sitzung des Bundesrates stattfinden. Ich hätte dort auch hingemusst. Aber gut, ich stelle mich heute dem Parlament.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Erich Iltgen: Gestatten Sie eine Zwischenfrage? – Herr Prof. Porsch, bitte.

Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS: Herr Staatsminister Jurk, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie uns jetzt sagen wollten, der Ministerpräsident ist abwesend, weil Bundesratssitzung ist?

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Ich vermute das ganz stark; ja.

Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS: Es steht in der Liste: Begleitung des Bundespräsidenten zum Drillingstreffen im Freizeitpark Belantis.

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Gut, dann haben Sie andere Informationen. Egal, wie auch immer, es passt.

(Zuruf der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Es geht im Bundesrat übrigens auch um die Frage, ob die Wirtschaftsminister in Zukunft noch Strompreise zu genehmigen haben. Der Freistaat Sachsen wird dort eine Initiative des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen unter-

stützen, weil die jüngsten Ankündigungen von Strombietern beinhalten, dass sie ab 1. Juli quasi die nicht mehr vorhandene Genehmigungspflicht der Ministerien schon ausnutzen werden, um die Energiepreise kräftig zu erhöhen. Ich hoffe sehr, dass es gelingt, doch noch eine Mehrheit im Bundesrat argumentativ so zu untersetzen, dass sie am Ende diesem Antrag zustimmt.

(Beifall der Abg. Dr. Monika Runge,
Linksfraktion.PDS)

Aber zum Thema, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Starke Regionen, Brückenpfeiler für Europa“, unter diesem Titel gab die EU-Kommission auf der Konferenz am 9. Mai 2007 in Hof den Startschuss für die EU-Strukturförderung für die Zeit 2007 bis 2013. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden die Operationellen Programme des EFRE für Sachsen, Bayern, Niedersachsen und Bremen unterzeichnet. Das sächsische Operationelle Programm EFRE ist mit einem Volumen von 3,09 Milliarden Euro das finanziell bedeutendste Länderprogramm. Die für Regionalpolitik zuständige Kommissarin Danuta Hübner erklärte am 9. Mai in Hof: „Die deutschen Prioritäten stehen in direktem Zusammenhang mit der Lissaboner Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung.“

Die wirtschaftliche Entwicklung, der Rückgang der Arbeitslosigkeit und die Einnahmenseite der öffentlichen Kassen zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir dürfen hier aber nicht nachlassen, denn die Aufgaben, die vor uns liegen, sind ebenso groß. Wir müssen uns weiter anstrengen und alle zur Verfügung stehenden Mittel sinnvoll einsetzen. Die Lissabon-Strategie der Europäischen Union ist uns dabei gemeinsam mit der europäischen Beschäftigungsstrategie eine wichtige Richtschnur. Für uns bedeutet das: Konzentration auf nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung, verstärkte Investitionen in Forschung und Entwicklung, Innovation und Aufbau einer Informationsgesellschaft zu forcieren, die unternehmerische Kultur und besonders die kleinen und mittelständischen Unternehmen zu unterstützen, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu fördern, Arbeit attraktiver und für Arbeitssuchende lohnend zu machen, Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind, besonders zu fördern und die Investitionen in menschliches Wissen zu erhöhen und zu verbessern.

Mit den neuen Strukturfondsprogrammen des EFRE und des ESF setzen wir für die Jahre 2007 bis 2013 deutlich neue Akzente. Wir setzen auf Innovation, auf Bildung, Wissenschaft und Technologie. Bildung und Innovation sind in einer zunehmend globalisierten und technisierten Welt die Schlüssel zur Sicherung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Nutzung und Erweiterung des vorhandenen Wissens sind maßgebliche Einflussfaktoren für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Freistaates Sachsen. Innovationen sind der Motor für Wachstum, neue Arbeitsplätze, aber auch neue Märkte. Die Beschäftigung entsteht sowohl aus den Innovationen als auch den Bildungsaktivitäten.

Über den Europäischen Sozialfonds haben wir darüber hinaus die Möglichkeit, Arbeit und Beschäftigung auch jenseits des ersten Arbeitsmarktes zu fördern. Mithilfe des Europäischen Regionalfonds werden wir in den kommenden Jahren einerseits Bewährtes fortsetzen und andererseits neue Akzente setzen, die den veränderten wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen entsprechen. Die Prioritäten der EFRE-Förderung sind klar fixiert. An erster Stelle steht die Stärkung von Innovation, Wissenschaft und Forschung.

Neue und verbesserte Produkte und Verfahren sind für Unternehmer eine wichtige Bedingung für nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg. Weil das so ist, haben wir die Mittel für Investition und Innovation, Wissenschaft und Forschung deutlich aufgestockt und mehr als 1 Milliarde Euro EFRE-Mittel in dem neuen Operationellen Programm dafür vorgesehen. Das ist jeder dritte Euro.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD –
Beifall des Abg. Marko Schiemann, CDU)

– Danke, Herr Schiemann, dass Sie das so richtig erkannt haben.

Wir steigern damit die Mittel in diesem Bereich gegenüber dem vergangenen Förderzeitraum um sage und schreibe 40 %.

Sehr verehrte Kollegin Hermenau, in dem Bereich Innovation stecken doch Maßnahmen, die auch zur Verbesserung der Energieeffizienz führen können. Das heißt, Sie sollten es nicht so einsilbig betrachten, wenn Sie sehen, dass neue Programme, die auf den Weg gebracht werden, Maßnahmen zur Energieeffizienz in KMU enthalten, sondern auch deutlich meinen Hinweis zur Kenntnis nehmen, dass wir in dem Bereich gerade Innovationen zur Verbesserung der Energieeffizienz anstoßen wollen.

Wenn wir heute bei dem wieder erstarkenden sächsischen Maschinenbau unsere Maschinen dadurch besser verkaufen können, dass sie mit möglichst wenig Energie betrieben werden, haben wir einen enormen Wettbewerbsvorteil. Genau das machen wir mit diesem Förderschwerpunkt.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Der Freistaat Sachsen hat dabei vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen, übrigens im ganzen Land, im Blick. Um Innovationen weiter zu unterstützen, werden wir bewährte Förderprogramme wie die Technologieförderung für Unternehmen und den Ausbau der Forschungsinfrastruktur fortsetzen. Da neue Produkte und Verfahren zunehmend in Netzwerken hervorgebracht werden, unterstützen wir weiterhin Unternehmenskooperationen und stocken die Mittel dafür sogar um 50 % auf nunmehr 15 Millionen Euro auf.

Ein zweiter wesentlicher Schwerpunkt ist die Verbesserung der Bildungsinfrastruktur, da der Bereich Bildung eng mit dem Thema Innovation verknüpft ist. Innovationen setzen gut ausgebildete Fachkräfte, eben die klugen Köpfe, voraus.

Der EFRE schafft die infrastrukturelle Basis für eine Verbesserung der Qualität der Schul- und Berufsausbildung. Wir wollen unseren Kindern und Jugendlichen durch zukunftsfähige Bildungsbedingungen eine berufliche und persönliche Perspektive in Sachsen bieten. 236 Millionen Euro von EFRE-Geldern werden deshalb für die Verbesserung der Bildungsinfrastruktur bereitgestellt.

Ich komme nun zum Schwerpunkt Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der gewerblichen Wirtschaft. Das betrifft im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe die einzelbetrieblichen Investitionen und die wirtschaftsnahe Infrastruktur, die Netzwerke der Wirtschaft, die Zinsverbilligung im Rahmen des Darlehensprogramms „Gründen und Wachsen“, die Förderung des Marktzugangs von kleinen und mittelständischen Unternehmen und die Steigerung ihrer Energieeffizienz.

Nicht zuletzt geht es beim EFRE um die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, wobei umweltfreundliche Verkehrsträger und auch eine weiter verbesserte Straßenverkehrsinfrastruktur eine wichtige Rolle spielen.

(Beifall des Abg. Marko Schiemann, CDU)

Insgesamt wird der EFRE einen wichtigen Beitrag für Mehrbeschäftigung in Sachsen leisten. Wir gehen davon aus, dass durch die EFRE-Förderung bis zum Jahr 2013 mehr als 50 000 Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert werden, davon rund 8 000 im Bereich Forschung und Entwicklung. Mit Blick auf Kollegen Porsch, der das gestern beklagt hat, sage ich: Wir lassen uns gern an diesen Daten messen.

Ein wesentliches Instrument für die Schaffung von Arbeitsplätzen ist die einzelbetriebliche Investitionsförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe. 500 Millionen Euro, also eine halbe Milliarde Euro, sind dafür vorgesehen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall des Abg. Alexander Krauß, CDU)

Wir haben uns vor knapp vier Wochen sehr ausführlich mit dem Europäischen Sozialfonds beschäftigt. Das zeigt auch die besondere Bedeutung dieses Themas. Der Europäische Sozialfonds ist das wichtigste Instrument der Europäischen Union zur Unterstützung junger und älterer Beschäftigter sowie Arbeitsuchender; er feiert dieses Jahr übrigens sein 50-jähriges Jubiläum.

Der Europäische Sozialfonds investiert in die Köpfe der Menschen. Mit den neuen Verordnungen wurde uns im Europäischen Sozialfonds mehr Spielraum gegeben, den wir mit dem vorgelegten Operationellen Programm so weit wie möglich ausgeschöpft haben. Wir haben uns nicht auf bestimmte Maßnahmen festgelegt, sondern uns ein strategisches Konzept vorgegeben, das sich auf die wichtigsten Herausforderungen in Sachsen konzentriert.

Um die Anpassung und Wettbewerbsfähigkeit in Sachsen zu verbessern, müssen wir erstens die Bereitstellung qualifizierter Fachkräfte sichern, zweitens eine höhere

Forschungsintensität erreichen, drittens die Dienstleistungswirtschaft ausbauen, viertens wissens- und technologieorientierte Existenzgründungen steigern.

In diesem Bereich werden wir die berufliche Weiterbildung fortsetzen und gleichzeitig neue Instrumente und Einsatzgebiete entwickeln. Dazu gehören zum Beispiel die strategischen Unternehmensnetzwerke zur Sicherung des Fachkräftebedarfs und die Verbesserung des unternehmerischen Denkens und Handelns, zum Beispiel die Vorbereitung auf ein internationales Marketing.

Wir werden fünftens Bildungsbiografien erfolgreich gestalten, sechstens die berufliche Erstausbildung sichern und siebentens Hochschulen und Wissenstransfer stärken.

Gerade in diesen Bereichen finden sich viele innovative Instrumente und Maßnahmen. Wir werden für Schülerinnen und Schüler neue, individuell auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Angebote vorlegen können. Bei der Förderung der so wichtigen Berufsorientierung setzen wir auf eine breite Palette von Angeboten. In der beruflichen Erstausbildung ist es immer noch das oberste Ziel, jedem ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen ein Angebot unterbreiten zu können.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

An dieser Stelle möchte ich nochmals jene sächsischen Unternehmen, die bislang nicht oder nur unzureichend ausbilden, anmahnen: Bilden Sie aus! Das ist die beste Medizin gegen Fachkräftemangel.

(Beifall bei der SPD, der CDU und des Abg. Sven Morlok, FDP)

Ausbildung und Qualifizierung müssen an erster Stelle stehen, wenn es um den Fachkräftebedarf unserer Unternehmen geht. Hier sind die Unternehmen in der Pflicht. Es kann nicht angehen, dass die Wirtschaft ihren Fachkräftebedarf über Einwanderung decken will und gleichzeitig nicht alles für die Ausbildung und Qualifizierung der Menschen hier bei uns im Land getan wird. Ausbildung und Qualifizierung von Arbeitslosen haben für mich Vorrang vor Zuwanderung.

(Beifall des Abg. Thomas Colditz, CDU)

Erst wenn die Unternehmen ihre Hausaufgaben gemacht haben, müssen wir selbstverständlich auch über die Einwanderung von Facharbeitern nachdenken.

(Karl Nolle, SPD: So ist es!)

Das Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit unterstützt die Qualifizierung und Ausbildung mit einer Reihe von Förderprogrammen, angefangen von der Berufsorientierung über berufliche Erst- und Weiterbildung bis hin zu Fachkräftenetzwerken. Auch das Programm „Qualifizierung für Arbeitslose ohne Berufsabschluss zu einem anerkannten Berufsabschluss (QAB)“ dient dem doppelten Zweck, die Chancen von Arbeitslosen auf einen Arbeitsplatz zu verbessern und den Bedarf von Unternehmen an Fachkräften zu decken.

Besondere Aufmerksamkeit legen wir auch auf den Hochschulbereich. Hier werden wir vor allem solche Instrumente einsetzen, die uns helfen, die jungen hoch qualifizierten Menschen in Sachsen zu halten.

Für den Schwerpunkt Beschäftigung und soziale Eingliederung müssen wir – achtens – mehr Integrationsangebote bereitstellen sowie – neuntens – soziale Integration und Zugang zu Beschäftigung ermöglichen.

Einen ganz neuen Ansatz verfolgen wir mit den transnationalen Maßnahmen. Hier werden wir Jugendlichen im Rahmen der beruflichen Erstausbildung die Möglichkeit geben, sich durch internationale Erfahrungen besonders zu qualifizieren. Mit dem Erwerb interkultureller Kompetenzen von jungen Menschen und Arbeitnehmern wollen wir einen Beitrag zur guten Nachbarschaft und zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der sächsischen Wirtschaft leisten.

Die Genehmigung des Operationellen Programms des Europäischen Sozialfonds, welches auch das größte Landes-OP in Deutschland ist, schreitet gut voran. Wir hoffen, noch vor der Sommerpause aus Brüssel ein positives Signal zu erhalten. Die Konsultationen verlaufen bisher sehr konstruktiv und erfolgreich.

Mit der Neuausrichtung der Strukturfondsförderperiode von 2007 bis 2013 stellen wir die Weichen für eine weitere erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung Sachsens, die auf neue Arbeitsplätze, auf anständig bezahlte Arbeit setzt. Wir müssen dafür sorgen, dass die günstige wirtschaftliche Entwicklung allen zugute kommt. Aber wir müssen bereits jetzt über das Jahr 2013 hinausdenken. Wir müssen schon in dieser Förderperiode unsere Instrumente weiterentwickeln und von ihrer Anwendung lernen.

Im Vordergrund wird dabei die Frage stehen, wie die künftigen Förderkriterien in einem erweiterten Europa mit Blick auf einen erhöhten Wettbewerbsdruck durch die Globalisierung und die Herausforderungen des demografischen Wandels aussehen.

Der vierte Kohäsionsbericht, der gerade veröffentlicht wurde, befasst sich mit möglichen Szenarien einer europäischen Strukturpolitik nach 2013.

Er wird Grundlage für die weitere Diskussion sein.

Sachsen wird aufgrund seiner positiven wirtschaftlichen Entwicklung aus dem Kreis der Regionen mit dem größten Entwicklungsrückstand herauswachsen. Wir werden aber noch nicht zu dem Kreis von Regionen zählen, deren Unternehmen ganz aus eigener Kraft im Wettbewerb bestehen können. Das bedeutet, dass auch nach dem Jahr 2013 europäische Strukturförderung in Sachsen gebraucht wird. Daher ist es notwendig, dass sich Sachsen aktiv an der Diskussion über künftige Förderkriterien beteiligt. Das werden wir tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Präsident Erich Iltgen: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die 1. Aktuelle Debatte, beantragt von den Fraktionen CDU und SPD zum Thema „Neue Strukturförderprogramme 2007 bis 2013 – neue Chancen für Innovation, Beschäftigung und Bildung“, abgeschlossen.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf

2. Aktuelle Debatte

Der sächsische Wald im Klimawandel – Gefährdungen und Handlungsnotwendigkeiten

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Als Antragstellerin hat zunächst die Fraktion GRÜNE das Wort, danach CDU, Linksfraktion.PDS, SPD, NPD, FDP und die Staatsregierung. Die Debatte ist eröffnet.

Ich bitte die Fraktion GRÜNE, das Wort zu nehmen; Herr Lichdi.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Orkan Kyrill zerstört Sachsens Wälder. Der Wald in Sachsen brennt. Borkenkäfer bedrohen sächsische Wälder. Diese Bedrohungsszenarien entstammen nicht den Überschriften eines Riesenaktionsplanes des Umweltministeriums, sie sind der sächsischen Presse der letzten Monate entnommen.

Ja, der Klimawandel ist auch in Sachsen angekommen und wir müssen uns ernsthaft die Frage stellen: Ist der sächsische Wald in seiner heutigen Struktur auf die Anforderungen des Klimawandels vorbereitet? Deshalb

hat meine Fraktion das Thema zum Schwerpunkt der heutigen Aktuellen Debatte ausgewählt.

Meine Damen und Herren! Der Klimawandel ist auch in Sachsen angekommen. Er präsentiert sich uns schon heute mit milden Wintern, trockenen Sommern und extremen Witterungsereignissen, wie Stürmen und Starkregen.

Ende Januar dieses Jahres bescherte das Orkantief Kyrill Sachsens Wäldern die größten Schadensereignisse der letzten 50 Jahre. Allein dieser Sturm ließ 28 000 Kubikmeter Schadholz anfallen. Nachbrüche und weitere Stürme ließen die Gesamtbilanz des Schadens auf 1,5 Millionen Kubikmeter Schadholz anwachsen.

Die milden Winter sowie der Anfall großer Mengen von Totholz begünstigen das Auftreten von Schadinsekten, so auch die des gefürchteten Borkenkäfers. Die Käfer befallen aber vorwiegend Monokulturen der Fichte, die im Freistaat noch immer dominierend sind.

Der Freistaat Sachsen zählt mit einem Waldanteil von 27,9 % der Landesfläche zu den walddarmen Ländern der Bundesrepublik. Nur 5 130 Quadratkilometer sind mit Wald bedeckt. Entscheidend für klimarelevante Funktionen des Waldes sind die Zusammensetzung der Baumarten und ihre Altersklassenstruktur.

Ursprünglich war Sachsen einmal von Laub- und Mischwäldern bedeckt. Rodungsmaßnahmen unserer Vorfahren drängten schon vor Jahrhunderten den Wald zurück. Schon im ausgehenden Mittelalter wurde das Ausmaß der heutigen Waldverteilung erreicht. Von der Rodung waren damals hauptsächlich die buchen- und eichenreichen Laubwälder betroffen. Viele der übrig gebliebenen Restflächen wurden dann auch noch übernutzt. Auf diesen degradierten Standorten erfolgte vorwiegend im letzten Jahrhundert die Bestockung mit anspruchslosen Baumarten wie Fichten und Kiefern. Ein streng finanziell ausgeprägtes Reinertragsdenken im Vor- und Nachkriegsdeutschland begünstigte die Verwendung der Nadelholzarten später noch weiter.

Im sächsischen Wald dominiert die Fichte sogar 41 % der Forstflächen. Kiefern wachsen auf rund einem Drittel. 23 % des Waldes sind mit Laubbäumen bestockt.

Meine Damen und Herren! Dies ist ein besonderes Problem. Das „Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung“ des Bundesumweltamtes formuliert: „Unter den Hauptbaumarten ist die Fichte durch den Klimawandel besonders betroffen. Sie bevorzugt feuchte, kühle Standorte und ist daher wenig trocken- und hitzetolerant. Da die Fichte aufgrund ihrer guten Wuchsleistung vielerorts auch außerhalb ihrer natürlichen Standorte angebaut wird, ist sie schon heute an der Grenze ihres Toleranzbereiches angelangt. Zudem ist die Fichte besonders anfällig gegenüber den indirekten Auswirkungen des Klimawandels, wie Kalamitäten, Borkenkäfer und Schäden durch Extremereignisse, Windwurf.“

Das eben angesprochene Ungleichgewicht der Artenvielfalt der sächsischen Wälder wird durch eine unausgeglichene Altersstruktur des Waldes noch verstärkt. Besonders bei den Nadelbaumarten besteht in Sachsens Wäldern ein Überhang der jungen und mittleren Altersklassen. Diese Waldstruktur belegt sehr deutlich, in Sachsen wächst häufig entgegen seinem Namen kein Wald. Man muss von Monostrukturen sprechen. Dieser Teil der sächsischen Kulturlandschaft verdient bestenfalls den Namen „Forst“. Diese Forsten, meine Damen und Herren, sind wenig in der Lage, die Anforderungen des Klimawandels zu meistern.

In einem aktuellen Buch zur Naturnutzung ist nachzulesen: Das SMUL habe 1993 formuliert „verbindliche Grundsätze für die Forstwirtschaft, die vor allem im Hinblick auf die naturferne Forstwirtschaft vorausgegangen Jahrzehnte moderne Ziele umfassten, zum Beispiel Änderung der Naturferne durch standortgerechten Waldbau, weitgehender Verzicht auf Kahlschläge, Förderung der Naturverjüngung, Lösung der Wildfrage, Reduzierung des Schalenwilds und Waldbau als Naturschutz-

maßnahme. Andererseits blieben betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte für diesen Wirtschaftszweig vordergründig maßgebend.“

Ich zitiere weiter aus diesem Werk: „Vielleicht ist es auch kein Zufall, dass in der EU-Förderperiode 2000 bis 2006 die Position der naturnahen Waldbewirtschaftung nur in sehr bescheidenem Umfang in Angriff genommen wurde, weil der wirtschaftliche Druck den langen Atem nicht zulässt, den man im Wald für eine Umsteuerung benötigt.“

Vielleicht werden die einen oder anderen erkannt haben – ich fürchte aber, leider nein –, es handelt sich um ein Zitat aus dem Buch von Herrn Kollegen Mannsfeld. Und ich glaube, er hat es richtig auf den Punkt gebracht. Er hat auch in seiner Kritik genau den Punkt getroffen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist an der Zeit, dass sich auch die sächsische Union und das sächsische Umweltministerium ehrlich mit den Fragen des Klimawandels befassen, dass sie auch ehrlich zur Kenntnis nehmen, dass der sächsische Wald nicht auf die Herausforderungen der Zukunft eingestellt ist und hier dringender Handlungsbedarf besteht.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der CDU das Wort. Herr Kupfer, bitte.

Frank Kupfer, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der deutsche Wald ist ein Mythos, einst von den Römern als dunkler Ort und unbezwingbare Barriere verteufelt, der die Eroberung Germaniens verhinderte, später Heimatort für Sagen und Märchen der Gebrüder Grimm und bis in die jüngste Zeit als kranker Patient unter dem Stichwort „Waldsterben“ in den Schlagzeilen. Dabei spiegelt der Wald den Umgang des Menschen mit seiner Umwelt wider. In grauer Vorzeit war das Gebiet des heutigen Deutschlands fast völlig mit Wald bedeckt. Im frühen Mittelalter begannen die Siedler die ursprünglichen Buchenwälder zu roden und in Felder umzuwandeln. Holz als Brennstoff und Baumaterial machte den technischen Fortschritt überhaupt erst möglich. Ohne Holz hätte es beispielsweise keine Häuser, keinen Bergbau, keine Metallverarbeitung und keinen Schiffsbau gegeben.

Heute ist ein Drittel der Fläche Deutschlands von Wald bedeckt. Auch wenn die Häuser längst nicht mehr aus Holz, sondern aus Beton und Schiffe aus Stahl gebaut werden, nimmt die Bedeutung des Waldes wieder zu, nicht nur als Klimafaktor im Kyoto-Protokoll, sondern auch als Wärmespeicher. Mit den steigenden Erdöl- und Erdgaspreisen steigt auch die Nachfrage nach Holz als Brennstoff.

Gleichzeitig ist der Wald in der heutigen Zeit besonders als Faktor für den Klimawandel gefordert. Auf der einen Seite wird die erwartete Klimaänderung das Erscheinungsbild des Waldes verändern, andererseits kann der Wald Kohlendioxid binden und stellt die erneuerbare und

kohlendioxidneutrale Ressource Holz zur Verfügung. Die Wälder erwirken eine gleichmäßige und lang anhaltende Bodenfeuchte, reinigen die Luft und erhöhen deren Feuchtsatz. So verdunstet zum Beispiel ein Hektar Buchenwald an einem Sommertag circa 30 000 Liter Wasser. Weiterhin brechen die Wälder die Gewalt der Stürme, schützen den Mutterboden gegen Erosion und sind für den Menschen ein unersetzliches Erholungsgebiet. Schließlich – das darf an dieser Stelle nicht vergessen werden – haben die Waldgebiete einen erheblichen wirtschaftlichen Wert. Der Holzverbrauch beträgt jährlich weltweit circa zwei Billionen Festmeter.

Meine Damen und Herren! Wenn wir das Thema betrachten, so dürfen wir nicht allein den Wald als Kohlendioxid-speicher und als Instrument zur Reduzierung des CO₂-Haushaltes ansehen. Dies wäre ein fataler Fehler. Vielmehr muss der Wald als Gestalter des Klimas und das Klima als Gestalter des Waldes betrachtet werden. An diesem Anspruch ist die Politik der Sächsischen Staatsregierung seit fast zwei Jahrzehnten ausgerichtet.

Im Folgenden möchte ich auf zwei Punkte eingehen.

Erstens: der Wald als Gestalter des Klimas. Neben den kleineren Zusammenhängen müssen die regionalen Effekte und schließlich die globalen Zusammenhänge gesehen werden. Alles steht im Zusammenhang und hat Auswirkungen aufeinander. Die kleineren Wirkungen beinhalten insbesondere mikroklimatische Auswirkungen auf den Wald als Lebensraum für Tausende von Tier-, Pflanzen-, Flechten-, Moos- und Mikrobenarten, deren Bedeutung sehr groß ist.

Wie jedes Ökosystem gestaltet auch der Wald seinen Lebensraum ganz wesentlich selbst mit. So ist es im Inneren eines gesunden Waldes im Vergleich zu seiner Umgebung relativ dunkel, feucht, kühl und windstill. Diese Bedingungen sind für das Überleben des Waldes und seiner Mitglieder notwendig. Davon hängt global die Existenz von circa 60 % der Organismenarten ab. Die regionale Bedeutung des Waldes für das Klima war neben der Erholungsfunktion, die auch mit dem Waldinnenklima zu tun hat, einer der Gründe für den besonderen Schutz unserer Wälder.

Zweitens: das Klima als Gestalter des Waldes. In diesem Sachzusammenhang geht es um die Auswirkungen, die das Klima auf den Wald hat. Es steht außer Zweifel, dass die Klimaänderungen der letzten Jahrzehnte den Wald im Allgemeinen und natürlich den sächsischen Wald in seinen Funktionen beeinflussen. Die Anpassungsfähigkeit der Waldökosysteme kann aufgrund der langen Lebenszyklen der Bäume nicht mit einem raschen Klimawandel Schritt halten. Dies zieht eine Reihe von negativen Folgen auf die Waldökosysteme nach sich.

Beispielsweise vermehren sich Schadinsekten, zum Beispiel der Borkenkäfer, bei höheren Temperaturen besser und es kommt zu Massenvermehrungen. Solche wurden bereits in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich festgestellt und konnten nur mit einem intensiven Personal- und Materialeinsatz begrenzt werden.

Ein weiterer Effekt, der sich auf den aktuellen Zustand der Wälder auswirkt und darüber hinaus eine extreme Langzeitwirkung entwickeln wird, ist die genetische Einengung der Organismen der von der Klimaveränderung betroffenen Lebensgemeinschaft. Dabei geht biologische Vielfalt verloren, die in einem späteren, wieder zur Ruhe gekommenen Ökosystem auch zur Stabilität beitragen könnte. Sichtbar wird dies für den Waldbauern und Waldökologen am Verlust einheimischer Baumarten, die wegen ihrer standortspezifischen Fähigkeiten besonders wertvoll sind.

Im zweiten Teil werde ich noch auf Gegenstrategien und Maßnahmen des Freistaates Sachsen eingehen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Linksfraktion.PDS das Wort. Frau Altmann, bitte.

Elke Altmann, Linksfraktion.PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Im Winter weiß, im Sommer grien, oh Erzgebirg, wie bist du schie!“ so sang und singt man mit großer Selbstverständlichkeit im Erzgebirge. Doch mit fortschreitender Ausbeutung der Natur ist es nicht mehr weit her mit diesen Selbstverständlichkeiten. Dass das Erzgebirge vor wenigen Jahren im Sommer nicht mehr grün war, lag am sauren Regen. Industrie und Verkehr setzen unseren Wäldern seit Langem zu, und was früher in Sachsen und Böhmen mehr oder weniger hausgemacht war, erleben wir in Zeiten des Klimawandels in globaler Dimension.

Unsere Zivilisation ist dabei, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören. Der Mensch, oft als Krönung der Schöpfung bezeichnet, wird zu deren Totengräber. Dabei warnte bereits vor 130 Jahren kein anderer als Friedrich Engels davor, uns unserer Siege über die Natur zu rühmen.

(Oh-Rufe bei den GRÜNEN)

Ich zitiere – hören Sie einfach zu! –: „Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder dieser Siege hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andere, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten wieder aufheben.“ Ich weiß nicht, was heute daran falsch sein soll.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS –
Zuruf des Abg. Jürgen Gansel, NPD)

Die Wirkung, die wir zurzeit in den sächsischen Wäldern als Folge des Orkans Kyrill betrachten können, sind spätestens seit den Warnungen des Club of Rome Anfang der Siebzigerjahre des vorigen Jahrhunderts vorhersehbar gewesen. Der Orkan Kyrill konnte nicht zuletzt deshalb so wüten, weil die Fichten an für sie ungünstigsten Standorten kaum Widerstand entgegensetzen konnten.

Umso wichtiger ist es – darin gebe ich Herrn Lichdi ausdrücklich recht –, den in Sachsen begonnenen ökologischen Waldumbau konsequent fortzuführen und nicht der Versuchung zu erliegen, diesen zugunsten kurzfristiger wirtschaftlicher Interessen zu vernachlässigen; denn die umfassende Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion des sächsischen Waldes ist eben nicht allein wirtschaftlich nachhaltig zu sichern. Herr Lichdi, Sie tun ja gerade so, als wenn auf diesem Gebiet nichts passieren würde. Es gibt ökologischen Waldumbau. Diese Fichtenreihenbestände können wir nicht in wenigen Jahren beseitigen. Es muss damit konsequent weitergehen. Genau darauf legen wir Wert.

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, aber auch ganz besonders, nachdem wir mit dem Entwurf des Sächsischen Verwaltungsneuordnungsgesetzes jetzt wissen, dass die Staatsregierung an ihren Plänen zum Sachsenforst festhält, sage ich hier und heute ganz deutlich: Ich und die Linksfraktion haben großen Respekt vor unseren sächsischen Landkreisverwaltungen. Gleichzeitig stelle ich die Frage: Sind unsere Kreise wirklich in der Lage, diese Nachhaltigkeit, die wir in der Forstwirtschaft brauchen, beim Vollzug des Sächsischen Waldgesetzes, bei der Beratung und Betreuung im Privatwald, bei der forsttechnischen Betriebsleitung und dem forstlichen Revierdienst im Körperschaftswald ohne gewachsenes Expertenwissen weiterhin zu garantieren?

Ich wiederhole heute noch einmal nachdrücklich, was ich schon im März-Plenum gesagt habe: Für die Linksfraktion wäre eine solche Aufgabenübertragung an die kommunale Ebene ein weiterer Schritt hin zu einem reinen Wirtschaftsbetrieb Sachsenforst. Das ist mit uns nicht zu machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Zwangsläufig drohen Dienstleistungsaufgaben unter die Räder zu kommen, die einfach nicht kommunalisiert werden können und so weiterhin beim Staatsbetrieb Sachsenforst bleiben müssen. Dazu nenne ich unter anderem das zarte Pflänzchen Umweltbildung und Waldpädagogik, was auch wir als Linksfraktion hier im Landtag immer wieder angemahnt haben und das es jetzt endlich als zartes Pflänzchen gibt, weiterhin praxisbezogene Versuchs- und Forschungsaufgaben sowie die Sicherung des forstlichen Genpotenzials. In einem reinen Wirtschaftsbetrieb Sachsenforst wäre für diese Aufgaben kein oder kaum noch Platz. Das würde auch bedeuten, dass weitere Arbeitsplätze im ländlichen Raum verloren gehen. Vor allem aber – und das muss in dieser Debatte im Mittelpunkt stehen – wäre forstwirtschaftliches Wissen zum Erhalt unserer Wälder nicht mehr ohne Weiteres überall verfügbar.

Meine Damen und Herren! Die Linksfraktion plädiert auch unter klimapolitischen Aspekten vehement für den Erhalt des Staatsbetriebes Sachsenforst. In einem weiteren Beitrag werde ich das noch genauer begründen und untersetzen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Präsident Erich Itgen: Ich erteile der Fraktion der SPD das Wort. Frau Dr. Deicke, bitte.

Dr. Liane Deicke, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dass ein von Menschen verursachter Klimawandel stattfindet, ist eine nicht zu leugnende Tatsache geworden. Der aktuelle IPCC-Bericht geht davon aus, dass sich die Erdatmosphäre ohne Gegenmaßnahmen im wahrscheinlichsten Fall bis zum Jahr 2100 um 1,4 bis 4 Grad erwärmt. Das ist allerdings eine Prognose, die von früheren Vorhersagen deutlich nach oben abweicht. Mit anderen Worten: Der Klimawandel hat sich weiter beschleunigt, und von einer Begrenzung des CO₂-Ausstoßes, die die Beschleunigung verringern könnte, konnte bisher keine Rede sein.

Umso erfreulicher klingen heute die neuesten Nachrichten vom G8-Gipfel. Das ist wohl das eigentlich Aktuelle an der heutigen Debatte, aber das Thema ist natürlich wichtig.

(Zuruf des Abg. Rolf Seidel, CDU)

Wichtig ist insbesondere, sich auf die Klimaveränderungen einzustellen. Das gilt für den Wald als komplexes Ökosystem in besonderem Maße.

Meine Damen und Herren! Wald ist von essenzieller Bedeutung für viele Bereiche. Er ist Erholungsort für stressgeplagte Stadtbewohner, Lebensraum für Flora und Fauna, ein übrigens oft unterschätzter Wirtschaftsfaktor und er erfüllt zum Beispiel Funktionen beim Hochwasserschutz. Für das heutige Thema ist besonders seine Fähigkeit von Bedeutung, den Klimawandel zu bremsen. Wald ist ein riesiger Kohlendioxid-speicher. Durch sein Wachstum nimmt er Kohlendioxid aus der Luft auf und bindet es langfristig in seiner Biomasse und im Boden.

Holz als nachwachsender Rohstoff wird aber immer mehr auch für die Nutzung als erneuerbare Energiequelle vorgesehen. Auch das trägt zum Klimaschutz bei, denn dann wird fossile Energie eingespart. Biomasse kann nur so viel CO₂ abgeben, wie sie gespeichert hat. Aber: Klimaneutralität haben wir nur dann, wenn zwischen der Nutzung von Holz und der Speicherung von CO₂ ein ausgewogenes Verhältnis hergestellt werden kann.

Die Folgen, die der Klimawandel für den sächsischen Wald haben wird, sind schon jetzt absehbar. Ich möchte einmal vier Punkte benennen:

1. Heimische Baumarten werden verschwinden;
2. Wassermangel wird sich verstärken;
3. Vegetationszonen verschieben sich nach Norden;
4. Wetterextreme werden zunehmen.

Welche Strategie hat Sachsen bisher verfolgt, um den Wald fit für das Klima zu machen? Der Waldumbau ist hier an erster Stelle zu nennen. Die sächsischen Forste

sind immer noch weit von stabilen naturnahen Wäldern entfernt. Es herrschen die Nadelhölzer Kiefer und Fichte vor. Seit 1994 wurden deshalb in den sächsischen Wäldern jedes Jahr 900 Hektar Wald umgebaut. Der Umbau erfolgte vor allem durch das Pflanzen von Bäumen, die wärmeangepasster und trockenheitstoleranter sind. Ziel ist es, durch die Erhöhung des Laubholzanteils zu Mischbeständen zu kommen, die eine Waldnutzung auch dann zulassen, wenn der Klimawandel in der erwarteten Härte zuschlägt.

Allerdings ist fraglich, ob diese Sichtweise noch den aktuellen Notwendigkeiten entspricht; denn die Beschleunigung des Klimawandels macht einen beschleunigten Umbau der bestehenden Wälder notwendig.

Der Waldumbau hinkt also der aktuellen Entwicklung hinterher und es bedarf erhöhter Anstrengungen, hier aufzuholen.

Präsident Erich Iltgen: Bitte zum Schluss kommen.

Dr. Liane Deicke, SPD: Meine Damen und Herren, um den Wald in Sachsen bestmöglich auf die Klimaveränderungen vorzubereiten, muss die Wissenschaft kleinräumig besser und genauer prognostizieren, wie sich die Bedingungen für den Wald verändern. Ich glaube aber, da ist Sachsen dran. Das erhöht die Planungssicherheit und macht für den Forstwirt die Entscheidung, welchen Baum er heute pflanzen soll, sicherer.

Präsident Erich Iltgen: Frau Dr. Deicke, bitte den Satzsatz!

Dr. Liane Deicke, SPD: Gut. – Der Forstwirt muss heute wissen, welchen Baum er in 30 Jahren pflanzen kann.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und des
Abg. Thomas Schmidt, CDU)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der NPD das Wort; Herr Dr. Müller, bitte.

Dr. Johannes Müller, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der voranschreitende Klimawandel und die Prognosen für die Zukunft sind für die Bewirtschaftung der Wälder zweifellos von erheblicher Bedeutung und stellen die gesamte Forstwirtschaft vor eine immense Aufgabe. Weil bei der Anbauplanung in der Forstwirtschaft lange Zeiträume von mehreren Jahrzehnten betrachtet werden müssen, besteht die größte Herausforderung im Moment darin, Handlungskonzepte zu entwickeln, die den Wald bei allen potenziell eintretenden Entwicklungen stabil und ertragreich halten.

Dieser Aufgabe müssen sich die Forstwirtschaft und natürlich auch die Politik annehmen, um jetzt die Weichen für die Zukunft zu stellen.

Die Auswirkungen der Klimaveränderung auf den Wald und die Wirksamkeit der jetzt ergriffenen oder auch nicht ergriffenen Maßnahmen werden aber letztendlich erst die

nachfolgenden Generationen abschließend beurteilen können.

Unbestritten ist jedoch, dass der Waldumbau schneller erfolgen muss, als dies bisher der Fall war. Die mittelfristige Verjüngungsplanung sieht für den Landeswald eine Gesamtfläche des Waldumbaus von 775 Hektar pro Jahr vor. Dies ist eindeutig zu wenig, um den Herausforderungen der Klimaveränderung allein auf 200 000 Hektar Landeswald in einem überschaubaren Zeitraum gerecht zu werden.

Wichtig ist auch, dass der Waldumbau bei allen Waldeigentumsformen gleichermaßen vorangetrieben wird. Der hohe Anteil an Privatwald in Sachsen, der durch eine starke Besitzersplitterung gekennzeichnet ist, erfordert dabei besonderes Augenmerk. Gerade aus diesem Grund sind die im Zuge der Verwaltungs- und Funktionalreform geplante Zerschlagung des Staatsbetriebes Sachsenforst und die damit verbundene Kommunalisierung forstlicher Aufgaben höchst kontraproduktiv.

Wir von der NPD-Fraktion hatten in unserem Antrag zum Erhalt des Sachsenforstes im Juni vergangenen Jahres bereits darauf hingewiesen. Die fachliche Beratung und die Unterstützung der privaten Waldbesitzer in Bezug auf notwendige Waldumbaumaßnahmen werden die Landkreise in der bisherigen Qualität und im bisherigen Umfang nicht leisten können. Die nachhaltige Bewirtschaftung und Entwicklung der Wälder bedarf einer umfassenden Fachkenntnis und einer langfristigen Planung, um den langen Entwicklungszeiträumen im Ökosystem Wald Rechnung tragen zu können.

Das können Privatwaldbesitzer allein erfahrungsgemäß schwer leisten. Viele Privatleute ziehen sich sogar ganz aus der Bewirtschaftung ihres Besitzes zurück. Das führt dazu, dass dort ein Umbau hin zu klimastabilem Wald gar nicht erst erfolgen kann.

Die Zerschlagung des Staatsbetriebes Sachsenforst würde die gleichwertige Waldbewirtschaftung in allen Waldbesitzarten zukünftig weiter erschweren. Das kann keinesfalls das Ziel einer verantwortungsvollen Landespolitik sein und wir werden als Nationaldemokraten diesem Vorhaben auch weiterhin vehement widersprechen.

Negative Folgen der Zerschlagung von Sachsenforst werden auch im Bereich der Mobilisierung von Holz sichtbar werden. Der Holzeinschlag bleibt besonders im Privatwald noch hinter dem jährlichen Zuwachs zurück. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass die verstärkte Nutzung von einheimischem Holz eine der einfachsten und günstigsten Anpassungsstrategien an den Klimawandel darstellt. Zum einen sind jüngere Bestände durch natürliche Selektion und eine deutlich bessere Adaptionsfähigkeit eher in der Lage, sich an Klimaveränderungen anzupassen; zum anderen sind die finanziellen Erlöse der Forstwirtschaft aus dem Holzverkauf die Grundlage, um den Waldumbau und die Anpassung an die Zukunft finanzieren zu können.

Stürme wie zuletzt der Orkan Kyrill, aber auch anhaltende Trockenperioden werden sich angesichts der Klimaprognosen in Zukunft häufen. Die Anpassung der Waldbestände an längere Trockenperioden und wärmere Standorte wird dabei eine der Hauptaufgaben beim Waldumbau bleiben.

Speziell möchte ich dabei auf die Probleme in FFH- und anderen Schutzgebieten eingehen. Gerade dort gibt es immer noch erhebliche Konflikte bei Waldumbaumaßnahmen, weil einzelne Arten vom Anbau ausgeschlossen werden. Douglasien und Roteichen seien dabei nur als Beispiel genannt. Es ist die Aufgabe der Staatsregierung, hier für klare Verhältnisse zu sorgen.

Die wesentlichste Aufgabe der Staatsregierung liegt aber darin, die Ziele und Grundsätze der Waldbewirtschaftung in Sachsen noch stärker an die Erfordernisse der Klimaveränderung anzupassen. Dies gilt auch für das Selbstverständnis der Forstwirtschaft. Begriffe wie Umtriebszeit und Altersklasse werden bei fortschreitendem Waldumbau in den Hintergrund treten müssen, weil sie auf naturnahe stabile Mischwälder mit breiter Altersstruktur nicht mehr anwendbar sind.

Dass der Waldumbau lange Zeiträume erfordert und die Aufgabe mehrerer Generationen sein wird, ist unbestritten. Die Aktivitäten dazu müssen aber schon heute deutlich intensiviert werden, damit wir den zukünftigen Generationen einen stabilen und ertragreichen Wald hinterlassen können.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der FDP das Wort; Herr Günther, bitte.

Tino Günther, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich zum fachlichen Teil meiner Rede komme, noch einmal kurz zum Titel der Debatte: „Der sächsische Wald im Klimawandel“. Der sächsische Wald war schon immer dem Klimawandel ausgesetzt – schon immer, selbst bevor der Wald in diesem Gebiet noch nicht einmal sächsischer Wald war.

(Beifall bei der FDP –

Heinz Eggert, CDU: Sehr richtig!)

Klimawandel gab es schon immer, nur dass jetzt der Mensch hinzufügt und ihn beschleunigt. Der sächsische Wald wurde seit Hunderten von Jahren von Menschen geprägt. Zum Beispiel wurde der erzgebirgische Wald durch den Bergbau und das Glashüttenwesen im Mittelalter fast gänzlich abgeholzt und dann mit der Fichtenmonokultur aufgeforstet.

Präsident Erich Iltgen: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Tino Günther, FDP: Natürlich.

Präsident Erich Iltgen: Bitte schön, Frau Herrmann.

Elke Herrmann, GRÜNE: Geben Sie mir recht, Herr Günther, dass das Aktuelle am Klimawandel gerade ist, dass durch die kurzfristigen Veränderungen ein Ökosystem wie der Wald sich eben nicht anpassen kann, wie es bei den Veränderungen, die in der Vergangenheit über längere Zeiträume stattgefunden haben, sicher leichter möglich war?

Tino Günther, FDP: Es ist schon eine ziemlich neue Erkenntnis, dass der warme Winter und der heiße Sommer in diesem Jahr zu der Aktuellen Debatte beitragen, die Sie hier beantragt haben. Aber ob aufgrund einer Aktuellen Debatte, die wir jetzt hier führen, der sächsische Wald sofort gerettet werden kann, das bezweifle ich.

Nun möchte ich auf das Fachliche zurückkommen. Nur gesunde und stabile Mischwälder bieten die Garantie, dass in Sachsen der Wald seinen vielfältigen Aufgaben, zum Beispiel als CO₂-Senker, Wasserspeicher, für Bodenschutz, im Freizeitbereich und nicht zuletzt und ganz maßgeblich als Holzproduzent, was ich sehr begrüße, weiter erfüllen kann. Wir brauchen gelebte Nachhaltigkeit im Wald. Wir wissen seit 120 Jahren, dass der Umbau unserer Wälder notwendig ist. Seit 120 Jahren! Es hat immer wieder neue Ansätze gegeben, die oft an einseitigen Interessen gescheitert sind, sodass in der Vergangenheit immer wieder viele instabile Monokulturen aus Fichten und Kiefern entstanden.

Die guten Ansätze des Waldumbaus in den Neunzigerjahren sind beispielsweise durch die Ausgestaltung des Jagdgesetzes und die größer werdenden Forstreviere wieder zum Erliegen gekommen. Es wird zukünftig auch von entscheidender Bedeutung sein, ob in den sächsischen Wäldern eine standortgemäße Verjüngung mit einem großen Anteil von Laubbäumen stattfindet.

Der derzeitige geringe Erfolg des Umbaus zeigt sich nach Meinung von Forstfachleuten in den großen Verbissraten, vor allem bei Laubbäumen und Tannen, die fast schon wieder so hoch sind, wie vor 20 Jahren. Viele Verbisschäden können im Moment im sächsischen Wald gar nicht mehr gezählt werden, denn die Wildtiere reißen die kleinen Pflanzen im Ganzen raus, sodass sie in der Verbisszählung nicht vorkommen.

Deshalb muss die Jagd ihren gesamtgesellschaftlichen Verpflichtungen nachkommen und mit dafür sorgen, dass die Waldverjüngung mit standortgerechten Bäumen möglich wird. Dieses für die Klimavorsorge so wichtige Ziel wird heute nach Auskunft der Fachleute ohne schützenden Zaun um die sächsischen Jungwälder nicht mehr erreicht. Stichwort: Wald hinter Gittern. Waldverjüngung mit Einzäunung erfordert Investitionen von circa 7 000 Euro pro Hektar, bis sie als gesichert angesehen werden kann. Dabei muss man wissen, dass in der Vergangenheit auch der Zaunbau gefördert wurde und somit wenig Veranlassung bestand, die Wilddichte ernsthaft zu reduzieren.

Die Jagdpachtverträge müssen zukünftig so gestaltet werden, dass der heimische Jungwald in befriedigender

Zahl und Qualität aufwachsen kann. Ins Jagdgesetz gehört auch der Grundsatz: Wald vor Wild. Hier kommt mein Aufruf an die sächsische Bevölkerung: Esst mehr Wildprodukte!

Ein weiteres Ziel sächsischer Forstpolitik muss es sein, Fichtenreinbestände im Hügelland und in unteren Lagen des Erzgebirges verstärkt umzubauen. Die Fichte ist besonders anfällig für Wetterextreme. Die verzeichneten Sturmschäden sind hier fünfmal so hoch wie bei der Buche. Steigende Temperaturen führen dazu, dass die durch Trockenstress geschwächten Fichten den Borkenkäferbefall nicht erfolgreich abwehren können. Während in den letzten 40 Jahren die Schadholzmenge des vom Buchdrucker befallenen Holzes bei bis 15 000 Festmetern jährlich lag, bewegt sie sich seit 2003 auf einem Niveau von teilweise über 100 000 Festmetern. Die Fichte wird in diesen Bereichen mittel- und langfristig ausfallen und muss durch andere angepasste Baumarten, wie Rotbuche oder die nicht einheimische Douglasie, ersetzt werden. Hier gilt es umzudenken.

Ähnlich sieht es in den Tieflagenbereichen Nordsachsens aus. Laut Prognose verringert sich der Jahresniederschlag dort um bis zu 13 %. In diesem Fall bekommen selbst die an die Trockenheit angepassten Kiefern auf den Sandstandorten Probleme. Einen Vorgeschmack hatten wir in diesem Jahr schon mit Problemen bei Kiefern und Eichen. Mehr dazu in der zweiten Runde.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der GRÜNEN das Wort. Frau Herrmann, bitte.

Elke Herrmann, GRÜNE: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben viel vom Wald als Patient im Klimawandel gehört, aber er ist nicht nur Patient, er kann auch als Arzt das Klima therapieren. Durch eine grundsätzliche Wende in der Bewirtschaftung können die sächsischen Wälder von einem Opfer des Klimawandels zu einem wirksamen Instrument des Klimaschutzes werden, denn – wie schon ausgeführt wurde – der Wald leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Grundwasserqualität, zur Bindung klimaschädlicher Gase und zum Erhalt der Artenvielfalt. Es ist richtig, der ökologische Waldumbau hat begonnen, aber erstens geht er nicht schnell genug, zweitens nicht konsequent genug und drittens scheint es so zu sein, dass wir zum Teil kurzfristigen wirtschaftlichen Verlangen erliegen, die hervorgerufen werden, weil Holz immer günstiger als Brennstoff und mehr nachgefragt wird.

Der Erfolg einer umfassenden Waldwende für den Klimaschutz ist notwendig und abhängig von vielen Faktoren, von denen ich einige nennen werde.

Erstens. Waldmehrung für den Klimaschutz. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschlandweit gibt es eine sehr bemerkenswerte Schülerinitiative mit dem Namen „Plant for the Planet“ – Pflanzen für den Planeten. Die Jugend-

lichen möchten mit dieser Aktion das Ziel der Vereinten Nationen unterstützen, 2007 wenigstens eine Milliarde Bäume zu pflanzen. Dadurch soll ein verstärktes Bewusstsein für die Problematik des Klimawandels geschaffen werden. In unserem Landesentwicklungsplan von 2003 wurde festgelegt, dass der Waldanteil auf 30 % anzuheben ist, und dieser Anteil wurde auch nach Jahren noch nicht erreicht. Wir wissen alle, dass es genug landwirtschaftlich wenig ertragreiche Flächen in benachteiligten Agrarzonen gibt, die keine Naturschutzrelevanz haben. Hier liegt ein großes Aufforstungspotenzial mit positivem Einfluss auf Wasserhaushalt und Schadstoffspeicherung.

Zweitens. Vom Holzacker zum Laub- oder Mischwald. Für den Klimaschutz gilt eben nicht nur zuerst – was ich bisher angeführt habe – Masse, sondern vor allen Dingen auch Klasse der Wälder. In Sachsen existieren an vielen Stellen immer noch gleichaltrige Nadelbaum-Monokulturen. Sie sind verhältnismäßig artenarm, anfällig für Trockenheit, Stürme und Schadinsekten. Das hat mein Kollege schon ausgeführt. Die Klimaschutzbilanz fällt darüber hinaus im Vergleich zu Laub- und Mischwäldern sehr viel schlechter aus. Wie viel Sickerwasser unserem Grundwasser zugute kommt und wie viel CO₂ gespeichert wird, ist maßgeblich von der Baumartenzusammensetzung abhängig. Im Unterschied zu Nadelwäldern wird in Laubwäldern Kohlenstoff stärker in den unteren Bodenschichten gespeichert und damit langfristig und sicher der Atmosphäre entzogen. Ergebnisse aus dem bundesweiten Forschungsverbund „Zukunftsorientierte Waldwirtschaft“ zeigen, dass der Umbau von Kiefernwäldern hin zu Buchenwäldern zum Beispiel die Steigerung der Speicherkapazität der Böden für Kohlenstoff verdoppelt. Naturnaher Waldumbau heißt auch Trinkwasserschutz. In Laubwäldern ist die Sickerwassermenge wesentlich größer als in Nadelbaumbeständen. Der Wald der Zukunft muss deshalb der naturnahe, standortgerechte Laub- und Mischwald sein, in dem verschiedene Arten wachsen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Verjüngung der Wälder durch natürliche Verjüngungsarten der Dauerbewirtschaftung ist das Gebot der Stunde. Der „natürliche Kahlschlag“ durch „Kyrill“ hat alle negativen Auswirkungen gezeigt, wenn bei Monokulturen die Bäume im gleichen Alter sind. Noch eine Anmerkung zur Jagd: Wir müssen von der Trophäenjagd zum Schutz des Waldes kommen. Der Anteil der Laubbäume mit abgefressenem Leittrieb ist in Sachsen auf 26 % gestiegen. Wir haben in Sachsen viel zu hohe Schalenwildbestände, die den dringend nötigen Waldumbau im Keim ersticken. Oder sollte man treffender sagen: abfressen? Wir haben in Sachsen offenbar die Situation, dass die Jäger mit der effektiven Bejagung dieser Wildbestände überfordert sind. Wie sonst ist es zu erklären, dass Minister Tillich im Januar die Jäger über die Presse auffordern musste, in ihren Anstrengungen zur Bejagung nicht nachzulassen.

Hilflose Appelle des Umweltministers an die Jagdverbände helfen uns aber nicht. Der Grundsatz „Wald vor Wild“

muss von der Staatsregierung konsequent durchgesetzt werden. Das heißt, der Wald der Zukunft muss wildbiologisch sinnvoll und effektiv bejagt werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Wald der Zukunft muss anders aussehen. Und, Herr Kupfer, wenn Sie sagen, die Klimaänderung wird den Wald verändern, sage ich, wir müssen den Wald so umbauen, dass er klimagerecht wird.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Erich Iltgen: Wird von der CDU-Fraktion noch das Wort gewünscht? – Herr Kupfer, bitte.

Frank Kupfer, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Grundsatz heißt es für die sächsischen Wälder und Waldbesitzer, sich an die gegebenen Klimaverhältnisse anzupassen. Das ist nicht unbedingt negativ zu bewerten, da dadurch Monokulturen verschwinden und der Wald an sich ökologischer wird.

Für die Forstwirtschaft, die einerseits nachhaltig wirtschaftet, andererseits aber auf den Rohstoff Holz angewiesen ist, bedeutet dies jedoch längere Vegetationszeiten und damit Ertragsverluste.

Der Freistaat Sachsen hat bereits seit vielen Jahren Maßnahmen zur Anpassung der sächsischen Wälder an den Klimawandel ergriffen. Ausgehend von dem im § 45 des Sächsischen Waldgesetzes verankerten Ziel einer vorbildlichen Waldbewirtschaftung im sächsischen Staatswald mit nachhaltiger Erfüllung aller Waldfunktionen investiert der Freistaat Sachsen seit 1992 in einen langfristigen Waldumbau.

Aktuelle Ziele und Grundsätze des Waldumbaus für den Staatswald des Freistaates Sachsen, aber auch für die Privat- und Körperschaftswälder sind in der Verwaltungsordnung Waldbaugrundsätze vom 01.01.1999 konkretisiert. Darin heißt es sinngemäß unter anderem: Unter Waldumbau wird sowohl die zeitgerechte Pflege der vorhandenen jungen und mittelalten Wälder als auch die Verjüngung der älteren Bestände verstanden. So wird eine kontinuierliche Entwicklung zu den angestrebten, stärker strukturierten Mischwäldern gefördert. Diese ökologisch stabilen und ökonomisch wertvollen Wälder setzen sich zukünftig landesweit vorrangig aus Baumarten der natürlichen Baumgemeinschaft zusammen. Die Verjüngung wird vorwiegend durch die Einbringung von Buchen und Eichen, aber auch der seltenen Weißtanne und anderer Edelbaumarten unter dem Schutz der älteren Bäume vorgenommen.

Unter dem weitgehenden Verzicht auf Kahlschläge entsteht durch den Waldumbau ein Dauerwald, in dem Ernte, Pflege und Verjüngung auf ganzer Fläche stetig erfolgen. Seit 1994 wurde neben der Pflege nahezu aller vorhandenen Bestände Verjüngung auf mehreren tausend Hektar vorgenommen. In diesem Zusammenhang ist auch eine entsprechende Regulierung vor allem der Schalenwildbestände vorgenommen worden. Hier tragen die

Jäger des Freistaates Sachsen eine große Verantwortung für den Waldumbau und damit auch für den Klimaschutz.

Meine Damen und Herren! Wie bereits erwähnt, stellt der Waldumbau nicht die einzige Maßnahme dar, die die Wälder auf die Klimaänderungen vorbereitet. Neben dem Waldumbau spielt im Freistaat Sachsen auch die Wieder- bzw. Erstaufforstung im Sinne von ökologischem Waldaufbau eine zentrale Rolle. Auch in diesem Zusammenhang haben die verschiedenen Institutionen im Freistaat Sachsen bereits größte Leistungen vollbracht.

Die Förderung der Erstaufforstung dient in erster Linie dazu, insbesondere in waldarmen Gebieten, die sich durch extreme Klimabedingungen auszeichnen und landwirtschaftlich nicht mehr genutzt werden, den Waldanteil zu erhöhen.

Präsident Erich Iltgen: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Frank Kupfer, CDU: Ja, bitte.

Präsident Erich Iltgen: Herr Lichdi, bitte.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Vielen Dank. – Ich höre die ganze Zeit mit Interesse zu. Sie sagen lauter richtige Dinge. Sind Sie denn der Meinung, dass die Maßnahmen ausreichen? Ich warte die ganze Zeit, ob da was kommt. Wir sind der Meinung, dass alles richtig ist, was Sie sagen, auch die Ansätze, doch sie werden nicht konsequent durchgeführt. Können Sie vielleicht noch Ausführungen dazu machen, wie Sie das sehen?

Frank Kupfer, CDU: Ich gehe davon aus, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Ich habe ja auch dargestellt, dass in den vergangenen Jahren schon eine Menge getan wurde. Dass wir noch nicht am Ziel sind, bestreitet keiner, Herr Lichdi. Aber wir sind auf dem richtigen Weg, und diesen werden wir konsequent fortsetzen.

Die Förderung des Freistaates Sachsen sieht daher finanzielle Aufwendungen sowohl für die Anlage als auch für die Pflege der entsprechenden Flächen vor. Hierfür geeignete Standorte zu finden, darin liegt das eigentliche Problem. Die notwendigen Böden sind heute ein wertvolles Gut und dürfen nicht leichtfertig vergeben werden oder ungenutzt bleiben. Daher ist es nur in begrenztem Maße möglich, Wiederaufforstungen durchzuführen.

Meine Damen und Herren! Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Wald im Freistaat Sachsen durch die Anstrengungen der sächsischen Forstpolitik in den vergangenen Jahren stets auf das Ziel des ökologischen Waldumbaus und der Wiederaufforstung ausgerichtet war. Neben dem Schutz der Wälder und der Erweiterung der Waldflächen war und ist das Leitbild ein naturnaher, frei strukturierter Wald, der eine geringere Anfälligkeit gegenüber abiotischen und biotischen Gefährdungen aufweist und die von ihm erwarteten vielfältigen Leistungen dauernd und in optimaler Weise erbringt. Unter diesen Prämissen setzt sich die Sächsische Staatsregierung

konsequent und zielstrebig mit dem Thema „Der sächsische Wald und Klimawandel“ auseinander.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Erich Iltgen: Wird von der Linksfraktion.PDS noch das Wort gewünscht? – Frau Altmann, bitte.

Elke Altmann, Linksfraktion.PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Herrmann, Sie haben vorhin den Wald als möglichen Doktor für das Klima dargestellt. Die Linksfraktion.PDS möchte diesem Doktor, damit er seine Aufgabe auch wirklich gut erfüllen kann, noch einen richtig starken Helfer an die Seite stellen, sozusagen einen sach- und fachkundigen Assistenten. Sie können sich gewiss alle schon denken, wen ich damit meine: natürlich den Staatsbetrieb Sachsenforst in seiner jetzigen Form. Diese Forderung hat sich die Linksfraktion.PDS nicht allein ausgedacht. Ich gehe davon aus, dass Sie sich noch alle an die Ergebnisse der Anhörung im Umweltausschuss am 15. Januar dieses Jahres erinnern werden. Das Ergebnis dieser Anhörung war eindeutig. Es war ein 8 : 0 der Experten für den Erhalt des Staatsbetriebes Sachsenforst.

Zahlreiche Verbände äußerten sich in gleicher Richtung. Ich nenne hier zum wiederholten Male, weil ich denke, dass es wichtig ist, einige davon. Es war die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, die Arbeitsgemeinschaft land- und forstwirtschaftlicher Betriebe Sachsen und Thüringen, der Sächsische Forstverein, der Sächsische Waldbesitzerverband, der Verband sächsischer Forstunternehmen und – man höre und staune, das sage ich besonders gern – es gab auch Stellungnahmen des Hauptpersonalrates Forst im SMUL und vom Gesamtpersonalrat im Staatsbetrieb Sachsenforst.

Mag es bei den Genannten Unterschiede auf der Motivationsebene geben, auf der Handlungsebene sind sie sich einig, sind wir uns einig: Der Staatsbetrieb Sachsenforst muss erhalten bleiben – auch und gerade, weil der Schutz des Waldes vor den Auswirkungen des Klimawandels Staatsaufgabe sein muss, weil Klimaschutz Staatsaufgabe sein muss.

Meine Damen und Herren! Zum Klimaschutz gehört aus unserer Sicht natürlich mehr als Forstpolitik. In diesem Zusammenhang möchte ich sowohl Kollegin Herrmann als auch Kollegen Kupfer widersprechen. Wenn Kollege Kupfer sagt, das Klima wird den Wald verändern, und Frau Herrmann sagt, wir müssen den Wald so verändern, dass er dem Klima standhalten kann, ist das meiner Meinung nach zu kurz gegriffen. Ich bin mit der Linksfraktion.PDS der Meinung, dass wir gleichzeitig alle Anstrengungen unternehmen müssen, damit wir das Klima wenigstens noch zu beeinflussen versuchen. Wir müssen versuchen, das Klima so zu gestalten, dass wir den Klimawandel noch bremsen. Dazu gehört aus unserer Sicht mehr als Forstpolitik, dazu gehört genauso eine intelligente Strukturpolitik, eine weitsichtige Förderpoli-

tik für innovative Umwelt- und Verfahrenstechnologien, natürlich für uns eine Energiepolitik jenseits der Braunkohle und vieles mehr.

Präsident Erich Iltgen: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Frau Altmann?

Elke Altmann, Linksfraktion.PDS: Ja.

Präsident Erich Iltgen: Bitte, Herr Kupfer.

Frank Kupfer, CDU: Frau Altmann, können Sie sich erinnern, dass ich gesagt habe, der Wald muss als Gestalter des Klimas und das Klima als Gestalter des Waldes betrachtet werden? Ich habe schon diesen Zusammenhang hergestellt.

Elke Altmann, Linksfraktion.PDS: – Gut. Dann haben Sie in Ihrem zweiten Redebeitrag sogar beides vereint. Darin gebe ich Ihnen recht. In Ihrem zweiten Redebeitrag haben Sie dann die Meinung von Frau Herrmann und Ihre eigene Meinung beim Gegenüberstellen zusammengebracht. Trotzdem geht genau das, wie ich vorhin gesagt habe, für uns nicht weit genug. Wir müssen nicht nur mit Forstpolitik versuchen, auf das Klima Einfluss zu nehmen, sondern weit darüber hinaus

Auf keinen Fall stimmt es, wenn man sagt, dass der Wald dem Klima angepasst werden muss. Dass das als die Lösung genommen wird, dem widerspreche ich auf jeden Fall. Ich habe gesagt, was dazugehört: für uns natürlich auch Energiepolitik jenseits der Braunkohle. Zum Klimaschutz gehört für uns aber genauso, dass wir uns unseren Lebensstil auf Kosten der Natur nicht mehr leisten können, was auch damit zu tun hat, dass vielleicht nicht wir Menschen die Krönung der Schöpfung sind, sondern dass diese Ehre dem siebten Tag, dem Sabbat, als Tag des Friedens mit der Natur zukommt. Denken Sie einfach einmal darüber nach; lassen Sie es setzen.

(Staatsminister Stanislaw Tillich: Engels!)

– Das war garantiert nicht englisch.

(Staatsminister Stanislaw Tillich: Engels!)

– Oh, okay, gut.

Die unfriedlichen Eingriffe des Menschen in das Ökosystem Wald in Sachsen sind mannigfaltig, und dies seit Jahrhunderten. Heute zahlen wir dafür die Zeche und der Wald selbst bezahlt sie mit. Diese Zeche können und wollen wir uns nicht mehr leisten. Deshalb sage ich es noch einmal – auch wenn Sie es schon nicht mehr hören können –: Wir brauchen eine nachhaltige Forstwirtschaft und einen ökologischen Waldbau als Teil einer viel umfassenderen sächsischen Klima- und Umweltpolitik, die auch sozial nachhaltig wirken muss. Um dies als staatliche Gesamtaufgabe leisten zu können, muss der Staatsbetrieb Sachsenforst gestärkt und darf nicht geschwächt oder gar zerschlagen werden.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Elke Altmann, Linksfraktion.PDS: Okay.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Bitte.

Dr. Matthias Röbner, CDU: Sie haben gerade den wunderbaren Begriff „unfriedliche Eingriffe des Menschen in den Wald“ geprägt. Können Sie das vielleicht ein bisschen untersetzen, was unfriedlich ist und was unfriedliche Eingriffe sind?

Elke Altmann, Linksfraktion.PDS: Das zeigt mir, dass Sie eben das, was ich vorher gesagt habe – dass die Ehre, Krönung der Schöpfung zu sein, nicht dem Menschen, sondern dem siebten Tag, dem Sabbat als Tag des Friedens mit der Natur, zukommt –, wirklich nicht verstanden haben. Ich habe mich im nächsten Satz genau auf Frieden mit der Natur bezogen. Vieles, was die Menschen tun, sind im Sinne von „Frieden mit der Natur“ unfriedliche Eingriffe. Das wird ja wohl keiner von Ihnen bestreiten können. – So viel zu Ihrer Frage.

(Allgemeine Unruhe und Zurufe)

– Nein, es ist nicht wahr, dass wir gegenüber der Natur unfriedlich eingreifen? Okay!

Meine Damen und Herren! Ich freue mich über Ihre Aufmerksamkeit für meine Rede und komme zum Schluss. Habe ich meinen ersten Redebeitrag mit einem Vers aus einem Lied begonnen, so möchte ich meinen zweiten genauso beenden. Manche von Ihnen werden diesen Vers vielleicht kennen. 1987 sang Rio Reiser: „Du sagst, du willst die Welt nicht verändern, dann tun es eben andere für dich. Und der Wald, in dem du vor Jahren noch gespielt hast, hat plötzlich ein steinernes Gesicht.“

So weit darf es nicht kommen, lassen Sie uns die Welt wenigstens ein kleines bisschen zum Besseren verändern!

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Elke Altmann, Linksfraktion.PDS: Geben wir das Heft dafür nicht aus der Hand! Forstpolitik in Sachsen muss Sache des Staates bleiben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die NPD-Fraktion hat noch eine Minute Redezeit. – Dann die FDP 3 Minuten und 52 Sekunden. Herr Günther.

Tino Günther, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Johannes Lichdi, GRÜNE: Frau!)

Frau Altmann, nicht jeder Pilz ist gut, der im Wald wächst.

(Lachen und Beifall bei der FDP)

Aber, meine Damen und Herren, Eigentum verpflichtet und Waldeigentum im besonderen Maße. Wichtig ist, dass

die vielen Privatwaldbesitzer in Sachsen nicht mit der Problematik Waldumbau alleingelassen werden. Auch für den Privatwald gilt: Wald pflegen heißt Holz sägen. Die notwendige Beratung durch den Sachsenforst muss auch zukünftig gewährleistet sein.

Die Frage ist, ob die geplanten Forstverwaltungen der einzelnen neuen Landkreise das nachhaltig leisten können. Die Erfahrungen aus Baden-Württemberg sprechen allerdings nicht dafür. Hieran haben wir schon hinreichend Kritik geübt und üben sie weiter.

Für verfehlt halten wir auch den folgenden Passus im Entwurf zur neuen Förderrichtlinie Wald und Forstwirtschaft für den Privatwald: „Zukünftig darf nur gegen Vorlage einer Rechnung die Förderung beantragt werden.“ Dass nunmehr der Anteil Eigenleistung, der gerade im Privatwald sehr hoch sein kann, völlig außen vor ist, ist unserer Meinung nach das falsche Signal an die Waldbesitzer, die sich um ihren Wald kümmern wollen und auch sollen.

Dazu gehört, die EU-Förderung für Waldbewirtschaftung an die Agrarförderung anzupassen. Solange für die Bewirtschaftung von Agrarflächen bis zu 60 % Fördermittel ausgereicht werden, während es für die Waldbewirtschaftung gerade einmal rund 0,5 % an Zuschuss gibt, wird der betroffene Landwirt den Fokus eher auf die Bewirtschaftung von Agrarflächen legen und sich nicht um seinen Wald kümmern oder um Aufforstung bemühen.

Zum Schluss bleibt zu sagen, dass den forstlichen Möglichkeiten Grenzen gesetzt sind, um dem Klimawandel zu begegnen. Immerhin handelt es sich beim Wald um ein sehr langlebiges Ökosystem, bei dem wir nur abschätzen können, wie es sich unter den zukünftigen Bedingungen entwickelt. Bei dieser Abschätzung können wir auch nicht immer von kurzfristigen Erlebnissen und Erfolgen ausgehen. Es dauert lange, ehe wir den Wald so umgebaut haben, wie wir uns vorstellen könnten, dass er in 80 oder 100 Jahren dann dasteht.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und des Abg.

Dr. Matthias Röbner, CDU)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Möchte die CDU-Fraktion noch einmal sprechen? – Und die Fraktion GRÜNE? Ich schaue einmal nach der Zeit: 2 Minuten und 11 Sekunden. Herr Lichdi, bitte.

(Zuruf von der CDU: Keine Sekunde länger!)

Johannes Lichdi, GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kupfer, ich habe das ernst gemeint mit meiner Zwischenfrage. Ich bin ja sehr froh darüber, dass wir uns offensichtlich in der Bewertung einig sind. Nur, ich glaube, so positiv sieht es nicht aus. All die Dinge, die für den Waldumbau eben auch aus klimapolitischen Gründen notwendig sind, sind genau die gleichen Maßnahmen, die für den Hochwasserschutz notwendig sind.

Dieser Tage bzw. vor einem Monat ist dieses DBU-Projekt, Deutsche Bundesstiftung Umwelt, zur Hochwasserminderung im Osterzgebirge im Wald zu Ende gegangen. Dazu wurde bei unserer Flusskonferenz vorgetragen. Das fand ich sehr spannend. Da hat nämlich der Referent ausgeführt, dass man ausgewertet hat, wie viele Flächen jetzt wie und wo im Osterzgebirge umgebaut werden mussten. Die Effekte wurden auch berechnet.

Dann ist man in den Behördengang hineingegangen. Dann wurden, ich glaube, 10 bis 15 % der Flächen, die vorgesehen waren, im Einvernehmen mit der Gemeinde, mit Sachsenforst, mit allen möglichen Beteiligten bestätigt.

Das scheint mir auch das Grundproblem beim Waldumbau zu sein. Man geht mit guten Zielen hinein, dann wird geplant, wahrscheinlich für viel Geld. Und dann fehlt es an der konkreten Umsetzung. Deswegen müssen wir uns hier schon, wenn wir uns einig sind, die Frage stellen: Wie können wir dort den nötigen Nachdruck machen? Ich sehe da tatsächlich ein strukturelles Problem.

Es ist so, wir haben uns Anfang der Neunzigerjahre die richtigen Ziele gestellt. Aber wir haben die richtigen Ziele noch nicht in dem nötigen Umfang erreicht.

Jetzt, in den Zeiten des Klimawandels, muss man dort aus unserer Sicht einfach einen neuen Schub dahintersetzen. Dazu sollte diese Debatte aufrufen, um eine größere Öffentlichkeitswirksamkeit, Öffentlichkeitsaufmerksamkeit herbeizuführen. Wenn wir dann einen Konsens finden, ist mir das sehr recht. Aber ich denke, da genügt es nicht, sich darauf zu einigen, dass wir alle das Richtige wollen, sondern wir müssen uns über neue, effektivere Instrumente einigen, um auch das Richtige zu erzielen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Ich frage die Staatsregierung, ob sie sprechen möchte. – Herr Staatsminister Tillich, bitte.

Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Lassen Sie mich ein paar Vorbemerkungen machen.

Zum Ersten, damit das nicht falsch im Raum stehen bleibt: Der Sachsenforst bleibt erhalten. Bei der Verwaltungs- und Funktionalreform gilt das Prinzip: „Der Aufgabe folgt das Personal“. Damit ist zumindest die beschriebene Klimakatastrophe in dem Zusammenhang nicht vorherzusehen.

Zum Zweiten: Herr Günther, die Douglasie ist ein Baum, der zu Eiszeiten in Europa heimisch war. Wenn Sie so wollen, tun wir wieder etwas für die Artenvielfalt hier in Europa.

Zum Dritten – eine Grundbemerkung für all diejenigen, die vom Staatsforst und vom Land viel mehr verlangen: Die Eigentumsformen im sächsischen Wald sind: Ein Drittel gehört dem Freistaat, ein Drittel den Kommu-

nen und den Körperschaften und ein Drittel ist in Privateigentum.

Herr Lichdi, eine Empfehlung: Wenn Frau Altmann Sie aufregt, regen Sie sich nicht auf! Das schadet Ihrer Gesundheit.

(Lachen des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Demnächst müssen Sie auch das Rauchen einstellen. Darüber werden Sie sich noch mehr aufregen.

Ansonsten wollte ich mich für die sachlich und fachlich gute Debatte bedanken.

Herr Lichdi, Sie haben eine Frage?

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gestatten Sie die, Herr Minister?

Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Da kann ich ein bisschen Zeit schinden, ja.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Bitte.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Herr Minister, ich dachte, es ist schon zu Ihnen durchgedrungen: Ich habe schon im Dezember letzten Jahres das Rauchen aufgegeben.

(Beifall des Abg. Frank Kupfer, CDU)

Ich halte es seitdem auch durch.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Und die Frage lautet?

Johannes Lichdi, GRÜNE: Ob er das schon zur Kenntnis genommen hat?

Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Ich mache das mit Einstein. Dieser hat einmal gesagt: Nichts lebt länger als das Vorurteil. Also, das habe ich nicht bemerkt und nehme es jetzt zur Kenntnis.

Ansonsten wollte ich mir nur die Bemerkung erlauben: Ich weiß nicht, was an dieser Debatte aktuell ist. Sie ist sachlich und fachlich gut geführt worden. Danke! Aber der Freistaat Sachsen hat sich mit seinem Landesamt für Umwelt und Geologie mit der Klimafolgenabschätzung schon 1998 beschäftigt und daraus eine Klimaschutzstrategie entwickelt, die aus drei Bestandteilen besteht, nämlich Projektionen zu entwickeln, wie sich das Klima in Sachsen verändern wird, zu planen, welche Anpassungsstrategien dafür notwendig sind und im Rahmen des Klimaschutzprogramms Maßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz einzuführen und durchzusetzen.

Deswegen haben Sie vielleicht in einem Punkt recht, meine Damen und Herren von den GRÜNEN. Als ich vor zwei Jahren auf den Annaberger Klimatagen darüber gesprochen habe, dass der Schnee im Erzgebirge und der Regen im Flachland weniger werden, hat das noch niemand ernst genommen. Jetzt ist die Situation eine andere.

Wir haben in der Vergangenheit auf Waldmehrung gesetzt. In den letzten 13 Jahren sind landesweit 4 500 Hektar Waldfläche neu aufgeforstet worden. Dafür hat der Freistaat Sachsen in den letzten Jahren 27 Millionen Euro ausgegeben. Wenn sich die GRÜNEN einladen lassen – Sie haben es gerade angesprochen –, bin ich gern bereit, mehr Wald aufzuforsten, aber nicht nur, wie sie es sich wahrscheinlich vorstellen, auf Ackerböden, sondern dort, wo es möglich und die öffentliche Zustimmung vorhanden ist.

Wir wollen darauf achten, dass sowohl bei der Waldmehrung als auch beim Waldumbau die angepflanzten Baumarten stabile Ökosysteme ermöglichen. Deshalb versuchen wir, standortangepasste Arten aufzuforsten: Eiche, Kiefer, Douglasie vertragen trockene Böden, während sich die Fichte eher in kühlen und feuchten Gefilden heimisch fühlt. Parallel zur Waldmehrung wandeln wir stabile Wälder in Mischwälder um. In Sachsen wurden seit dem Jahre 1994 jährlich circa 1 200 Hektar Wald mit standortgerechten Baumarten umgebaut, davon rund 900 Hektar in Landeswald.

Wir arbeiten seit Jahren an der Verbesserung der Standortbedingungen für die Bäume, zum Beispiel durch verminderte Emissionen, die für saubere Luft sorgen. Sie werden sich fragen, wie wir das machen. Wir fördern zum Beispiel die Landwirte, die Emissionsschutzwälder vor klassischen Wäldern anbauen. Damit werden die Stickstoffeinträge in die Wälder reduziert. Das macht man zum Beispiel zwischen Feldern und herkömmlichen Wäldern

oder zwischen Stallanlagen und herkömmlichen Wäldern. Wir haben die Phasenfütterung bei der Rindertierhaltung eingeführt. Damit wird die Eiweißversorgung besser gesteuert und die Stickstoffproduktion durch die Rinder vermindert. Das sind in der Tat echte Einfluss nehmende Maßnahmen.

Frau Herrmann, ich bin Ihnen sehr dankbar für das klare Bekenntnis der GRÜNEN zur Jagd.

(Beifall des Abg. Frank Kupfer, CDU)

Die Jäger im Freistaat Sachsen werden sich darüber sehr gefreut haben.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen; meine Redezeit ist leider schon abgelaufen. Beim Thema Wald ist die Besonnenheit, wie wir sie heute früh in der Debatte hatten, gefragt, denn es gibt keinen schnellen ökonomischen Erfolg im Waldumbau, Frau Altmann. Die Bäume wachsen, bevor sie erntereif sind, im Durchschnitt zwischen 80 und 100 Jahre oder zum Teil 400 Jahre. Deshalb sind Weisheit und Besonnenheit gefragt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Meine Damen und Herren! Diese Debatte ist abgeschlossen und wir beenden den Tagesordnungspunkt 1.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 2

Fragestunde

Drucksache 4/8875

Ihnen liegen die eingereichten Fragen der Mitglieder des Landtages vor. Diese Fragen wurden auch der Staatsregierung übermittelt. Gleichzeitig ist Ihnen die Reihenfolge der Behandlung der eingereichten Fragen bekannt gemacht worden.

Ich rufe Herrn Abg. Petzold auf, der die Frage Nr. 4 – Einführung des elektronischen Dienstaussweises – stellt.

Winfried Petzold, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es geht um die Einführung des elektronischen Dienstaussweises für Behörden im Freistaat Sachsen.

In der Bundesdruckerei GmbH wurde unter Mitwirkung des Bundeskriminalamtes (BKA) und des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) der elektronische Dienstaussweis (eDA) entwickelt. Dieser elektronische Dienstaussweis enthält einen kontaktlosen Speicherchip für Zutrittskontroll- und Zeiterfassungssysteme sowie einen kontaktbehafteten Prozessor-Chip für verschiedene Anwendungen, zum Beispiel die elektronische Signatur. Ab Sommer 2007 soll der elektronische

Dienstaussweis schrittweise bei der Bundeswehr eingeführt werden.

Ich frage die Staatsregierung:

1. In welchem Umfang, für welche Behörden und in welchem Zeitrahmen ist analog zu der laufenden Einführung des elektronischen Dienstaussweises bei Bundesbehörden auch im Freistaat Sachsen die Einführung eines solchen elektronischen Dokuments geplant?

2. Welche Aussage kann die Staatsregierung bei einer geplanten Einführung eines elektronischen Dienstaussweises im Freistaat Sachsen über die entstehenden Kosten sowie die Berücksichtigung des Datenschutzes und der Datensicherheit treffen?

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Für die Staatsregierung antwortet Herr Minister Tillich.

Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich darf den Innenminister vertreten und beantworte die Frage 4 wie folgt, Herr Petzold: Für die Behörden des Freistaat Sachsen ist die Einführung eines

elektronischen Dienstausschweises derzeit nicht geplant. Deswegen sind weiterführende Angaben nicht möglich.

Winfried Petzold, NPD: Danke.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Wir kommen zur Frage Nr. 1, die Herr Abg. Dr. Martens stellt: Beantwortung der Kleinen Anfrage Drucksache 4/7604.

Dr. Jürgen Martens, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es geht um die Beantwortung der Kleinen Anfrage 4/7604. In der Kleinen Anfrage, Drucksache 4/7604, wurde nach Höchstaltersgrenzen in Landesgesetzen und geplanten Veränderungen gefragt.

Das Sächsische Staatsministerium für Soziales antwortete am 28. Februar 2007, dass es unter anderem eine Altersgrenze in § 26 Abs. 1 Satz 2 Sächsisches Architektengesetz gebe und dass derzeit eine Modifizierung einzelner Altersgrenzen nicht geplant sei.

Bereits am 21.02.2007 hat die Staatsregierung jedoch das „Gesetz über die Versicherungsaufsicht über die Versorgungswerke der Freien Berufe im Freistaat Sachsen und über die Änderung anderer Gesetze“, Drucksache 4/8027, vorgelegt. In Artikel 3 Nr. 2aa wird die oben genannte Altersgrenze von 45 auf 65 Jahre heraufgesetzt. Die im Gesetzentwurf ebenfalls veränderte Altersgrenze in § 6 Abs. 2 Sächsisches Rechtsanwaltsversorgungsgesetz fehlt zudem in der Aufzählung völlig.

Ich frage die Staatsregierung:

1. Ist die Staatsregierung der Meinung, dass sie die Kleine Anfrage gemäß Artikel 51 Sächsische Verfassung „nach bestem Wissen unverzüglich und vollständig“ beantwortet hat?

2. Beabsichtigt die Staatsregierung, Kleine Anfragen auch zukünftig in dieser Qualität zu beantworten?

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Für die Staatsregierung antwortet Staatsministerin Orosz.

Helma Orosz, Staatsministerin für Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Sehr geehrter Herr Dr. Martens, ich nehme selbstverständlich zu Ihrer Frage Stellung. Die Frage 3 der genannten Kleinen Anfrage lautete, wenn ich das noch einmal ausführen darf: „Plant die Staatsregierung, einzelne Altersgrenzen abzuschaffen?“

Sie kritisieren in der Begründung dieser mündlichen Anfrage, dass wir die Altersgrenze in § 26 Abs. 1 Satz 2 Sächsisches Architektengesetz nicht als eine jener Altersgrenzen gekennzeichnet haben, bei denen eine Veränderung geplant ist. Die Sächsische Staatsregierung hat die Kleine Anfrage gemäß Ihrer Fragestellung beantwortet und demnach Altersgrenzen recherchiert, die eventuell abgeschafft, nicht aber geändert werden sollten.

Nach unserer Auffassung stellt die Heraufsetzung von Altersgrenzen sehr wohl eine Änderung, aber keine Abschaffung einer Altersgrenze dar. Insofern war unsere

Antwort auf die Frage 3 aus unserer Sicht weder falsch noch unvollständig.

Was § 6 des Rechtsanwaltsversorgungsgesetzes betrifft, räume ich ein, dass diese Regelung, die in der Auflistung der landesrechtlichen Regelungen in den Altersgrenzen enthalten ist, tatsächlich vergessen worden ist. Wir konnten nicht, wie Sie vielleicht angenommen haben, auf eine bereits vorhandene Aufstellung aller landesrechtlichen Regelungen zurückgreifen, sondern mussten eine solche erstellen und waren dabei auf Zuarbeiten angewiesen. Für diese Erhebung haben mehrere Fachreferate aus den einzelnen Ressorts zugearbeitet.

Bei der für die Beantwortung der Kleinen Anfrage zur Verfügung stehenden knappen Zeit ist leider – das räume ich hier ein – ein Fehler unterlaufen, für den wir um Nachsicht bitten. Ich habe – vielleicht haben Sie es auch schon per Post erhalten – inzwischen eine Ergänzung zur Antwort auf die Drucksache 4/7604 nachgereicht.

Zur Frage 2. Die Staatsregierung ist sich ihrer Verpflichtung aus Artikel 51 Sächsische Verfassung bewusst und wird auch künftig parlamentarische Anfragen nach bestem Wissen unverzüglich und vollständig beantworten.

Dr. Jürgen Martens, FDP: Vielen Dank.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Ich rufe den Abg. Lichdi auf, die Frage Nr. 2 – G8-Gipfeltreffen vom 6. bis 8. Juni 2007 und Sicherheitsmaßnahmen in Sachsen – zu stellen.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Es geht um das G8-Gipfeltreffen vom 6. bis 8. Juni 2007 und Sicherheitsmaßnahmen in Sachsen.

Ich frage die Staatsregierung:

1. Gegen wie viele Personen wurden jeweils welche polizeilichen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr, sogenannte Gefährderansprachen, Identitätsfeststellungen, erkennungsdienstliche Maßnahmen jeweils nach § 20 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 SächsPolG, Meldeauflagen, Aufenthaltsverbote, Präventivgewahrsam und anderes, und Maßnahmen der Strafverfolgung (sogenannte „Schnüffelproben“, Briefkontrolle, Überwachung und Telekommunikation, DNA-Tests etc.) auf welcher rechtlichen Grundlage in Sachsen im Vorfeld des G8-Gipfeltreffens ergriffen?

2. Zu wie vielen Personen wurden im Vorfeld bzw. Verlauf des Gipfeltreffens von sächsischen Sicherheitsbehörden aufgrund welcher Tatvorwürfe Datensätze an die sogenannte Gewalttäterdatei Phänomenbereich „Links“ bzw. andere bundesweite Dateien zur Verhinderung und Verfolgung politisch links motivierter Straftaten übermittelt?

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Für die Staatsregierung antwortet Herr Staatsminister Tillich.

Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten

Damen und Herren! In Vertretung des Innenministers beantworte ich die Fragen des Abg. Lichdi wie folgt:

Zu Frage 1: Durch die sächsische Polizei wurden im Zeitraum vom 21. Mai bis zum 22. Mai 2007 gegenüber sechs Personen Gefährderansprachen veranlasst. Gegen eine weitere Person wurde mit Datum vom 25. Mai 2007 eine Meldeauflage durch das Ordnungsamt der Stadt Dresden auf Anregung des Landeskriminalamtes Sachsen erlassen. – Weitere Maßnahmen erfolgten nicht.

Zu Frage 2: Im Vorfeld des G8-Treffens wurden vom Landeskriminalamt Sachsen Daten zu zwei Personen zur Übernahme in die Datei „Gewalttäter Links“ übermittelt. Die Datenübermittlung erfolgte aufgrund der seit einem längeren Zeitraum fortdauernd begangenen Katalogstraf-taten durch diese Personen.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Sie haben Nachfragen?

Johannes Lichdi, GRÜNE: Ja, vielen Dank. – Können Sie spezifizieren, welche Katalogdaten bzw. welche Anlässe bei diesen zwei Personen vorlagen?

Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Das kann ich selbstverständlich jetzt nicht. Aber der Innenminister hat mir zugesagt, dass weitere Nachfragen schriftlich beantwortet werden.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Vielen Dank. – Können Sie mir die Antwort auch schriftlich zukommen lassen?

Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Davon gehe ich aus.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Nun ist Herr Petzold, NPD-Fraktion, mit Frage Nr. 5 an der Reihe.

Winfried Petzold, NPD: Es geht um befristete Stellen in Hartz-IV-Behörden im Freistaat Sachsen.

Von rund 4 400 Mitarbeitern in den Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) im Freistaat Sachsen sind 625 Mitarbeiter befristet beschäftigt. Nach Informationen der Regionaldirektion Sachsen der Bundesagentur für Arbeit laufen circa die Hälfte dieser zeitlich befristeten Arbeitsverhältnisse zum Jahresende 2007 aus. Bisher wurden bundesweit 4 000 Stellen in dauerhafte Verträge umgewandelt, in Sachsen allerdings davon nur 113 Stellen. Betroffene Arbeitsagenturen sehen durch den Abzug von eingearbeitetem Personal ihre Arbeitsfähigkeit gefährdet und befürchten Qualitätseinbußen in der Betreuung von Arbeit-suchenden.

Fragen an die Staatsregierung:

1. Aus welchen Gründen wurden bisher im Freistaat Sachsen bei den Arbeitsagenturen lediglich 113 befristete Stellen in dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse umge-wandelt?

2. Welche Bemühungen sind seitens der Staatsregierung vorgesehen, bei den Arbeitsgemeinschaften befristete

Arbeitsverhältnisse in dauerhafte Verträge umzuwandeln, um damit deren Arbeitsfähigkeit langfristig zu sichern und so eine optimale, zeitnahe Betreuung von Arbeits-suchenden zu gewährleisten?

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Es antwortet Frau Staatsministerin Orosz für die Staatsregierung.

Helma Orosz, Staatsministerin für Soziales: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Sehr geehrter Herr Abg. Petzold! Ich gehe davon aus, dass Ihre Anfrage auf die Entfristung von Beschäftigungsver-hältnissen des Personals zielt, die den Arbeitsgemein-schaften gemäß II. Buch Sozialgesetzbuch der Bundes-agentur als Aufgabe gestellt wird.

Zur ersten Frage nehme ich wie folgt Stellung: Die Bundesregierung hat im Herbst 2006 im Haushalt der BA zusätzlich 4 000 Stellen für das Jahr 2007 genehmigt, um engagierten Mitarbeiter(innen) der Arbeitsgemeinschaften eine Übernahme in ein Dauerverhältnis anbieten zu können und so zur Stabilität der Durchführung der Grund-sicherung für Arbeitsuchende beizutragen. Die BA be-rücksichtigte bei der Verteilung dieser Stellen sowohl den Zeitpunkt des Auslaufens von Verträgen ohne Verlänge-rungsmöglichkeit als auch den regionalen Befristungsan-teil.

Konkret war zunächst Ziel, allen bundesweit rund 1 900 geeigneten Mitarbeitern, deren Verträge bis einschließlich 30. Juni 2007 enden, eine Übernahmemöglichkeit zu bieten. Die anderen Stellen – ungefähr 2 000 – wurden regional zur Angleichung des Anteils befristeter Kräfte an einen bundesweiten Durchschnittswert verteilt. Auf die Regionaldirektion Sachsen entfielen davon aber nicht, wie in der Frage angegeben, 113, sondern insgesamt 172 Stellen.

Zur zweiten Frage: Eine Erhöhung der vorgenannten Zahl entfristeter BA-Stellen ist im Rahmen des bestehenden BA-Haushaltes sowie des gewählten Verteilungsschlüs-sels nicht möglich. Der Staatsregierung ist jedoch be-kannt, dass gegenwärtig ein Konzept zur weiteren Ent-wicklung der Personalausstattung im SGB-II-Bereich zwischen der BA und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales abgestimmt wird.

Unabhängig davon hat die Staatsregierung dieses Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung unseres Landesbeirates zur Umsetzung des SGB II im Freistaat Sachsen am 21. Juni 2007 gesetzt, um die Problematik vertieft zu erörtern und Handlungsmöglichkeiten zu eruieren.

Winfried Petzold, NPD: Ich bedanke mich.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Nun rufe ich Herrn Abg. Dr. Martens auf, seine Frage Nr. 4 zu stellen.

Dr. Jürgen Martens, FDP: Vielen Dank, Frau Präsi-dentin. – Es geht um die Beobachtung der Organisierten Kriminalität durch das Landesamt für Verfassungsschutz.

Fragen an die Staatsregierung:

1. Wann hat das Sächsische Staatsministerium des Innern zum ersten Mal Kenntnis davon erlangt, dass das Landesamt für Verfassungsschutz im Rahmen seiner Beobachtung der Organisierten Kriminalität erste Erkenntnisse erlangt hat?

2. Welche Arbeitseinheiten des Sächsischen Staatsministeriums des Innern waren nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen vom 21. Juli 2005 mit der Prüfung der Auswirkungen dieses Urteils auf die Beobachtungstätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutzes im Bereich der Organisierten Kriminalität befasst?

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Für die Staatsregierung antwortet Herr Minister Tillich; bitte.

Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Herr Abg. Martens, ich darf Ihre Fragen stellvertretend für den Innenminister wie folgt beantworten:

Zu Frage 1: Die Aufgabe der Beobachtung von Tätigkeiten und Bestrebungen der Organisierten Kriminalität wurde dem Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen durch gesetzliche Regelung am 9. September 2003 übertragen. Nach Aktenlage erlangte das Sächsische Staatsministerium des Innern im Rahmen der Vorbereitung der 21. Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK-Sitzung) erstmals im September 2004 Kenntnis über Vorgänge in Sachen Organisierte Kriminalität.

Zu Frage 2: Die Auswirkungen des Urteils des Sächsischen Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen vom 21. Juli 2005 wurden durch das Referat 47, Verfassungsschutz und Landesgeheimschutz, des Sächsischen Staatsministeriums des Innern geprüft.

(Lachen der Abg. Dr. Cornelia Ernst,
Linksfraktion.PDS)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Frau Abg. Günther-Schmidt, bitte; Frage Nr. 7.

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Es geht um Biozidrückstände in Erdbeeren.

Die „Sächsische Zeitung“ berichtete in ihrer Ausgabe vom 26.05.2007 über hohe Pestizidrückstände in Erdbeeren aus konventionellem Anbau. Sie berief sich dabei auf Untersuchungen der Zeitschrift „Ökotest“.

Fragen an die Staatsregierung:

1. Welche Untersuchungsergebnisse auf Biozide in Erdbeeren aus dem Jahre 2007 liegen der Staatsregierung vor? (Ich bitte um Aufzählung der Proben mit Grenzwertüberschreitungen und Mehrfachbelastungen sowie der Herkunft dieser Proben und Art der Belastung.)

2. Liegen bei den beprobten Erdbeeren mit Grenzwertüberschreitungen und Mehrfachbelastungen in Sachsen

produzierter Früchte vor? Wenn ja, bitte ich um Nennung der Produzenten.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Frau Staatsministerin Orosz, Sie haben das Wort.

Helma Orosz, Staatsministerin für Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Günther-Schmidt!

Zu Frage 1: In den Monaten März, April und Mai 2007 wurden an der Landesuntersuchungsanstalt für das Gesundheits- und Veterinärwesen insgesamt 26 Proben von Erdbeeren auf Rückstände aus Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln, auch Pestizide oder PSM genannt, untersucht.

22 dieser 26 Proben – dies entspricht ungefähr 84,6 % – stammten von spanischen Erzeugern, zwei Proben waren italienischer, eine griechischer und eine marokkanischer Herkunft. Lediglich in zwei Proben wurden Rückstände oberhalb der zulässigen Höchstmenge bestimmt. Beide Proben waren spanischer Herkunft.

In 17 Proben – dies entspricht wiederum 65,4 % der Gesamtprobenzahl – wurde mehr als ein Wirkstoff, sogenannte Mehrfachrückstände, nachgewiesen. Die in den untersuchten Proben festgestellten Wirkstoffe stammten größtenteils aus Mitteln zur Bekämpfung von Pilzkrankheiten, sogenannten Fungiziden.

Zu Frage 2: Auf Sachsens Erdbeerfeldern hat die Ernte gerade erst begonnen, sodass erst wenige Proben sächsischer Erdbeeren zur Untersuchung auf PSM-Rückstände in der LUA eingegangen sind. Die Ergebnisse zu diesen Proben liegen mir zum heutigen Zeitpunkt noch nicht vor.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Sie haben eine Nachfrage? – Bitte.

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Ja. – Sie sprachen von zwei Proben, bei denen Grenzwertüberschreitungen festgestellt wurden. Können Sie mir bitte sagen, welche Maßnahmen daraufhin ergriffen wurden?

Helma Orosz, Staatsministerin für Soziales: Nein, das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen; aber ich werde mich gern kundig machen und würde Ihnen diese Antwort entsprechend zukommen lassen.

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Danke schön.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Zastrow, bitte; Frage Nr. 6.

Holger Zastrow, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine Frage betrifft Unklarheiten über die Bundesmittel für die Waldschlösschenbrücke.

Nach Presseberichten vom 26. Mai 2007 sollen die zuständigen Bundesministerien festgestellt haben, dass der Bau der Waldschlösschenbrücke nicht mit Geld aus dem Bundeshaushalt bezahlt werden darf. Ein entspre-

chendes Schreiben an den sächsischen Ministerpräsidenten Milbradt sei in Vorbereitung.

Fragen an die Staatsregierung:

1. Liegt der Staatsregierung aktuell ein Schreiben oder ein entsprechender Entwurf eines Schreibens der Bundesregierung über die Mittelverwendung für die Waldschlösschenbrücke vor?

2. Wird die Staatsregierung die Ausreichung der Fördermittel für den Bau der Waldschlösschenbrücke von einem Schreiben bzw. der rechtlichen Bewertung zur Förderfähigkeit der zuständigen Bundesministerien abhängig machen?

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Für die Staatsregierung antwortet Minister Tillich.

Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abg. Zastrow, die erste Frage möchte ich ganz kurz beantworten: nein.

Zu der zweiten Frage im Auftrag bzw. stellvertretend für den Innenminister Folgendes: Hierzu kann erst Stellung genommen werden, wenn das angekündigte und bisher noch nicht eingegangene Schreiben vorliegt.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Sie haben eine Nachfrage.

Holger Zastrow, FDP: Die Staatsregierung macht also ihre Entscheidung schon in irgendeiner Weise von dem Schreiben abhängig? Kürzlich war die Äußerung, dass auf jeden Fall gebaut wird, unabhängig davon, wie sich Berlin positioniert.

Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Nein. Sie haben Ihre Frage auf ein in Rede stehendes Schreiben bezogen. Dieses liegt noch nicht vor. Deswegen kann dazu auch nicht Stellung genommen werden. – So habe ich geantwortet.

Holger Zastrow, FDP: Okay. – Danke.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Frau Abg. Herrmann stellt die nächste Frage; Frage Nr. 8.

Elke Herrmann, GRÜNE: Frau Präsidentin, ich habe folgende Fragen an die Staatsregierung, und zwar zu Antidiskriminierungsmaßnahmen der Staatsregierung.

Der Hintergrund ist: In einer dpa-Meldung vom 29.05.2007 erklärte der Verband binationaler Familien und Partnerschaften, dass die Zahl der binationalen Familien in Ostdeutschland seit 2004 signifikant sinkt, da viele Familien nach Westdeutschland ziehen bzw. Deutschland ganz verlassen. Gründe dafür sind nach Aussage des Verbandes vor allem Schwierigkeiten beim Umgang mit Behörden sowie Diskriminierungserfahrungen im täglichen Leben, zum Beispiel in der Schule und am Arbeitsplatz.

Fragen an die Staatsregierung:

1. Welche Maßnahmen hat die Staatsregierung bisher ergriffen, um der Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe oder ethnischen Herkunft in Sachsen entgegenzuwirken, Opfer von Diskriminierung wirksam zu unterstützen und die interkulturelle Kompetenz der Gesellschaft im Ganzen (Arbeitsplatz, Schule, Sportverein etc.) zu fördern?

2. Welche konkreten Schritte unternimmt die Staatsregierung, um auf die interkulturelle Öffnung der Behörden bzw. auf die Entwicklung interkultureller Kompetenz der dort Beschäftigten hinzuwirken?

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Frau Staatsministerin Orosz wird die Fragen beantworten.

Helma Orosz, Staatsministerin für Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Abg. Herrmann, ich nehme wie folgt Stellung:

Die Staatsregierung stellt sich den von Ihnen genannten Fragen mit einer breiten Palette an Maßnahmen im Bereich der Integrationsförderung für Zuwanderer. Ich nenne hier einige ausgewählte Beispiele.

Zunächst zum Bereich frühkindliche Bildung. Der Sächsische Bildungsplan behandelt unter dem Kapitel „Soziale Bildung“ auch Fragen des Fremd- und des Andersseins. Dabei soll den Kindern der Wert der Unterschiedlichkeit vermittelt und die gegenseitige Akzeptanz und Toleranz unabhängig von der Herkunft gestärkt werden.

Zur sprachlichen Förderung werden wir eine Elterninformationsbroschüre mit dem Titel „Wenn Kinder sprechen lernen“ herausgeben. Dabei werden gezielt Eltern mit Migrationshintergrund angesprochen, um ihnen Hilfestellung hinsichtlich der zweisprachigen Erziehung ihrer Kinder zu geben. Es ist beabsichtigt, diese Broschüre auch ins Russische zu übersetzen.

Bei der schulischen Integration bilden die Sächsische Konzeption zur Integration von Migranten vom 01.08.2000 und der Lehrplan für das Fach Deutsch als Zweitsprache des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus die wesentlichen – und im Übrigen auch bundesweit anerkannten – Grundlagen.

Ziel der schulischen Integration ist zum einen ein erleichteter Einstieg in das sächsische Schulsystem und zum anderen die systematische und schullaufbahnbegleitende sprachliche Förderung unter Nutzung der Ressourcen der zwei- und mehrsprachigen Kinder.

Bei der beruflichen Integration sind insbesondere Qualifizierungsprojekte für arbeitslose Spätaussiedler und andere Migranten sowie Qualifizierungsprojekte im Gesundheitswesen bzw. im Sozialbereich zu nennen, die den Einstieg in unseren Arbeitsmarkt erleichtern.

Im Bereich der sozialen Integration arbeitet die gemeinwesenorientierte Förderung meines Hauses für Zuwanderer mit einem Etat von 300 000 Euro. Des Weiteren gibt es das Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke im

Freistaat“ und die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements mit der TAURIS-Initiative und die Förderrichtlinie „Wir für Sachsen“.

Das Programm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ unter der Federführung der Sächsischen Staatskanzlei zielt auf die Stärkung demokratischer Werte in einer aktiven Bürgergesellschaft und auf die Beförderung von Toleranz und Solidarität. Das von der Staatsregierung bereits im Jahr 2002 geschaffene und in der laufenden Legislaturperiode fortgeführte „Kuratorium für ein weltoffenes Sachsen“ hat ebenfalls zum Ziel, die Fremdenfreundlichkeit in Sachsen sowie die Integration von in Sachsen lebenden Ausländern zu fördern.

Zur zweiten Frage: Das „Kuratorium für ein weltoffenes Sachsen“ hat kürzlich eine Empfehlung herausgegeben, die interkulturelle Kompetenz in den staatlichen und kommunalen Verwaltungen zu stärken. Dabei ist es zentrales Ziel, Verwaltungshandeln so zu gestalten, dass

es von Menschen mit Migrationshintergrund als adäquat und nachvollziehbar erlebt wird.

Nach der Umsetzung der Verwaltungsreform steht auf der staatlichen Ebene eine Bedarfsanalyse im Bereich der Fort- und Weiterbildung sowie der Ausbildung an, aus der entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen sind. Den Kommunen kann aufgrund ihrer Personalhoheit, die in der Selbstverwaltung begründet ist, eine entsprechende Umsetzung nur empfohlen werden.

So weit zu Ihren Fragen.

Elke Herrmann, GRÜNE: Danke.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die Antwort auf die letzte Frage für heute, die Frage Nr. 9 der Abg. Hermenau, bitten wir schriftlich abzugeben. – Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, damit sind alle Fragen der heutigen Fragestunde beantwortet und der Tagesordnungspunkt ist abgearbeitet. Ich kann ihn also schließen.

Schriftliche Beantwortung weiterer Fragen

Antje Hermenau, GRÜNE: Großbrand auf der Deponie Gröbern (bei Meißen) (Frage Nr. 9)

Am 23. Mai 2007 brannten Müllgemische auf der Deponie Gröbern (die „Morgenpost“ vom 24.05.2007 berichtete). Der Brand konnte erst nach Stunden gelöscht werden.

Fragen an die Staatsregierung:

1. Welche Stoffe in welchen Mengen brannten auf der Deponie Gröbern am 23. Mai 2007?
2. Welche Schadstoffe wurden von den Einsatzkräften (insbesondere Dioxine und Furane) gemessen und in welcher Form wurden Bevölkerung und Feuerwehr davor geschützt?

Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Bei dem Ereignis handelte es sich nicht, wie dargestellt, um einen Großbrand auf der Deponie Gröbern, sondern um einen Brand auf der Lagerfläche einer Abfall-Sortieranlage im benachbarten Recyclingpark der Firma Nehlsen. Der Betreiber der Deponie, der Zweckverband Abfallwirtschaft Oberes Elbtal, hat sich deshalb bereits mit einer Gegendarstellung an die berichtende „Morgenpost“ gewandt.

Insofern beziehe ich Ihre Fragen auf den tatsächlich betroffenen Recyclingpark und beantworte diese wie folgt:

Zu Frage 1. Auf der Lagerfläche des Recyclingparks brannte circa ein Drittel der abgelagerten Abfallmenge. Diese bestand aus Gewerbe- und Baumischabfällen, davon waren circa 55 % brennbare Bestandteile wie Holz, Folie und Kunststoffe.

Zu Frage 2. Eine Messung von Dioxinen und Furanen kann bei Brandereignissen durch die Feuerwehr nicht durchgeführt werden, da die öffentlichen Feuerwehren in

Sachsen nicht über die erforderliche Messtechnik verfügen.

Schadstoffmessungen wurden für Kohlenmonoxid und Blausäure durchgeführt. Die Feuerwehr schützte sich dabei durch das Tragen von umluftunabhängigen Atemschutzgeräten.

Die Messwerte erreichten in unmittelbarer Nähe der Brandstelle circa 50 % der zulässigen maximalen Arbeitsplatzkonzentration. Eine Gefährdung der Bevölkerung – die nächste Wohnbebauung ist circa 800 Meter entfernt – konnte damit ausgeschlossen werden.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Wegen welcher Katalogstraftaten wurden die zwei genannten Fälle in die Datei übernommen? (Nachfrage zu Frage 2)

Dr. Albrecht Buttolo, Staatsminister des Innern: Gemäß der Errichtungsanordnung des Bundeskriminalamtes zur Verbunddatei „Gewalttäter Links“ ist das Vorliegen bestimmter Katalogstraftaten Voraussetzung, um den personengebundenen Hinweis „Gewalttäter“ zu erhalten bzw. in der betreffenden Datei erfasst zu werden.

In den zwei genannten Fällen lagen als Voraussetzung für die Erfassung jeweils die Begehung der Katalogstraftaten Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte gemäß § 113 StGB und Landfriedensbruch gemäß § 125 StGB durch die betreffenden Personen vor.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Ich schlage vor, dass wir an dieser Stelle die Mittagspause einlegen. Wir treffen uns um 13:35 Uhr wieder.

(Unterbrechung von 12:26 bis 13:37 Uhr)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie nach der Mittagspause wieder. Wir setzen unsere Tagesordnung fort. Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 3

Umsetzung des Bologna-Prozesses an den sächsischen Hochschulen und Studienakademien

Drucksache 4/7762, Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Antwort der Staatsregierung

Als Einbringer spricht zunächst die Fraktion GRÜNE, danach die gewohnte Reihenfolge. Herr Abg. Dr. Gerstenberg, bitte.

Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen, die bereits aus der Mittagspause zurückgekehrt sind.

(Vereinzelt Beifall aus den Fraktionen)

„Deutscher Bachelor ist kein Masterstück“ – titelte kürzlich die „Tageszeitung“ und brachte so launig wie treffend den bisherigen Stand des Bologna-Prozesses auf den Punkt. Anlass des Artikels war eine Umfrage unter Studierenden der Humboldt-Universität, aus der erstmals ein umfassender 320-seitiger Lagebericht über die Studierbarkeit der neuen Studiengänge hervorging. Die Hauptziele der Reform, höhere Flexibilität und Mobilität der Studierenden, sind demnach nicht erreicht worden, viele Studiengänge sind schlecht organisiert, die Beratung ist mangelhaft. Zudem zeigt sich, dass zum einen zu wenig Freiräume verbleiben und zum anderen der Bachelor als nicht ausreichend berufsqualifizierend eingeschätzt wird.

Nun könnten die sächsischen Patrioten unter uns hier im Saal abwiegeln und sagen: Das sind typisch Berliner Probleme. Ich muss Sie enttäuschen, zum einen, weil es eher unwahrscheinlich ist, dass die als eine der besten deutschen Hochschulen eingeschätzte Humboldt-Universität den Bologna-Prozess schlechter umsetzt als unsere sächsischen Hochschulen – sie geht nur kritischer damit um –, zum anderen aber, weil die Antwort der Staatsregierung auf unsere Große Anfrage die Berliner Probleme auch für die sächsischen Hochschulen bestätigt.

Wir haben diese Anfrage bewusst zu einem Zeitpunkt gestellt, zu dem einerseits schon genügend Erfahrungen mit den neuen Studiengängen bestehen, um erste Probleme und Fehlentwicklungen abzusehen, andererseits aber auch die Möglichkeit gegeben ist, rechtzeitig gegenzusteuern und die Hochschulen bei einer qualitativ hochwertigen Umsetzung der Studiengänge zu unterstützen.

Erst kürzlich fand in London eine Bologna-Nachfolgekonferenz statt, die die bisherige Umsetzung des Prozesses kritisch bilanzierte. Zentrale Themen waren insbesondere Mobilität, Qualitätssicherung und Beschäftigungsfähigkeit, speziell auch gemeinsame Studiengänge mit ausländischen Hochschulen und flexiblere Curricula während des Bachelorstudiums. Das sind Themen, die aus der Beobachtung deutlicher Fehlentwicklungen aufgegriffen wurden und sich auch auf Sachsen übertragen lassen.

Gerade wer, wie wir GRÜNEN, zu den frühen Befürwortern des Bologna-Prozesses gehört, muss im Interesse des Kernanliegens kritisch und konstruktiv die aktuelle Umsetzung begleiten. Von lobenswerten Ausnahmen abgesehen, zeigt die Zwischenbilanz, dass die Hochschulen vor allem auf die formale und zeitlich straffe Umsetzung und weniger auf die inhaltliche und qualitative Ausgestaltung der neuen Studiengänge achten. Derzeit geht Masse vor Klasse.

Wenn wir die neuen Studiengänge zu einem echten Erfolg machen wollen, dann müssen wir jetzt auf Fehlentwicklungen achten und die Probleme ins Auge fassen.

Worum geht es? Die größten Schwierigkeiten auf den Baustellen Bachelor und Master lassen sich auf vier Feldern beschreiben: Erstens. Mangelnde Rechtssicherheit und Verbindlichkeit der Studiengänge. Zweitens. Ausbleibende Studienreform und geringe Flexibilität im Studium. Drittens. Zurückgehende Internationalität. Viertens. Unzureichende personelle Ausstattung.

Aus Sicht vieler Studierender heißt das: Sie werden in nicht rechtssichere Studiengänge geschickt, in denen sie mehr Studienstress und mehr Prüfungen denn je, aber geringere Chancen auf einen Auslandsaufenthalt erwarten. Sie werden ihr Studium mit einem Bachelorabschluss beenden, der ihnen allenfalls vage Aussichten auf dem Arbeitsmarkt beschert, aber nicht einmal den Zugang zu einem Master sichert.

Viele Studierende der neuen Studiengänge fühlen sich als die sprichwörtlichen Versuchskaninchen im Bachelor-Master-Labor und die Ergebnisse unserer Großen Anfrage bestätigen leider dieses Gefühl.

Wie sieht es also aus mit Qualitätssicherung und Rechtssicherheit?

Nur ein Drittel der neuen Studiengänge wurde bisher erfolgreich akkreditiert. Für 39 Studiengänge, also jeden fünften, gibt es keine genehmigte Studien- und Prüfungsordnung. 25 Studienordnungen traten rückwirkend in Kraft. Für Tausende Studierende bedeutet das Unsicherheit im Hinblick auf den Wert ihrer Studien- und Prüfungsleistungen und die tatsächliche Anerkennung ihres Abschlusses.

Wie die Staatsregierung selbst einräumt, ist das hohe Rechtsgut des Vertrauensschutzes für die Studierenden zu wahren. Frau Staatsministerin Stange, wir erwarten aber von Ihnen, dass es nicht bei diesen Worten bleibt, sondern dass Sie Ihrer Verantwortung auch gerecht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und
der Linksfraktion.PDS)

Wir erwarten auch, dass für konsekutive, also fachlich zusammenhängende Studiengänge der Bachelor die einzige Zugangsvoraussetzung für den anschließenden Master ist. Es ist eine verhängnisvolle Tendenz, dass für eine Mehrzahl der konsekutiven Masterstudiengänge zusätzliche Hürden aufgebaut werden. Damit riskieren wir, Studierende mit Abschlüssen halben Wertes auf den Arbeitsmarkt zu schicken.

Aus Sicht der Studierenden und der Lehrenden ist die konkrete Studierbarkeit der Studiengänge wohl das gravierendste Problem. Das Meinungsbild in den Hochschulen zeigt, dass die Studiengänge in der Regel eine zu hohe Stoff- und Prüfungsdichte aufweisen. Allzu oft wurde einfach das auf dem Papier der alten Studiengänge vorhandene Studienangebot in die neuen Studiengänge hineingepresst. Eine starke Verschulung hat das ursprüngliche Ziel der Studienreform ins Gegenteil verkehrt. Die Chancen der Reform, innovative Bestandteile in die Module zu integrieren, Seminare, Tutorien und Selbststudium intelligent miteinander zu verbinden, wurden von den sächsischen Hochschulen bisher nur unzureichend genutzt.

In den einzelnen Modulen sind bis zu fünf Prüfungen üblich. Damit steigt die Prüfungslast teilweise auf das Doppelte bis Dreifache. Für die Studierenden bedeutet das nicht nur größeren Stress, es ist letztlich auch kontraproduktiv, weil eine wirkliche Vertiefung in die Inhalte immer schwieriger wird. Auch für den Lehrenden bedeutet die höhere Prüfungsanzahl einen erheblich gestiegenen Arbeitsaufwand.

Ich weiß aus den Hochschulen, dass diese Fragen an den Fakultäten durchaus unterschiedlich gehandhabt werden. Unser Interesse muss es aber sein, durch geeignete gesetzliche Regelungen die Prüfungsdichte generell auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

(Beifall der Abg. Heike Werner,
Linksfraktion.PDS)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE: Bitte.

Prof. Dr. Cornelius Weiss, SPD: Lieber Herr Kollege Gerstenberg, ist Ihnen eigentlich klar, dass Sie mit Ihren bisherigen Ausführungen den sächsischen Hochschulen und den dort sich wirklich einsetzenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ein völlig ungerechtfertigtes pauschales Armutszeugnis auszustellen im Begriff sind?

(Beifall des Abg. Prof. Dr. Roland Wöller, CDU)

Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE: Es ist in diesem Sächsischen Landtag üblich, Oppositionsfraktionen

vorzuwerfen, dass sie das Land schlechtreden, wenn sie ihrer Pflicht gerecht werden, Kritik zu üben.

(Beifall des Abg.
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS)

Was ich ausgeführt habe, ist die mit Zahlen, Daten und Fakten nachweisbare Situation bei der Umstellung der bisherigen Magister- und Diplomstudiengänge auf das Bachelor-Master-System. Das ist die Realität. Wir sollten hier darüber diskutieren, wie wir diese Probleme gemeinsam lösen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die sächsischen Hochschulen sehen derzeit auch keine Studieneingangsphasen vor. Ein Blick in das angelsächsische System zeigt, dass insbesondere an den viel zitierten Spitzenuniversitäten wie Stanford zweisemestrige Studieneingangsphasen im Sinne eines Studium generale obligatorisch sind. In Deutschland gibt es das leuchtende Beispiel der Universität Lüneburg, die in allen neuen Studiengängen eine gemeinsame Studieneingangsphase eingeführt hat. Dieses Beispiel zeigt, wie Bologna umgesetzt werden kann. Von der Staatsregierung erwarten wir, dass sie solche Ideen unterstützt und den gesetzlichen Rahmen dafür schafft.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Vollends auf den Kopf gestellt werden die Ziele der Studienreform offensichtlich im Bereich der Internationalität. Nach einer Studie des Hochschulinformationssystems gehen nur 11 % der Bachelorstudenten ins Ausland. Demgegenüber konnten in der Vergangenheit immerhin 34 % der Studierenden in den Magisterstudiengängen einen Auslandsaufenthalt realisieren. Schon aufgrund der Stoff- und Prüfungsdichte bleibt für viele Studierende ein Auslandsaufenthalt ein Traum. Selbst wenn der eine oder der andere Bachelorstudierende den Sprung an eine Auslandshochschule geschafft hat – ob sich der Aufenthalt für sie oder für ihn gelohnt hat, erfahren sie erst hinterher, weil die Studienprüfungsleistungen, die sie aus dem Ausland mitbringen, je nach Ermessen des Prüfungsamtes anerkannt werden.

Ein Problem, das übrigens nicht nur das Auslandsstudium betrifft: Statt internationale Mobilität zu verbessern, ist mittlerweile vielerorts die nationale Mobilität gefährdet. Damit wird ein zentrales Ziel der Reform durchkreuzt.

Aber es kommt noch schlimmer. Viele Studiengänge sehen einen Auslandsaufenthalt gar nicht erst vor, ganz zu schweigen davon, dass Studiengänge gemeinsam mit anderen Hochschulen des europäischen Hochschulraumes konzipiert wurden. Der Staatsregierung fällt auf die Frage danach nichts Besseres ein, als die bestehenden Universitätspartnerschaften der Universität Leipzig aufzulisten.

Meine Damen und Herren der Staatsregierung! Frau Ministerin Stange! Offensichtlich haben Sie die Dimension der Internationalität im Rahmen des Bologna-Prozesses noch nicht begriffen. Lassen Sie sich doch zumindest durch die konkreten Vereinbarungen der Londoner Bologna-Nachfolgekonzferenz zum Umdenken

bewegen, in denen die Notwendigkeit gemeinsamer internationaler Studiengänge explizit festgehalten wurde.

Ein weiteres gravierendes Problem ist die personelle Untersetzung der neuen Studiengänge. Angesichts der eben skizzierten Probleme einer hohen Stoffdichte und drastisch gestiegener Prüfungsanzahl ist von einem höheren Personalbedarf auszugehen. Hinzu kommt, dass die Seminare anders als bisher auf 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrenzt sind. Auch durch den hohen Anteil der Lehrveranstaltungen und die geringe Verbreitung innovativer und weniger personalintensiver Studienformen ist eine deutlich höhere Personalintensität entstanden.

Fast alle Hochschulen sehen dann auch laut Antwort der Staatsregierung auf unsere Große Anfrage in den gestuften Studiengängen einen höheren Personalbedarf.

Nur zwei Antworten vorher erklärt allerdings die Staatsregierung, dass sie mit keinem personellen Mehrbedarf rechnet. Auf die Erklärung dieses Widerspruchs bin ich schon jetzt gespannt, Frau Ministerin. Wir leben ja in einer parlamentarischen Woche der Zitate. Eine Antwort frei nach Morgenstern darf ich Ihnen deshalb bereits jetzt anbieten: Weil, so schließt sie messerscharf, nicht sein kann, was nicht sein darf.

(Beifall bei den GRÜNEN und der
Linksfraktion.PDS – Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS: Richtig!)

Es ist jetzt der richtige Zeitpunkt, Schlussfolgerungen aus dieser großen Datensammlung zu ziehen. Wir sind den Hochschulen für ihre Zuarbeit ausgesprochen dankbar.

Dass die Hochschulen und das Ministerium teilweise in der verfügbaren Zeit nicht in der Lage waren, Fragen zu beantworten, weist auf ein weiteres Problem hin. Das Controllingssystem in der wichtigsten Reform des deutschen Hochschulwesens ist zumindest in Sachsen ungenügend ausgebaut. Es gilt jetzt, Schlussfolgerungen zu ziehen und die Probleme anzugehen. Wir werden Ihnen danach mit Anregungen zur Umsteuerung einen Entschließungsantrag unserer Fraktion vorlegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und
der Linksfraktion.PDS)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Für die CDU-Fraktion erhält das Wort Herr Prof. Wöller.

Prof. Dr. Roland Wöller, CDU: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Weil eingangs der Kollege Gerstenberg auf die Berliner Zustände eingegangen ist, möchte ich auch ein Zitat eines Wahlberliners dem entgegensetzen, von Tucholsky, der gesagt hat: „Und hat ein Deutscher gar nichts, so hat er doch Bedenken.“

Ich denke, die Mängel, auf die Sie verwiesen haben, werden sich bei näherer Betrachtung durchaus differenziert auflösen lassen. Wir sollten uns noch einmal in Erinnerung rufen, was der eigentliche Kern dessen ist,

was den Bologna-Prozess ausmacht. Schließlich wird dieser Prozess uns hier im Hause und auch in den Hochschulen im Lande noch hinreichend beschäftigen.

Mehr als 40 Staaten haben beschlossen, einen europäischen Hochschulraum zu verwirklichen. Dabei sollten die beteiligten Staaten vier Ziele erreichen. Es geht um die Sicherung und die Verbesserung der Qualität aller Studienangebote. Die Hochschulen und die Hochschulpolitik haben durch geeignete Instrumente die Qualität im Lehrangebot zu gewährleisten.

Als zweites Ziel soll die Mobilität der Studierenden und Lehrenden im internationalen Raum geschaffen werden. Dazu dient der Austausch von Studierenden und Lehrenden, die internationale Vergleichbarkeit der Module, aus denen sich ein Studium zusammensetzt, sowie ein einheitliches System der Bewertung von Studien- und Prüfungsleistungen.

Ein weiteres Ziel ist es, die internationale Zusammenarbeit der Hochschulen zu fördern. Hier sind vor allem die Hochschulen und damit die in Lehre und Forschung Tätigen gefordert.

Das vierte Ziel besteht schließlich in der Entwicklung und Ausprägung der innovativen Maßnahmen zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen. Dazu gehört auch die Möglichkeit der Hochschulen, ein spezifisches Profil zu bilden.

Was ist für die Umsetzung der genannten Ziele zu tun und wo stehen wir in Sachsen? Ein Schritt zum Erreichen ist die Einführung einer grundsätzlichen Zweistufigkeit des Studiums. In Deutschland erwuchs hieraus die Einführung der Abschlüsse Bachelor und Master, die von vielen fälschlicherweise schlicht mit dem Inhalt des Bologna-Prozesses gleichgesetzt werden. Andere Länder haben diese Bezeichnung nicht eingeführt, so beispielsweise Italien, wo die Studenten nach wie vor ihre Studiengänge mit Vordiplom und Diplom beenden.

Es ist mithin keineswegs so, dass der Bologna-Prozess allein darin bestünde, europaweit eine Zweistufigkeit mit den Bezeichnungen Bachelor und Master einzuführen. Vielmehr ist die in Deutschland erfolgreiche Einführung der Zweistufigkeit lediglich der sichtbarste Ausdruck einer grundlegenden Veränderung durch Bologna. Das Grundanliegen besteht in der stetigen Sicherung und Verbesserung der Qualität des Lehrangebotes für Studierende sowie in der von Absolventen herbeigeführten Mobilität auf dem europäischen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Wir befinden uns inmitten der ersten Phase des Bologna-Prozesses, und das bedeutet, wir befinden uns in einer stark umwälzenden und erheblich arbeitsintensiven Phase der Hochschulentwicklung.

Das, was das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst an umfangreichem Material zusammengestellt hat, zeigt, welche beachtlichen Initiativen, welche beachtlichen dynamischen Prozesse die aktive Umsetzung der Bologna-Ziele an den Hochschulen des Freistaates Sachsen ausgelöst hat. Von den an sächsischen Hochschulen

und staatlichen Studienakademien im Wintersemester 2006/2007 angebotenen 754 Studiengängen entfallen 439 auf die Universitäten und von diesen wiederum sind 109 Bachelorstudiengänge und 51 Masterstudiengänge. Damit waren 36 % der Studiengänge auf die neuen Abschlüsse umgestellt.

Bei den 172 Studiengängen in den sächsischen Fachhochschulen beträgt die Umstellungsquote mithin 40 %. Die staatlichen Studienakademien der Berufsakademie in Sachsen liegen bei 22 %. Das ist im bundesweiten Vergleich kein schlechter Stand, da bei einem Bundesdurchschnitt von 48 % zu berücksichtigen ist, dass gerade Sachsen über ein besonders umfangreiches Lehrangebot verfügt und bei der Gesamtumstellung mehr Zeit als die Länder mit weniger Hochschulangeboten benötigt.

Dabei zeigt die Antwort auf die Große Anfrage zugleich, dass diese landesweiten Zahlen noch keine Aussage darüber treffen, in welcher Weise, in welcher Intensität und mit welchem Erfolg der Bologna-Prozess an den einzelnen Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien angepackt und umgesetzt wird.

Es zeigen sich aber auch zugestandenermaßen, Herr Kollege Gerstenberg, Schwierigkeiten und Hürden in der Umstellung. Eine formale Umbenennung des bisherigen Abschlusses in Bachelor und Master nach dem Motto „Alter Wein in neuen Schläuchen“ führt zwangsläufig zum Scheitern.

Erfolgreich sind diejenigen Hochschulen, die ihr Angebot sehr kritisch an den Zielen des Bologna-Prozesses prüfen, auf Qualität Wert legen und eine kluge Modularisierung mit einer überzeugenden Gestaltung von Studienablauf und Prüfungsanforderungen entwickelten.

Welche Schlussfolgerungen können wir aus der Antwort der Staatsregierung auf die Große Anfrage ziehen? Das neue System ist für alle Beteiligten mit einem erhöhten Aufwand verbunden. Dieser muss geleistet werden, wenn der Bologna-Prozess mit seinem Hauptziel der Qualitätssicherung und -steigerung zum Erfolg führen soll. Die Hochschulen haben einen erheblichen Aufwand bei der Modularisierung der Studiengänge, der Gestaltung der Studieninhalte, der Gestaltung der Studien- und Prüfungsordnungen und der Profilierung ihres perspektivischen Studienangebotes. Dies erfordert Zeit, Hinwendung und Hingabe.

Für die Studierenden bedeutet der Bachelor als erster berufsqualifizierender Abschluss eine erhöhte Stoffdichte, einen deutlichen Zeitaufwand für das Studium und das Selbststudium sowie eine höhere Prüfungslast. Es bedeutet aber auch die frühzeitige, kritische Überprüfung der eigenen Studierfähigkeit, Studierwilligkeit und Eignung für das gewählte Fach. Diese muss der Studienwahl vorangehen und sie muss von der Hochschule unterstützt werden. Studenten werden die Studienwahl gezielter und selbstkritischer vornehmen. Dies bedeutet weniger Enttäuschung und eine höhere Motivation durch geringere Abbrecherquoten.

Wir können feststellen, dass mit der Umsetzung des Bologna-Prozesses an sächsischen Hochschulen ein Paradigmenwechsel in der Gestaltung des Lehrangebotes vonstattengeht. Dieser Paradigmenwechsel ist getragen von den Bemühungen um die Qualität der Angebote, und dieser Paradigmenwechsel ist gewollt. Wenn dieser Paradigmenwechsel aber gewollt ist, dann muss man auch seine Ausprägungen und Facetten akzeptieren. Es gibt kein „Wasch mir den Pelz und mach mich nicht nass!“ Man muss sich aktiv den Herausforderungen des europäischen Hochschulraums stellen.

Ich bin ganz sicher, dass sich die Anstrengungen lohnen, und ich danke an dieser Stelle ganz ausdrücklich allen an den sächsischen Hochschulen, die sich aktiv und erfolgreich mit dem Bologna-Prozess auseinandergesetzt haben und sich ihm stellen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die Linksfraktion.PDS erhält das Wort; Frau Abg. Werner.

Heike Werner, Linksfraktion.PDS: Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedanken. Das Thema beschäftigt uns alle schon seit einer ganzen Weile. Wir haben zu diesen Themen schon bei der Novellierung des Hochschulgesetzes, bei Anträgen zum Haushalt und jedes Mal bei unseren Gesetzentwürfen gesprochen. Insofern waren die Ergebnisse für mich auch nicht so überraschend.

Allerdings überraschend war für mich schon die Blauäugigkeit der Staatsregierung. Man möchte fast sagen, es ist eine gewisse Ignoranz angesichts der Ergebnisse, die nun schwarz auf weiß vorliegen. Ein wenig hatte ich schon das Gefühl, dass das Thema mit einer gewissen Lieblosigkeit behandelt wird; denn die Antworten waren zum Teil nur auszugsweise – das lag vielleicht an der Zeit –, sie waren unvollständig. Zum Teil waren in den Anlagen Tabellenformate falsch gewählt, sodass man nicht alles lesen konnte, was uns in den Tabellen gezeigt werden sollte.

Ich muss sagen, diese Ignoranz überrascht mich sehr, weil die Studienreform, in der wir jetzt gerade sind, wohl die bedeutendste seit 15 Jahren in Sachsen ist. Das heißt, fast alle Studiengänge werden umgestellt. Es sollen nicht alte Studiengänge in neue Formen gepresst werden, sondern es gibt neue Ansprüche an Inhalte und Methoden sowie gesellschaftliche Ansprüche, die umgesetzt werden sollen.

Die Hochschulen – das wurde schon erwähnt – müssen dies alles neben ihren derzeitigen Aufgaben erledigen. Sie bekommen weder mehr Personal noch mehr Geld, noch ausreichende Beratung. Für sich selbst sieht die Regierung auch keinen personellen Mehraufwand. So zumindest, Herr Gerstenberg, habe ich die Antwort der Staatsregierung gutwillig ausgelegt. Die Hochschulen müssen eben selbst sehen, wie sie diese Aufgaben leisten können.

Darauf hat meine Fraktion auch schon bei der Novellierung des Hochschulgesetzes hingewiesen. Wir haben schon damals die Risiken benannt und müssen nun feststellen, dass uns die Wirklichkeit mehr als recht gegeben hat. Ergebnisse sehen wir zum Teil in der Antwort, aber auch in Gesprächen, die wir in den Hochschulen geführt haben: wenn zum Beispiel an Fachhochschulen neun Semester in sieben gepresst werden, wenn die Studienordnungen in großen Teilen fehlerhaft sind, wenn Akkreditierungen nur ohne Vorbehalt vorgenommen werden, wenn die Prüfungsflut das Studium zu platten Wissensanhäufungen reduziert, wenn Mobilität sich verringert und Personal fehlt.

Das ist eine Versündigung an den alten und den neuen Studiengenerationen. Diese Kurzsichtigkeit ist erschreckend, denn es liegen doch so viele Chancen in der Studienreform. Zum Beispiel waren die Rektoren zum Teil sehr froh; sie wussten selbst, dass nach der Wende manche Studiengänge nicht gut konzipiert gewesen sind. Mit der Zeit haben sich Mängel gezeigt, sodass sie zum Teil selbst einschätzen, dass das Studium in der Regelstudienzeit gar nicht möglich ist.

In der Studienreform liegt aber auch die Möglichkeit eines qualitativen Sprungs. Es gibt langfristig einen gesellschaftlichen Qualifikations- und Wissenschaftsbedarf, der sich verändert hat. Es wird zunehmend notwendig sein, Schlüsselqualifikationen interdisziplinär und problemlösungsorientiert zu erlernen. Das wird vom lebensbegleitenden Lernen bestimmt sein. Das heißt, Studiengänge dürfen sich nicht auf ein verkürztes Erststudium beschränken. Das bedeutet auch, dass ein Studium für mehr Menschen möglich sein muss und dass aufbauende Studiengänge gegenseitig durchlässig und anschlussfähig sein müssen.

Nun können wir schauen, wie weit die kleine Novelle diesen Anforderungen bisher gerecht wurde. Hierbei sieht die Linksfraktion einen erheblichen Handlungsbedarf. Die Hauptkritikpunkte lassen sich zusammenfassen: im Problem der qualitativen Studienreform, der Akkreditierung, der akademischen Bildung für alle und nicht nur für wenige und der Mobilität.

Zu all den Punkten gab es schon im vergangenen Jahr Änderungsanträge sowohl der Linksfraktion als auch der GRÜNE-Fraktion. Auf einige wenige Punkte möchte ich jetzt noch eingehen.

Problembereich Qualitätsentwicklung, Qualitätssicherung. Das bezieht sich unter anderem auf die neuen Prüfungs- und Studienordnungen, aus deren Prüfung sich die Staatsregierung vollständig zurückziehen wollte. Zu diesem Thema wurden verschiedene Anfragen gestellt. Auch in der Antwort jetzt lesen wir, dass es eine sehr hohe Fehlerquote bei den Studienordnungen gibt. Das heißt eben auch, dass die Studierenden zum Teil bewusst ins Chaos geschickt werden.

Ich verstehe Ihre Bedenken, Herr Prof. Weiss, aber Tatsache ist, dass wir erleben, dass die Hochschulen gar keine andere Möglichkeit haben, in der Kürze der Zeit die

Umstellungen tatsächlich qualitativ hochwertig vorzunehmen. Es werden zum Teil Magister-/Diplomstudiengänge in Bachelor und Master hineingequetscht – so muss man es nennen –, ohne dies zu bedenken oder sie gar zu reformieren. Den Hochschulleitungen ist klar, dass sich spätestens mit der Akkreditierung einiges ändern wird, aber bis dahin ist erst einmal Chaos. Wir wissen, dass es die Aussage gegenüber Studierenden gab, dass die ersten halt Pech gehabt hätten. Es geht sogar so weit, dass Studierende, die sich neu immatrikulieren, nahegelegt wird, sich eine Rechtsschutzversicherung zuzulegen. Es gibt aber Studierende und Lehrende, die auch auf andere Entwicklungen schauen. Sie befürchten zu den Qualitätsverlusten noch Studienplatzverluste. Auch darin geben ihnen die letzten Entwicklungen recht.

Das führt zu einer weiteren Forderung der Linksfraktion, nämlich einer akademischen Bildung, die allen Studierenden möglich sein muss.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Eine große Befürchtung bei der Umstellung der Studiengänge war von Lehrenden und von Studierenden ein Qualitätsverlust durch die Zweistufigkeit gerade für die Bachelorstudierenden. Der Vorteil, den diese Zweistufigkeit zunächst hat, nämlich dass ein Wechsel zwischen Berufstätigkeit und Studienphasen möglich ist und dass verschiedene Bildungsabschnitte nach Eignung und Interesse, aber auch nach Arbeitsanforderung neu kombiniert werden können, ist aber nur dann gegeben, wenn für den Bachelor passende Masterstudiengänge existieren bzw. wenn diese Bildungsabschnitte tatsächlich allgemein zugänglich und durchlässig sind.

Hierbei haben sich unsere Befürchtungen ebenfalls bestätigt. Natürlich haben die Hochschulen in ihrer personellen Not – das gestehe ich zu – in Größenordnungen NCs eingeführt. Anders hätten sie das Nebeneinander von alten und neuen sehr prüfungs- und betreuungsintensiven Studiengängen gar nicht leisten können. Es ging so weit, dass den Hochschulen durch das damalige Wissenschaftsministerium ans Herz gelegt wurde, die Übergangsquote zum Masterstudium durch entsprechende Zugangsvoraussetzungen verantwortungsvoll zu steuern. Es gab einen Brief des SMWK vom September 2005, worin darauf hingewiesen wurde, dass nicht unbedingt an jeder Hochschule für jeden vorhandenen Bachelorstudiengang ein nachgeordneter Masterstudiengang angeboten werden soll. Es wird also mitnichten für alle Bachelorstudierenden einen prinzipiellen Zugang zum Master-Studiengang geben. Es wurden zusätzlich Hürden eingebaut – NCs, Noten und Eignungstests.

Das wirklich Schlimme aus Sicht der Linksfraktion ist, dass tatsächlich eine zusätzliche Auslese und eine hierarchische Bildung umgesetzt wird. Die Mehrfachselektion des deutschen Bildungssystems setzt sich hierin fort. Den Master gibt es nur noch für wenige, und damit heißt das: beschränkte Qualifikation für viele, für die sogenannte Masse. Das ist gesellschaftlich sehr kurz gedacht.

Das hat Auswirkungen auf die wissenschaftliche Bildung der Absolventen. Es erhöht den Konkurrenzdruck zwischen Studierenden – wobei wir andere Schlüsselqualifikationen befördern wollen – und es verändert damit das gesellschaftliche Klima. Das Ganze wird eine weitere soziale Auslese nach sich ziehen; denn es ist natürlich klar: Je besser die Lebensbedingungen von Studierenden – – Das hängt mit ihrer Herkunft zusammen; bei reicheren Eltern hat man vielleicht mehr Zeit für das Studium.

Das hat Auswirkungen darauf, wie ich ein Studium absolvieren kann. Im Übrigen ist es elternfeindlich. Sie wissen, Kinder können krank werden; zum Teil kann man sich schwerer auf ein Studium konzentrieren. Die Elternschaft macht sich vielleicht nicht unbedingt in Prüfungen und besseren Noten sichtbar, aber in anderen Kompetenzen, die hier keine Rolle mehr spielen.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal auf die Diskussionen zu den Kürzungen bei den Studentenwerken während der Haushaltsverhandlungen eingehen, weil das dazugehört. Eines der für mich absurden Argumente bei den Kürzungen war, dass man nicht wüsste, wo die neuen Aufgaben der Studentenwerke liegen würden; und es wurden immer nur Mensapreise angesprochen.

Der Bologna-Prozess – das hat Herr Wöller sehr richtig gesagt – bedeutet die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Hochschulraumes. Das bedeutet eben mehr als vergleichbare Studienabschlüsse; es hat auch eine soziale Dimension.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Das heißt, dass sich die Anforderungen an die Dienstleistungs- und Beratungsangebote der Studentenwerke zum Beispiel im Bereich der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur verändern. Es gibt sowohl im Bereich der Betreuung ausländischer Studierender Probleme – es geht um Wohnraum, um Verpflegung, um mehr Beratung und Betreuung –; aber es heißt eben auch, dass die Umgestaltung des Hochschulsystems im Bereich der Studienabschlüsse und die mögliche Einführung von Studiengebühren oder eine neue Art der Mittelzuweisung an die Hochschulen zu einer veränderten Studien- und Lebenssituation der Studierenden führt, die länger an den Hochschulen verweilen und damit mehr bestimmte Infrastruktur, die die Studentenwerke zur Verfügung stellen, nutzen müssen.

Das Studium muss in immer kürzerer Zeit bewältigt werden. Die Anwesenheit an der Hochschule nimmt zu und bisher existierende Freiräume für Erwerbsarbeit oder für Regeneration reduzieren sich. Der Erfolgsdruck erhöht sich. Das führt zu Problemen und dazu braucht es entsprechende Beratungsangebote. Hierzu haben wir in letzter Zeit die Zahlen durch das Deutsche Studentenwerk gehört, die besagen, dass gerade im Bereich der psychologischen Betreuung die Anforderungen erheblich gewachsen sind und erheblich mehr Studierende diese Beratungsangebote einfordern oder aufgesucht haben.

Ich möchte noch einmal betonen, dass wir sehr viele positive Möglichkeiten am Bologna-Prozess entdecken können, denn Lebens- und Bildungsbiografien ändern sich. Menschen gehen vielleicht nach einer ersten Phase ins Ausland, probieren sich in verschiedenen Gewerken aus, wollen sich später vielleicht für einen Master entscheiden; andere können diese Zeit für Familienzeit nutzen usw. Die Modularisierung und die Zweistufigkeit eröffnet den Studierenden die Möglichkeit, einen Studiengang zu gestalten, der ihren individuellen, aber auch gesellschaftlichen Interessen entspricht, wenn es denn gut gemacht ist.

Die Rahmenbedingungen, damit die Hochschulen dieser enormen Herausforderung wirklich gut gewachsen sind, muss das Land setzen. Meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen, aus dieser Verantwortung dürfen Sie sich nicht weiter stehlen.

Danke schön.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS
und den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die SPD-Fraktion erhält das Wort; Frau Abg. Dr. Raatz.

Dr. Simone Raatz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Große Anfrage der Fraktion der GRÜNEN „Umsetzung des Bologna-Prozesses an den sächsischen Hochschulen und Studienakademien“ ist ein Thema, das uns bewegt, und ich finde es gut, dass wir eine Zwischenbilanz ziehen und nicht alles dem Selbstlauf überlassen wollen. Das ist sicher auch das Ziel der vorliegenden Großen Anfrage.

Was mich bei Herrn Dr. Gerstenberg ein wenig enttäuscht hat, ist, dass sein Beitrag wirklich sehr defätistisch, sehr negativ war. Mein Fraktionsvorsitzender hat schon eine entsprechende Zwischenfrage gestellt und deutlich gemacht, dass wir die Leistungen der Universitäten schätzen – selbstverständlich auch der Fachhochschulen und Berufsakademien –, und wir wissen, dass in diesem Bologna-Prozess noch einiges bewegt werden muss. Man sollte nicht alles negativ darstellen, sondern einfach mal schauen, welche Chancen der Prozess in sich birgt, was wir bisher geschafft haben, was wir genutzt haben und welche Ziele wir noch ins Auge fassen. Im Endeffekt geht es auch darum, dass Politik motiviert. Die Opposition soll natürlich überzeichnen; ich habe es heute auch so verstanden, auch bei Frau Werner, dass doch einige Dinge übertrieben wurden.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Umgekehrt!)

Denn mir fällt es schwer, aus den Angaben in dieser Großen Anfrage wirklich schon konkrete Schlussfolgerungen deutlich werden zu lassen. Für mich ist es eine Art Zwischenstand; man merkt auch in einigen Dingen eine gewisse Unsicherheit. Manche Fragen sind nicht sehr detailliert, sodass man aus den Antworten, die man erhalten hat, nicht unbedingt gleich schlussfolgern kann,

dass alles den Bach hinuntergeht. Den Satz von Frau Werner, die Studenten würden ins Chaos entlassen, halte ich doch für etwas übertrieben. Auch wenn man sich die Antworten anschaut: Etwa 40 % der Hochschulen haben im Moment auf dieses System umgestellt und 14 % der Studenten sind bisher in Bachelor-/Masterstudiengängen eingeschrieben. Wenn man nun von Chaos spricht, würde es diese 14 % der Studenten betreffen, und da wäre ein genauerer Blick auf die Situation dieser Studenten zu werfen, damit man sich ein Urteil bilden kann.

Mir fällt es schwer, nach so kurzer Einführung des Bachelor-Master-Systems an unseren sächsischen Hochschulen ein abschließendes Urteil zu fällen, denn wir sind mitten im Prozess der Umstellung und können heute nur eine Zwischenbilanz ziehen.

Es geht ja auch nicht darum – das ist etwas missverständlich am Thema der Großen Anfrage –, dass etwas umgesetzt wird, sondern es geht um die Gestaltung des Prozesses, wie wir es gemeinsam mit den Hochschulen machen wollen.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Umsetzung ist ein Prozess!)

– Die Umsetzung eines Prozesses, also eher gestalten; das klingt besser: dass wir gemeinsam diesen Prozess gestalten und in regelmäßigen Abständen schauen, wie das Ergebnis aussieht.

Sinn und Zweck ist auf jeden Fall, dass europaweit vergleichbare Abschlüsse gewährleistet werden, denn diese sollen dann – so wurde es von meinen Vorrednern schon erwähnt – die Mobilität von Studierenden und wissenschaftlichem Personal erleichtern. Wichtig dabei ist, dass ein vergleichbares Abschlussniveau gesichert wird.

Aber allein – das ist heute deutlich geworden – die Umstellung auf Bachelor und Master bringt noch nicht die internationale Vergleichbarkeit und die Mobilität. So steht zum Beispiel die Frage, ob die begonnene und geplante Umstellung in Bachelor und Master schon allein in Sachsen kompatibel ist. Im Moment scheint es so, dass zum Teil individuelle Vorstellungen bei der Modularisierung eine Rolle spielen, und mancher macht, was er für richtig hält.

Es reicht aber nicht aus, bestehende Studienangebote umzuetikettieren; entscheidend sind eine Reform der Studieninhalte und damit eine Straffung und bessere Strukturierung der Curricula. Das macht den Kritikpunkt aus, den Herr Dr. Gerstenberg und auch Frau Werner genannt haben: dass Dinge mit Stoff überfrachtet sind und es damit zu personellen Engpässen kommt. Auch hier ist etwas zu tun. Es geht eben nicht, dass man genau den gleichen Stoff, den man vielleicht bisher in acht Semestern vermittelt hat, nun in sechs Semestern zu vermitteln versucht. Hier muss man abspecken und sich auf Wesentliches konzentrieren und kann damit eine gewisse zeitliche und personelle Entlastung erreichen.

Wenn man professionelle Curricula machen möchte bzw. an den Universitäten erstellen will, ist das nur unter Einbeziehung der aktuellen Lern- und Lehrforschung im Hinblick auf Didaktik und moderne Methodenvermittlung möglich. – Wir haben schon in vergangenen Debatten gezeigt, dass gerade die didaktische Ausbildung der Hochschullehrer zukünftig eine wichtigere Rolle spielen sollte. – Nur so können wir das Ziel erreichen, die im internationalen Vergleich zu langen Studienzeiten zu verkürzen, damit das Alter der Absolventen und die hohen Studienabbrecherquoten zu senken.

Gerade bei der Absenkung der Studienabbrecherquote können wir in Sachsen mit der Umstellung erste Erfolge verzeichnen. Ich hatte kürzlich ein Gespräch mit einem Professor der TU Dresden, der sagte, dass sich in seinem Bereich die Zahl der Studienabbrecher deutlich verringert hat. Also sollte man nicht nur alles negativ reden, denn hier sieht man erste Erfolge.

Um das Bologna-Hauptziel – Qualitätsverbesserung und Qualitätssicherung – zu erreichen, bedarf es geeigneter Instrumente, Indikatoren und Vorgehensweisen, die derzeit deutschlandweit in Erarbeitung sind. Ich nehme an, dass unsere Staatsministerin hierzu noch etwas sagen wird.

Zu einem geeigneten Zeitpunkt sollten wir uns dieses Themas noch einmal annehmen – dann, wenn der Prozess etwas weiter fortgeschritten ist, wenn die Zahlenbasis etwas fundierter ist und wir auf dieser Grundlage einige Ergebnisse konkreter darstellen können.

Sinnvoll ist es auf jeden Fall, darüber zu diskutieren, und zwar auch im Hinblick auf die Vergleichbarkeit der Bachelorabschlüsse an Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien. In der Mittagspause kam beispielsweise das Gespräch auf, womit man den Bachelor eigentlich vergleichen kann, zum Beispiel mit dem Grundstudium? Die Universitäten sind der Meinung, ihr „Uni“-Bachelor ist etwas anders, wissenschaftlicher angelegt als der von Fachhochschulen, und die Berufsakademien, die ebenfalls den Bachelor verleihen können, haben im Endeffekt den gleichen Anspruch, den Abschluss anerkannt zu bekommen, wie der Bachelor an den Universitäten. Aber wie ist die Akzeptanz dieser Abschlüsse in der Wirtschaft und in der Gesellschaft? Es wird sich zeigen, welche Einrichtung sich in diesem Bereich durchsetzen wird.

Frau Werner ist schon darauf eingegangen, es geht auch um die Durchlässigkeit in diesem System bezüglich der Masterausbildung und der Promotion. Wenn es sich so darstellt, dass nur ein geringer Teil derjenigen, die den Bachelor absolvieren, auch den Master anstreben, dann müssen wir insgesamt über das System neu nachdenken. Wir hatten die Debatte, in der wir gefordert haben, dass es keine Zugangskriterien geben soll, und wir wollen auch keine Quotierung haben. Dabei bleiben wir. Das Ziel meiner Fraktion ist es, möglichst viele der Bachelorabsolventen in den Master zu überführen. Ich denke, dass wir da einer Meinung mit unserer Ministerin sind.

(Beifall bei der SPD)

Die Durchlässigkeit innerhalb der Systeme ist ein wichtiges Anliegen meiner Fraktion. Eine erste Antwort kann man in der Großen Anfrage unter Frage 23 auf Seite 10 finden. Hier heißt es: „Das Credit-Point-System erleichtert den Übergang durch Anerkennung bisher erbrachter Leistungen und außerdem sind die Hochschulen dazu aufgefordert, nicht gegen Interessen von Studentinnen und Studenten zu handeln, die einen Hochschul- oder Studiengangwechsel vollziehen.“ Dieser letzte Satz klingt in meinen Ohren eigenartig, weil ich denke, dass die Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeiter immer im Interesse der Studierenden arbeiten werden und ein großes Interesse daran haben, ihnen die bestmögliche Bildung angedeihen zu lassen. Aber man sieht, dass man sich auch im Ministerium Gedanken zur Durchlässigkeit macht, und wir müssen die Entwicklung in den nächsten Jahren beobachten.

Einer anderen Entwicklung, die aus der Antwort auf Frage 10 der Großen Anfrage hervorgeht, sollten wir ebenfalls unsere Aufmerksamkeit schenken. Bei der Aufschlüsselung der Absolventenzahlen für Bachelor- und Masterstudiengänge zeigt sich, dass bei den Bachelorabschlüssen Frauen und Männer sich in etwa die Waage halten, bei den Masterstudiengängen aber doppelt so viele Männer wie Frauen einen Abschluss machen. Ich kann dieses Ergebnis für mich nicht reflektieren. Ich weiß nicht, woran das liegt, hoffe aber, dass wir noch ein paar konkretere Aussagen dazu erhalten. Es kann ja auch an der Eingangsphase liegen. Sollte sich dieses Verhältnis in den folgenden Jahren bestätigen, dann müssen wir Gegenstrategien entwickeln und das Wort Frauenförderung ernst nehmen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

– Es ist gut, wenn auch die Männer klatschen.

Ein wichtiges Ziel des Bologna-Prozesses ist seit dem Prager Kommuniqué 2001 die Förderung des lebenslangen Lernens. Hierzu finde ich in der Großen Anfrage wenige Antworten. Das liegt vielleicht auch daran, dass dazu zu wenig gefragt wurde. Die Weiterbildung wird künftig eine wichtige Rolle im Hochschulsystem spielen. Inwieweit das bisher ins Bewusstsein unserer Universitäten und Fachhochschulen gedrungen ist, kann ich so nicht sagen. Ich habe zu wenig Einblick in die derzeitigen Entwicklungen. Bisher ist die Rolle der Universitäten in diesem Sektor jedoch noch sehr gering. Aus der Großen Anfrage geht aber hervor, dass von 51 bisher existierenden Masterstudiengängen neun weiterbildend sind, davon vier an Universitäten und fünf an Fachhochschulen. Allein die Zahlen zeigen, dass da noch ein großer Mangel besteht oder – drücken wir es positiv aus – dass da noch ein erheblicher Nachholbedarf bestehe. Ich weiß außerdem auch nicht, ob die neun Masterstudiengänge Aufbaustudiengänge sind oder wirklich der Weiterbildung, wie es im Bologna-Prozess zu verstehen ist, dienen. Trotz allem: Das kann noch nicht das Ende der Fahnenstange sein, und gerade in diesem Bereich ist noch etwas zu tun.

Wichtig ist dabei die Schaffung von flexiblen Lernangeboten im Hochschulbereich einschließlich der Verfahren für die Anerkennung früher erworbener Kenntnisse.

Das alles zeigt, dass der Bologna-Prozess viele Facetten hat. Meine Vorredner haben auch einiges erwähnt. Unsere sächsischen Hochschulen stehen auf jeden Fall vor großen Herausforderungen. Die ersten Schritte sind wir bisher mit unseren Hochschulen in Sachsen gegangen, um sie für den europäischen Wettbewerb fit zu machen. Nun müssen sie den neu definierten Aufgaben gerecht werden. Unsere Aufgabe wird sein, sie dabei zu begleiten. Die SPD-Fraktion wird das, was in ihren Kräften steht, dafür tun.

Danke.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD und der CDU)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die NPD-Fraktion erhält das Wort. Herr Gansel, bitte.

Jürgen Gansel, NPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Um den Fortgang des Bologna-Prozesses auszuleuchten, haben sich die europäischen Bildungsminister im Mai in London getroffen. Insofern ist dieser Tagesordnungspunkt auch unabhängig von der Großen Anfrage durchaus auf der Höhe der Zeit. Selbsterklärtes Ziel des Bologna-Prozesses ist es, die internationale Mobilität der Studierenden zu verstärken. Wenn man schon dieser Mobilitätslogik folgt, müsste wenigstens gewährleistet sein, dass Studienleistungen, die an ausländischen Hochschulen erbracht werden, an den Hochschulen im Freistaat automatisch anerkannt werden, was so aber nicht der Fall ist.

Die NPD-Fraktion kann es aber nicht wirklich bedauern, dass es anscheinend noch einige Hindernisse bei der vollständigen Bolognisierung unserer Hochschulen gibt. Die immer wieder propagierte studentische Mobilität, die nach einer europaweiten Anerkennung der Studienabschlüsse in einem weitgehend gleichgeschalteten Hochschulraum verlangt, ist eine regelrechte neoliberale Zwangsvorstellung.

(Widerspruch des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

Es ist ganz offensichtlich, dass im EU-Raum neben Waren und Kapital, Dienstleistungen und Arbeitskräften auch die sogenannte Humanressource Wissen ungehemmt zirkulieren soll, um sie Unternehmensbedürfnissen besser dienstbar machen zu können. Nach NPD-Auffassung sollte es für die sächsische Hochschulpolitik aber nicht Priorität haben, die eigenen Studierenden von einem Auslandsstudium ins nächste zu jagen, um sie damit indirekt auch noch auf ihre Auswanderung vorzubereiten.

(Widerspruch des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

Viel sinnvoller als die Herstellung von Zwangsmobilität ist es, den Studierenden hierzulande bestmögliche Studienbedingungen anzubieten und ihnen hier eine Arbeits- und Lebensperspektive anzubieten.

(Widerspruch des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

Oder sollen angehende deutsche Akademiker, Herr Porsch, zu arbeitsnomadischen Wanderern zwischen den europäischen und globalen Arbeitsmärkten werden, die ihr Leistungspotenzial in anderen Ländern und nicht hier entfalten? Dieses Phänomen, für das es den Begriff Braindrain gibt, die Abwerbung und Abwanderung hoch qualifizierter Landsleute ins Ausland, hat sich schon längst zu einer Hypothek für die Zukunftsfähigkeit dieses Landes entwickelt. Im letzten Jahr verließen vor allem wegen der desaströsen Arbeitsmarktlage fast 150 000 größtenteils hoch qualifizierte Deutsche ihre Heimat, und in den Jahren 2000 bis 2004 stieg die Zahl der deutschen Auslandsstudenten auf 70 000.

(Widerspruch des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

Diese Köpfe brauchen wir aber hier, denn es wird trotz chronischer Massenarbeitslosigkeit schon vielerorts ein Fachkräftemangel beklagt. Es ist regelrecht unanständig, dass deutsche Köpfe wegen der wirtschaftlichen Strukturkrise oder auch wegen zukünftiger Studienordnungen ins Ausland getrieben werden und als buchhalterischer Ersatz nach Ausländern gerufen wird. Die „Computer-Inder“ von damals lassen grüßen. Diese Herstellung von Zwangsmobilität als ein Zentralanliegen des Bologna-Prozesses lehnt die NPD-Fraktion, die den Menschen in ihrer Heimat eine Perspektive für Bildung, Arbeit und Familie geben will, ab.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Jawoll, immer schön kleinkariert!)

Nach unserer Auffassung, Herr Porsch, muss es auch noch in zehn Jahren möglich sein, dass ein heimatbewusster Sachse – oder ein heimatbewusster Österreicher etwa in Graz – das Studium beginnen und dort auch abschließen kann.

(Widerspruch des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

– Das weiß ich sehr wohl, Herr Porsch. Ich lasse mich jetzt auf keine Geografiedebatte ein.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Sie sind doch auf Ihre Heimat fixiert!)

Ich wiederhole: Nach unserer Auffassung muss es auch in zehn Jahren einem heimatbewussten Sachsen möglich sein, an der Uni Leipzig sein Studium zu beginnen und dort auch abzuschließen und auch ohne semesterlangen Auslandsaufenthalt einen hochwertigen Studienabschluss zu erhalten, der für das moderne Arbeitsleben qualifiziert.

Dass die etablierten politischen Kräfte offenbar einen EU-weiten studentischen Wanderzirkus initiieren wollen, wurde auf der erwähnten Konferenz in London einmal mehr deutlich.

Bundesbildungsministerin Schavan kündigte dort einen Bund-Länder-Gipfel an, auf dem eigens nur eine Rege-

lung für mehr Bachelorstudiengänge verhandelt werden soll, die erst nach sieben oder acht Semestern – gegenüber jetzt sechs Semestern – zum Abschluss führen. Zur Begründung sagte Frau Schavan, dass durch diese Verlängerung der Studiendauer mehr Zeit für Auslandsaufenthalte bleiben soll. Die „Süddeutsche Zeitung“ schrieb dazu am 21. Mai: „Gemeinsam mit der Vizepräsidentin der Kultusministerrunde Ute Erdsiek-Rave gab Schavan das Ziel aus, dass mindestens jeder Zweite während seines Studiums einmal ins Ausland geht.“

(Widerspruch des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

BAföG und Stipendien sollen, so Schavans Wunsch, auch bei einem vollständig im Ausland absolvierten Studium gewährt werden.“

Man muss sich angesichts dieser Einlassung fragen, was die etablierte Politik eigentlich noch alles unternehmen will, um vorsätzlich junge deutsche Akademiker ins Ausland zu treiben. Reicht es Ihnen noch nicht, dass im letzten Jahr – die Zahl habe ich bereits genannt – 150 000 größtenteils hoch qualifizierte Deutsche ihre Heimat verlassen haben, um sich irgendwo im Ausland eine neue Existenz aufzubauen? Müssen Sie diesen Abwanderungsprozess auch noch vorsätzlich fördern? Ja, Sie tun es.

Es wundert daher auch nicht, dass die Sächsische Staatsregierung auf dieser Linie mitmarschiert, liest man doch in der Antwort des SMWK auf die Große Anfrage der GRÜNEN folgende zweifelhafte Erfolgsmeldung: „Ein weiteres Ziel“ – gemeint ist der Bologna-Prozess –, „die Verstärkung der internationalen Mobilität von Studierenden und Hochschulangehörigen, kam seit Beginn des Bologna-Prozesses in Sachsen wesentlich voran.“ So könnte man sich mit den Risiken und Nebenwirkungen des Bologna-Prozesses noch weit und breit auseinandersetzen, auch was die unsinnige Idee einer regelrechten Wettbewerbsordnung für Hochschulen angeht, so als wenn es sich bei Hochschulen um Computer- oder Autohersteller handeln würde. Aber das würde meine Redezeit übersteigen. Auch dazu kennen Sie bereits die Position der NPD.

Wir lehnen diese Bolognisierung der deutschen Hochschulen ab.

(Beifall bei der NPD – Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS: Das Beste ist, sie bleiben in
der Dorfschule, da wandert keiner ab!)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die FDP-Fraktion erhält das Wort. Herr Herbst, bitte.

Torsten Herbst, FDP: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, mein Vorredner war gerade das beste Beispiel dafür, warum ein Auslandsstudium sinnvoll ist. Vielleicht hätte es bei ihm im Kopf etwas gebracht. Es ist bedauerlich, dass Sie hier so reden, aber auch typisch für Sie.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS: Es zeugt davon, dass er kein Auslandsstudium hat!)

– So ist das. Genau.

Ich habe jedenfalls im Ausland studiert und dies als sehr wohltuend empfunden. Es hat eine Menge gebracht. Ich glaube, viele junge Leute, die heute ins Ausland gehen, sehen das ganz genauso. Insofern, Herr Gansel, sind Sie da die krasse Ausnahme.

(Stefan Brangs, SPD: Er ist ja auch von Opladen nach Gießen gegangen!)

Bologna, meine Damen und Herren, dieser Name steht für einen tief greifenden Wandel an den sächsischen Hochschulen. Ich kann aus Sicht unserer Fraktion sagen, dass wir die Ziele teilen, wenn es darum geht, mehr Qualität an den Hochschulen zu erreichen, die Mobilität von Studierenden und Lehrkräften zu fördern, zu einer intensiven Kooperation zwischen Hochschulen beizutragen und am Ende auch eine bessere Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Es sind dann nicht nur abstrakte Ziele, sondern für Sachsen heißt es konkret, dass unsere Hochschulen die Chance haben, attraktiver für ausländische Studenten zu werden, und wir haben die Möglichkeit, auch unsere Studenten hier aus Sachsen ins Ausland zu schicken.

Globaler Wettbewerb ist heute nicht mehr nur eine Frage einer Konkurrenz zwischen einzelnen Unternehmen, sondern auch Bildungssysteme und Hochschulen konkurrieren. Konkurrenz belebt das Geschäft und führt in der Regel zu besserer Qualität. Deshalb unterstützen wir diesen Wettbewerb.

(Beifall bei der FDP)

Bologna schafft mehr Transparenz. Die Kernfrage ist dabei nur, was die Studierenden in Sachsen davon haben. Bereits jetzt liegt der Freistaat nach einer Untersuchung des IW Köln beim Betreuungsverhältnis zwischen Lehrpersonal und Studenten auf dem vorletzten Platz in Deutschland. 2005 betrug das Verhältnis 20,2 Studenten je Professor, der Bundesdurchschnitt liegt bei 17,9. Nein, das ist bereits jetzt kein Ruhmesblatt für Sachsen.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass die Umstellung infolge des Bologna-Prozesses zu einem Mehraufwand an den Hochschulen führt. Das Prüfungsvolumen verdreifacht sich zum Teil. Auch der Beratungsbedarf bei den Studierenden nimmt zu. Im Gegensatz zur Staatsregierung glauben wir den Hochschulen, dass die Umstellung personelle Ressourcen fordert. Das ist Personal, das an anderer Stelle nicht mehr zur Verfügung steht. Die Studienqualität wird durch diese zusätzliche Belastung nicht besser, sondern schlechter. Das kann nicht im Interesse Sachsens liegen.

Eine Unterstützung der Hochschulen für den Umstellungsprozess ist in der Tat überfällig. Wir sehen es ja. Wenn mehr Aufgaben mit gleichem Personal zu erledigen sind, dann wehren sich die Hochschulen auf ihre Art:

mehr NC-Studiengänge und dann insgesamt ein verringertes Angebot. 2006 haben beispielsweise an der Universität Leipzig 25 % weniger Studenten angefangen als ein Jahr zuvor. Das ist keine gute Entwicklung.

Wir wissen, dass die Akkreditierung von Studiengängen zu einem enormen bürokratischen und finanziellen Aufwand führt. Wir hatten hier im Landtag eine Anhörung zu einem Antrag unserer Fraktion. Dort hat Herr Hilmer von der Hochschule Mittweida vorgestellt, welchen Aufwand die Akkreditierung von acht Studiengängen verursacht. Es waren neun Kisten Papier, 4 000 Seiten, und 16 Monate Arbeit seiner gesamten Fachbereichsverwaltung. Ich glaube, dass das nicht so einfach nebenbei erledigt ist. Wir wissen auch, dass die Akkreditierung eines Studienganges zwischen 7 600 und 12 800 Euro kostet. Das Geld muss auch irgendwo herkommen.

Mit unseren 37 % Bachelor- und Masterstudiengängen, die aktuell akkreditiert sind, liegen wir im bundesweiten Mittelfeld. Das wurde zu Recht angesprochen. Das ist weder ein Grund zum Jubeln noch ein Grund zur Panik. Ich denke, entscheidend ist im Moment nicht die formale Quote, entscheidend ist, was das in puncto Studienqualität bedeutet. Wenn es einzelne Hochschulen gibt, die der Meinung sind, dass sie beispielsweise für ihre Masterstudiengänge zusätzliche Kriterien einführen müssen, dann sollten wir das auch den Hochschulen überlassen. Man kann nicht auf der einen Seite immer die Freiheit der Hochschulen fordern, ihnen auf der anderen Seite aber ständig ins operative Geschäft hineinregieren.

(Beifall bei FDP)

Das düstere Bild, das hier gerade von den GRÜNEN gezeichnet wird, spricht auch ein Stück weit für Misstrauen in die Leistungsfähigkeit der Hochschulen. Immerhin haben wir mit der Umstellung noch bis 2010 Zeit. Ich glaube, die sächsischen Hochschulen werden diesen Prozess bis dahin auch bewältigen. Der Bologna-Prozess und die Umstellung der Studiengänge sind ja nur ein Baustein in einer insgesamt zunehmenden Herausforderung für die Hochschulen. Angesichts der Demografie, angesichts der zurückgehenden Zahl von Schulabsolventen hier in Sachsen müssen wir uns natürlich Gedanken machen, wie die Hochschulen attraktiver werden, sonst werden wir in wenigen Jahren Kapazitäten leer stehen haben und über diesen Abbau reden.

Wir müssen attraktiver werden einerseits für Studenten aus anderen Bundesländern und andererseits für Studenten aus anderen Nationen. Uns muss es gelingen, auch mithilfe der Hochschulen die hellsten Köpfe nach Sachsen zu locken. Ich glaube, dafür ist tatsächlich noch einiges zu tun.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, ist es ein Armutszeugnis, dass das neue Hochschulgesetz nach wie vor in der ideologischen Blockade zwischen CDU und SPD feststeckt. Wer so fahrlässig Parteipolitik auf dem Rücken unserer Hochschulen und Studierenden

betreibt, der hat die Zeichen der Zeit wahrlich nicht erkannt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Haben die Fraktionen noch Redebedarf? – Dann frage ich die Staatsregierung. Frau Staatsministerin Dr. Stange, bitte.

Dr. Eva-Maria Stange, Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich ganz herzlich bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Große Anfrage und die Debatte bedanken, die wir dadurch heute im Landtag zu einem der wichtigsten und zentralen Umstellungs- und Entwicklungsprozesse nicht nur in den sächsischen Hochschulen, sondern in allen Hochschulen Deutschlands derzeit haben.

Ich habe der Diskussion sehr aufmerksam zugehört und stelle doch immer wieder fest, dass einige – vielleicht kann Herr Herbst das auch mit aufnehmen – sich etwas in Widersprüchen verstricken. Zum einen wollen wir die Autonomie der Hochschulen bis dahin, dass sich der Staat vollständig aus der Fachaufsicht der Hochschulen herauszieht, was nichts anderes bedeutet, als dass kein Einfluss genommen wird, Herr Herbst, auch nicht auf die Qualität der Studiengänge im Detail. Diese Botschaft richte ich auch ausdrücklich an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Auf der anderen Seite sollen wir in einer Großen Anfrage mit den Hochschulen gemeinsam genau zu jener Qualität der einzelnen Studiengänge bis hin zur Überschneidung von Modulen in einzelnen Studiengängen detailliert Auskunft geben können. Das ist ein Widerspruch, den wir in den nächsten Jahren vermutlich öfter erleben werden, wobei wir auf der einen Seite sagen, es ist Angelegenheit der Hochschulen, zum Beispiel für die Qualität der Studiengänge Sorge zu tragen; sie genehmigen selbst die Studien- und Prüfungsordnungen, das haben wir in der letzten kleinen Novelle des Hochschulgesetzes hier im Landtag beschlossen. Auf der anderen Seite wird immer wieder die Forderung an den Staat gestellt, genau diese Kontrolle und Einflussnahme zu wahren. Diese Gratwanderung müssen wir wahrscheinlich gemeinsam hinbekommen.

Zum Zweiten sehe ich es auch als einen Widerspruch an, über die Umstellung auf internationale, zumindest europaweite Studiengänge zu diskutieren und gleichzeitig Bachelor-/Masterstudiengänge in ihrem Ansatz, in ihren Strukturen infrage zu stellen. Das kann nicht funktionieren. Auch das war in der Debatte an einigen Stellen deutlich zu spüren.

Ich will vorwegschicken – Herr Wöller hatte das bereits in seinen Ausführungen deutlich gemacht und auch Frau Raatz –: Wir haben es derzeit mit dem größten Umstrukturierungsprozess in den Hochschulen – man kann eigentlich sagen: nach 1945 – zu tun. Der Umstrukturierungsprozess erfasst ausnahmslos alle Studiengänge

– hier in Sachsen sind das derzeit 750 Studiengänge – in einem relativ kurzen Zeitraum, den die Bildungsminister im Rahmen der Bologna-Konferenz beschlossen haben, der sich Deutschland, der sich Sachsen angeschlossen hat, nämlich bis 2010 diese grundlegende Umstrukturierung der Studiengänge vorzunehmen. Daraus ergibt sich eine Zeitschiene. Aber – und da kann ich nur mit einigen der Vorredner übereinstimmen – ich habe seit meinem Amtsantritt und bei allen Gesprächen mit den Hochschulen deutlich gemacht, ich glaube auch hier im Landtag schon: Es gibt keine Medaille für die Sieger der Umstellung, sondern es kommt auf die Qualität der neuen Studiengänge an.

Denn es ist nicht nur ein einfacher struktureller Umstellungsprozess auf gestufte Studiengänge, sondern es ist ein grundsätzlich inhaltlicher Veränderungsprozess. Ich will das an einem Punkt, der noch nicht angesprochen worden ist, deutlich machen.

Bisher war es in der Regel üblich, dass Studiengänge, insbesondere in den Geisteswissenschaften, so erstellt worden sind, dass man zwar ein grobes Raster hatte, es aber im Wesentlichen davon abhängig war, welche Hochschullehrer mit welchen Angeboten genau an dieser Fakultät für diesen Studiengang zuständig waren. Die Frage, was die Studierenden anschließend mit diesem Angebot in ihrem Arbeitsleben anfangen können, musste sich die Universität – und da spreche ich jetzt insbesondere die Universitäten an – nicht unbedingt gefallen lassen.

Mit dem Bologna-Prozess ist das erste Mal das Qualitätsmerkmal auf die Tagesordnung gekommen, dass die Studiengänge berufsbefähigend sein sollen. Das gab eine heftige Diskussion in der Hochschulrektorenkonferenz. Ein Bachelorabschluss muss berufsbefähigend sein, nicht auf einen Beruf, aber auf den Arbeitsmarkt hin befähigen. Das heißt, ich muss einen Studiengang so konzipieren, dass ich an den Anfang stelle, welche Kompetenzen die Studierenden am Ende ihrer Ausbildung – sei es der Bachelor, sei es der Master – aus diesem Studium mitnehmen können sollen, die sie dann auch für den Arbeitsmarkt im weitesten Sinne befähigen. Unter diesem Aspekt muss das Studienangebot strukturiert werden und nicht umgekehrt.

Das ist ein absoluter Paradigmenwechsel. Insofern sage ich noch einmal: Es ist sehr wohl notwendig, ja dringend notwendig, dass bei jeder Umstellung eines Studienganges genau hingeschaut wird, wie die qualitative Umstellung erfolgt, und nicht nur darauf geachtet wird, dass wir neue Module haben, dass wir ein Credit-Point-System haben oder dass wir anschließend eine Bachelor-Master-Struktur haben. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Wir sind mitten in diesem Prozess. Das hat ja auch die Antworten auf die Große Anfrage sehr schwer gemacht, weil Parallelität derzeit in den Hochschulen zwischen Diplom-Magister- und Bachelor-/Masterstudiengängen üblich ist. Wenn eine Universität wie die Universität Leipzig den Ehrgeiz hat, mit einem Schlag alle Studiengänge umzustellen – und das war deutschlandweit einma-

lig –, dann muss man offenbar davon ausgehen, dass das zu Reibungsverlusten führt. Insofern hoffe ich, dass keine andere Hochschule auf die Idee kommt, diesem Weg in dieser Weise zu folgen.

Natürlich hat das Vorteile, weil man mit einem Schlag – und die Zahlen sind ja genannt worden – in die Cluster-Akkreditierung gehen, nämlich versuchen kann, alle Studiengänge mit einem Mal zu akkreditieren. Dass das nicht aufgeht, sehen wir an unserer Antwort, die wir auf die Frage gegeben haben: dass eine Reihe von Studiengängen leider noch nicht akkreditiert sind, was aber für die Studierenden – und das muss ich auch so deutlich sagen – keinerlei Nachteile hat. Diese Akkreditierung ist nicht zwingend für die Genehmigung einer Studienordnung, aber die Genehmigung der Studienordnung ist zwingend. Das sieht natürlich auch unser Hochschulgesetz vor, sowohl das derzeit gültige als auch das zukünftige.

Hier wird gegen das Hochschulgesetz verstoßen, wenn in Studiengänge immatrikuliert wird, die noch nicht genehmigt sind. Jetzt wird wieder verstärkt in den Hochschulen wie in der Vergangenheit darauf geachtet, dass auch in diesem Umstellungsprozess nicht gegen diese Regel verstoßen wird.

Zu einem ganz wichtigen Punkt, der hier angesprochen wurde – und auch da will ich auf einen Widerspruch hinweisen –: Alle Redner haben sich, mit Ausnahmen, mehr oder weniger zum Bachelor-Master-System bekannt, also zu einem gestuften, zweistufigen Studiensystem. Ein gestuftes Studiensystem heißt: Wir haben einen ersten, berufsqualifizierenden Abschluss. Das ist ein eigenständiger Studiengang. Der ist beendet und es folgt ein zweiter Studiengang, nämlich der Masterstudiengang. Egal ob konsekutive oder nicht konsekutive Masterstudiengänge, es ist ein getrenntes System. Die angelsächsischen Systeme sind da konsequenter, indem sie das gar nicht unbedingt miteinander in Verbindung bringen, sondern wirklich zwei Stufen daraus machen. Wir sind ein bisschen inkonsequenter, weil wir an unsere guten Diplomstudiengänge denken, an unsere Magisterstudiengänge und deswegen auch die Form der konsekutiven Studiengänge faktisch hier mit eingeführt haben. Aber es sind zwei getrennte Studiengänge.

Auch wenn ich mir wünsche, Frau Werner, dass wir möglichst wenige Hürden beim Übergang vom Bachelor zum Master haben, es gibt vom Ministerium, auch von der Kultusministerkonferenz keinerlei Auflagen oder gar schriftliche Hinweise an die Hochschulen, hier irgendwelche zusätzlichen Hürden aufzubauen.

(Zuruf der Abg. Heike Werner, Linksfraktion.PDS)

– Ich werde zu dem Brief gleich etwas sagen.

Nichtsdestotrotz gilt für diesen neuen Studiengang – und der Masterstudiengang ist ein neuer Studiengang –, dass die Hochschulen Zugangsvoraussetzungen dafür festsetzen können. Ich hatte es, glaube ich, hier schon einmal gesagt und sage es an dieser Stelle wieder: Wir werden in

den nächsten Jahren genau beobachten, wie diese Zugangsvoraussetzungen gestaltet werden und wie sich die Durchlässigkeit zu den Masterstudiengängen gestaltet.

Der Brief, auf den Sie sich beziehen, oder zumindest die Aussage, die Sie genannt haben, ist vollkommen richtig. Nicht an jeder Hochschule muss zu einem Bachelorstudiengang auch ein Masterstudiengang existieren. Gerade unsere Fachhochschulen bieten in der Regel Bachelorstudiengänge an, sogar achtsemestrige oder siebensemestrige wegen der Praxisphase. Diese Studiengänge müssen nicht durch einen Masterstudiengang ergänzt werden, sondern der Masterstudiengang kann dann sehr wohl an der Universität sein oder zu einem späteren Zeitpunkt eingeführt werden.

Ich möchte auf einen weiteren Punkt eingehen, auf die Frage der Qualitätssicherung. Wir haben mit dem neuen System der Bachelor-/Masterstudiengänge ein umfangreiches System der Qualitätssicherung verbunden. Wir haben ein neues System der Akkreditierung in Deutschland eingeführt. Gerade weil die Studiengänge nicht mehr vom Staat kontrolliert werden, nämlich vom Ministerium genehmigt werden – mit Ausnahme der mit staatlichen Prüfungen endenden –, hat man sich in Deutschland auf ein hochschulnahes, möglichst staatsfernes Akkreditierungssystem verständigt. Die Akkreditierungsagentur, die von der KMK eingesetzt wird, sorgt dafür, dass alle Studiengänge bundesweit gleichen Qualitätsstandards entsprechen. Das halte ich für ein zwingend notwendiges System. Ich hoffe, dass wir einen Schritt weiterkommen, diese Art der Qualitätssicherung auch auf europäischer Ebene zu gestalten.

Was sich als Problem herausstellt – insofern hat sich das auch in der Antwort zur Großen Anfrage gezeigt: Es ist ja nicht so, dass die Akkreditierung nicht immer erteilt wird, sondern es gibt – ich nenne es mal so – einen Akkreditierungsstau bei den Akkreditierungsagenturen, weil innerhalb kurzer Frist sehr viele Studiengänge akkreditiert werden müssen und die Akkreditierungsagenturen gar nicht mehr hinterherkommen.

Es gibt zum anderen die Diskussion, ob es sinnvoll ist, auch zukünftig mit fünfjährigen Re-Akkreditierungen deutschlandweit ein sehr aufwendiges System für die einzelnen Studiengänge zu betreiben.

Wir haben deshalb – und werden es in der nächsten Woche in der KMK, davon gehe ich aus, beschließen – gemeinsam mit der Akkreditierungsagentur einen Schritt eingeleitet, dass wir neben die Programm-Akkreditierung, die vermutlich in den nächsten Jahren weiterhin in den Hintergrund rückt, eine System-Akkreditierung stellen, sprich, dass die Qualitätsmanagementsysteme einer Hochschule – die selbst dafür sorgen müssen, dass die Evaluierung der Studiengänge vorangeht und die Studiengänge aufgrund der entsprechenden Evaluation der Lehre auch verbessert werden – funktionieren. Dazu soll die Akkreditierungsagentur entsprechend wirksam werden und eine System-Akkreditierung einführen.

Es ist insofern eine Ergänzung und, ich denke, zukünftig auch eine Erleichterung für die Hochschulen, wenn sie in der Lage sind – darin werden wir sie natürlich unterstützen –, Qualitätsmanagementsysteme einzuführen, wie wir sie im neuen Hochschulgesetz vorsehen, sodass sie dazu auch gezwungen sind.

Gestatten Sie mir noch einen Hinweis zum Thema Personalmehrbedarf. Ich habe schon etwas scherzhaft gesagt, dass ich mir jetzt immer aufschreiben werde, wer nach Personalmehrbedarf gerufen hat.

(Zuruf der Abg. Heike Werner, Linksfraktion.PDS)

Die Haushaltsverhandlungen für den nächsten Doppelhaushalt stehen bevor. Wir können dann gern darüber reden. Aber Scherz beiseite, wir sind in einer laufenden Hochschulvereinbarung. Die laufende Hochschulvereinbarung ist im Jahre 2003 unterzeichnet worden, im Jahre 2004 in Kraft getreten und gilt bis zum Jahre 2010. Alle Hochschulen wussten genauso wie die Unterzeichner vonseiten der Staatsregierung, dass wir uns in diesem Umstellungsprozess befinden. Es war klar, dass gerade in dieser Umstellungsphase – das will ich überhaupt nicht leugnen – sowohl durch die Parallelität von neuen und alten Studiengängen, von noch nicht eingeführten neuen Lehrformen, von denen hier bewusst auch bei Herrn Gerstenberg schon die Rede war, aber auch vor dem Hintergrund des immensen Aufwandes dieser Neukonzipierung der Studiengänge, die Hochschulen unter einer enormen Mehrbelastung leiden. Das will ich überhaupt nicht in Abrede stellen. Das war aber allen bewusst, als wir die Hochschulvereinbarung mit dem entsprechenden Personalbedarf unterschrieben haben. In dieser bewegen wir uns zurzeit.

Wir streben an, wenn wir den Hochschulpakt 2020 umsetzen und bei unseren Studierendenzahlen trotz Demografie bleiben, dass wir zumindest die letzte Marge, diese 300 Stellen, die in der Hochschulvereinbarung stehen, aussetzen, damit dieser Umstellungsprozess erfolgreich vonstatten gehen kann. Aber wir bewegen uns in dieser Hochschulvereinbarung und das bitte ich einfach zu berücksichtigen. Darauf beruht auch die Personalausstattung der Hochschulen.

Die Hochschulen haben Unterstützung bekommen. Sie haben einmal durch das HWP-Programm in der Vergangenheit Bologna-Beauftragte finanziert bekommen und sie bekommen derzeit aus der gemeinsamen Hochschulvereinbarung zusätzliche Mittel, um zum Beispiel Bologna-Beauftragte an den Fachhochschulen weiter zu finanzieren. Das geschieht ohne Bundesmittel.

Wir müssen uns diesbezüglich nicht gegenseitig klugreden, was diesen Mehrbedarf angeht. Wir kennen die Situation an den Hochschulen genau, wir bewegen uns in einem bestimmten Rahmen. Wir muten den Hochschulen eine Menge zu, die Hochschulen sind aber bereit und gewillt, diese Zumutungen anzunehmen. Das sehe ich bei meinen Besuchen an den Hochschulen. Ich kann mich nur denjenigen anschließen, die hier gesagt haben: Wir

bedanken uns bei denjenigen, die diesen enormen Umstellungsprozess derzeit mit uns mitmachen und dafür sorgen, dass das alles bei rollendem Betrieb, nämlich bei vollem Studienablauf und Forschungsexzellenzinitiative, abläuft.

Vor diesem Hintergrund bin ich sehr froh, dass es unsere Hochschulen geschafft haben, im Umstellungsprozess mit fast 40 % umgestellter Studiengänge gut voranzukommen und damit im Bundesdurchschnitt zu liegen. Wir sind faktisch in der Endphase. Die Hochschulen sind so weit, dass sie bis 2009/2010 im Bologna-Prozess umgestellt haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Damit ist die Aussprache zur Großen Anfrage beendet. Meine Damen und Herren! Es liegt noch ein Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 4/8988 vor. Der Entschließungsantrag wird vom Abg. Herrn Dr. Gerstenberg eingebracht.

Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte den Rednerinnen und Rednern aller demokratischen Fraktionen danken, die aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln diese Große Anfrage ausgewertet, aber auch die Probleme bei der derzeitigen Umsetzung des Bologna-Prozesses dargestellt haben. Naturgemäß hat das die Koalition etwas positiver dargestellt, die Opposition auftragsgemäß kritischer, wobei ich für meine Fraktion, liebe Kollegin Raatz, Defätismus zurückweisen muss.

(Zuruf der Abg. Dr. Simone Raatz, SPD)

Ich habe in meinem Redebeitrag vier große Problemgruppen genannt. Es gibt noch einige mehr, die zu nennen wären, zum Beispiel die Problematik der auslaufenden Studiengänge, die in der Debatte keine Rolle gespielt haben. Auch die offensichtlichen Schwierigkeiten der Hochschulen bei der Einführung der elektronischen Prüfungssysteme wären hierbei zu nennen. Summa summarum lautet unser Fazit zur Großen Anfrage: Der Bologna-Prozess ist auf landespolitischer Ebene noch nicht abgeschlossen, sondern er fängt gerade erst richtig an.

Frau Staatsministerin Stange, Sie haben recht, wir sind auf einer Gratwanderung zwischen der Selbstständigkeit, sozusagen der Autonomie der Hochschulen, und den politischen Eingriffs- und Handlungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten. Ich sehe gerade den Bologna-Prozess und das, was im Jahre 1999 mit der Deklaration von Bologna begonnen wurde, als eine politische Entscheidung, als einen Prozess, der durch die Politik in die Hochschulen hineingetragen wurde, und diese haben den Prozess erst mit weniger, dann mit zunehmend mehr Begeisterung aufgegriffen und umgesetzt. In dieser Situation dürfen wir die Hochschulen nicht im Regen stehen lassen, sondern die Politik muss sie bei Umsetzungsschwierigkeiten einerseits zielgerichtet beraten und

begleiten und andererseits durch konkrete finanzielle und personelle Maßnahmen unterstützen.

Ich freue mich, dass Bundesministerin Schavan mit guten Erkenntnissen aus London zurückgekommen ist. Von der extrem rechten Seite wurde das Ziel von 50 % Mobilität genannt, das heißt sowohl, dass flexiblere Curricula notwendig sind, das heißt aber auch, dass es sieben oder acht Semester Bachelorstudium geben muss. Wenn die NPD in Gestalt von Herrn Gansel dermaßen gegen diese Europäisierung und Mobilität eifert, dann sehe ich darin nicht nur die ideologisch verfestigte Europafeindlichkeit der NPD, sondern bei Herrn Gansel liegt es auch daran, dass im Ausland einfach nicht genügend germanische Burschenschaften existieren.

(Zuruf von der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Frau Schavan hat ferner auf ein besseres Betreuungsverhältnis hingewiesen – gerade ging es um Personalfragen –, um die Attraktivität der deutschen Hochschulen und damit auch der sächsischen Hochschulen zu steigern. Ich darf vielleicht den CDU-Kolleginnen und Kollegen, die noch überlegen, ob sie unserem Entschließungsantrag zustimmen können, den schönen Satz von Frau Schavan wörtlich zitieren: „Das kostet mehr, aber das ist es uns wert.“ – Überlegen Sie bitte!

Ich glaube, in der traurigen Tatsache – das wurde auch angesprochen –, dass noch kein neues sächsisches Hochschulgesetz verabschiedet wurde, liegt auch eine Chance. Wir haben damit die Möglichkeit, in diesem zu verabschiedenden Gesetz auf die aktuellen Entwicklungen im Bologna-Prozess zu reagieren. Das Gesetz muss aus unserer Sicht die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die neuen Studiengänge rechtssicher und gut studierbar werden.

Ebenso dringend ist die aktive Unterstützung der Hochschulen mit Personal und fachlicher Beratung. Unser Entschließungsantrag hat dazu eine ganze Reihe von Punkten genannt, in denen wir nicht nur die Situation feststellen, sondern die Staatsregierung auffordern, in wichtigen Bereichen zu handeln. Ich glaube, eine Verbesserung der Situation liegt im ureigensten Interesse des Freistaates. Mit Blick auf den drohenden Rückgang der sächsischen Studierendenzahlen ist ein attraktives Studienangebot für die sächsischen Hochschulen existenziell. Wenn es sich herumsprechen sollte, dass einige neue Studiengänge in Sachsen schlecht studierbar und nicht rechtssicher sind, dann kann sich der Freistaat jede noch so gute Werbekampagne für die Hochschulen sparen. Ich glaube, wir sind jetzt in einer Situation, in der wir handeln müssen.

Ich bitte Sie deshalb um Zustimmung zu unserem Entschließungsantrag.

(Beifall bei den GRÜNEN und
der Linksfraktion.PDS)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Zu dem Entschließungsantrag ist die Aussprache eröffnet. Wer möchte

darauf reagieren? – Die CDU-Fraktion; Herr Prof. Wöller, bitte.

Prof. Dr. Roland Wöller, CDU: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich möchte nur in einigen wenigen Punkten darauf eingehen. Die Fraktion der GRÜNEN will mit dem Entschließungsantrag verdeutlichen, dass bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses formale Gesichtspunkte und eine zeitlich straffe Abfolge maßgeblich waren – und weniger inhaltlich-qualitative.

Herr Kollege Gerstenberg, wenn ich mich an Ihre Worte richtig erinnere, sagten Sie, es gehe alles nicht schnell genug. Jetzt sagen Sie, es sei doch etwas zu schnell gegangen. Ich weiß nicht genau, was Sie damit meinen; aber ich denke, es ist in der Diskussion deutlich geworden, dass es zügig geht, jedoch gerade auch um den Inhalt und die Qualität.

Zu einem weiteren Punkt, zu den zusätzlichen Hürden, die Sie bei der Aufnahme eines konsekutiven Masterstudienganges sehen, kann man sagen: Voraussetzungen für die Fortsetzung eines Masterstudienganges, der auf ein Bachelorstudium aufsetzt, sind natürlich Qualität und Leistung, und diese müssen gebracht werden. Ich kann nicht erkennen, worin die besondere Hürde besteht. Es ist sicher klar, dass nicht alle fortsetzen können; aber aus unserer Sicht ist es besser, einen Bachelor-Abschluss zu haben, der berufsqualifizierend ist, als einen Studienabschluss insgesamt ohne Abschluss abzubrechen.

In einem weiteren Punkt wollen Sie feststellen, dass es keine Zusammenarbeit mit Unternehmen und Institutionen in der Phase der Studieneingangskonzeption gegeben hat. Abgesehen von der Differenzierung, die man vornehmen sollte, ist es sicherlich nicht bei jedem Studiengang erforderlich, Unternehmen einzubeziehen. Ich gebe zu, dass ich während meiner beruflichen Zeit in der Bank Philosophen in der Wertpapierberatung hatte, die unter anderem nicht ganz schlecht waren. Bei aller Liebe: Wir können uns doch darüber unterhalten, es zu verbessern und zu intensivieren; aber ich denke, wir tun denjenigen Unrecht, die gerade auch bei wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen sehr, sehr eng und erfolgreich mit Unternehmen und Institutionen zusammenarbeiten.

Zum Controlling: Sie fordern das Ministerium, den Staat auf, Controllinginstrumente zu entwickeln. Ich denke, das ist in allererster Linie Aufgabe der Hochschulen. Diese haben bereits ein sehr differenziertes Instrumentarium entwickelt, wie zum Beispiel die Studenten, die erfolgreiche und qualitativ hochwertige Studiengänge wählen. Wenn es sich nicht um solche handeln würde, würden diese von Studenten auch nicht gewählt werden.

Zur Evaluation: Wir haben einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess in vielen Studiengängen, auch bei der Lehre, die gut funktionieren. Nicht zuletzt sorgen die Akkreditierungsagenturen dafür, dass nur dann der Stempel draufkommt, wenn die Qualität und der Inhalt stimmen.

Zum personellen Mehrbedarf kann ich nur sagen: Die Klage ist des Kaufmanns Gruß. – Sicherlich sollte uns das alles etwas wert sein, aber die Anstrengungen sollten nicht unbedingt nur materiell belohnt werden. Wir haben gehört, es ist eine Phase, die zugegebenermaßen mit erhöhten Anstrengungen verbunden ist. Aber diese Phase ist irgendwann abgeschlossen und mündet in einen fortgesetzten Prozess, der bei den Studiengängen drei Jahre dauern soll, ein. Insofern denken wir, es sollte nicht notwendigerweise mit Stellen und zusätzlichen Finanzen verbunden sein.

Im Ergebnis sind die Dinge, die Sie fordern, nicht der Realität gemäß. Sie ziehen frühe und zum Teil falsche Schlussfolgerungen. Deshalb müssen wir den Antrag ablehnen.

Danke.

(Beifall bei der CDU –
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Oh, das war mir jetzt ganz neu!)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die Linksfraktion.PDS möchte darauf reagieren. Frau Abg. Werner, bitte.

Heike Werner, Linksfraktion.PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN-Fraktion, wir können Ihrem Entschließungsantrag nur zustimmen. Wir stellen fest, dass die von uns formulierten kritischen Passagen der kleinen Novelle genau zu den aufgezählten Missständen geführt haben.

Ich möchte nur vier Punkte herausgreifen, die mir am Entschließungsantrag besonders wichtig erscheinen, weshalb meine Fraktion ihm auch zustimmen wird. Das Erste ist die Sicherung der internationalen Mobilität.

(Beifall des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

Darüber hatten wir schon einmal während der kleinen Novelle diskutiert. Diese soll durch „Bologna“ leichter gemacht werden. Allerdings wird es durch das neue Hochschulgesetz für die Studierenden nicht leichter. Uns wurde sogar in der damaligen Anhörung gesagt, dass der bürokratische Aufwand an der Heimathochschule für ein Auslandssemester mehr Zeit benötigen würde als der Aufenthalt im Zielland selbst.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Hört, hört!)

Meine Fraktion wird diese Anerkennungspraxis viel großzügiger fassen. Wir meinen, dass ein Aufenthalt im Ausland etwas sehr Wichtiges ist; denn es ist unter kulturell und sprachlich neuen Bedingungen und in einem neuen Studiensystem ein ganz besonderer Bildungswert. Man muss eine neue Sprache und eine neue Kultur kennenlernen, es gibt eine andere Art der Kommunikation.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Für Herrn Gansel ist das neu!)

Dies sind Schlüsselkompetenzen, die einen möglichen Qualitätsunterschied im Studium, denke ich, aufwiegen können. Herr Gansel, Ihre Angst und Ihre Unsicherheit, die Sie hier gezeigt, und dieses verkrampfte Klammern an Vertrautes, das Sie geäußert haben, erinnert mich ein wenig an die Fremdelzeit meiner Kinder. Wobei ich sagen muss, die beiden haben das zum Ende des ersten Lebensjahres abgelegt, und Sie sind auf diesem Kleinkindniveau stehen geblieben.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall der Abg.
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS,
und Martin Dulig, SPD – Jürgen Gansel, NPD:
Sie sind keine Psychologin! Überlassen Sie
das einer Psychologin!)

Zur Studieneingangsphase: Das ist eine Forderung, die sich auch in unserem Hochschulgesetz wiederfindet. Diese Modularisierung birgt auch Gefahren in sich. Es ist also eine sehr komplexe Anforderung, die man in einer solchen Phase erlernen kann. Außerdem bietet sie die Möglichkeit, Studienabbruch zu verringern.

Wir sprachen in den letzten Tagen über Probleme der Berufsorientierung. Dies bezieht sich natürlich auch auf das Studium. Die Studierenden kommen zum Teil mit sehr geringem Vorwissen für das gewählte Studium an die Hochschule, und diese Phase bietet sowohl die Möglichkeit der Orientierung als auch gegebenenfalls der Umorientierung.

Zur Ausdünnung der Stoff- und Prüfungsdichte wurde ebenfalls einiges gesagt. Ich denke, dass dies zugunsten anderer sogenannter Schlüsselkompetenzen notwendig ist. Ein sehr wichtiges Bildungsziel muss für alle akademischen Berufe – auch den Bachelor – die wissenschaftliche Urteilsfähigkeit sein. Sie ergibt sich nicht durch die Anhäufung von abfragbarem Wissen oder in einem Schmalspurstudium.

Ein letzter Punkt: finanzielle und personelle Ressourcen. Frau Staatsministerin Stange, wir haben immer gesagt, dass diese Hochschulvereinbarung eine Erpressung der Hochschulen war. Die Hochschulen hatten überhaupt keine andere Möglichkeit, als sich darauf einzulassen; denn ihnen wurde angekündigt, dass sie ansonsten noch weniger Geld bekämen. Deshalb haben wir als Linksfraktion in unseren Haushaltsanträgen immer zusätzliche finanzielle Mittel eingefordert – für eine Verbesserung der Qualität der Lehre und die Umsetzung der Studienreform.

Insofern, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, unterstützen wir Ihre Forderungen und können und werden Ihrem Antrag zustimmen.

Danke.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS
und den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Ich habe von der FDP-Fraktion noch eine Wortmeldung gesehen; Herr Herbst, bitte.

Torsten Herbst, FDP: Frau Präsidentin! Wir teilen zwar das Anliegen der GRÜNEN, wir sagen, die Hochschulen müssen in diesem Umstellungsprozess unterstützt werden. In diesem Prozess ist auch laufend zu evaluieren. Allerdings ist die Art und Weise der Vorschläge typisch GRÜNE – oder ich sollte besser sagen: typisch staatsgläubig.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Was?!)

Man kann nicht immer nur von Hochschulautonomie und Freiheit sprechen. Wenn man in Ihren Forderungskatalog schaut, so fordern Sie an vier Stellen neue gesetzliche Regelungen. Das hat mit Freiheit sehr wenig zu tun. Meine Damen und Herren, Sie müssen sich schon entscheiden, ob Sie für Freiheit oder für Staatsdirigismus sind.

(Antje Hermenau, GRÜNE:

Wir waren mal wieder deutlich besser!)

Aus diesem Grund werden wir Ihrem Antrag nicht zustimmen.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gibt es weiteren Redebedarf? – Dies ist nicht der Fall. Dann können wir zur Abstimmung kommen. Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 4/8988 auf. Wer seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Keine Stimmenthaltungen und eine größere Anzahl von Stimmen dafür. Damit ist dem Entschließungsantrag dennoch mehrheitlich nicht gefolgt worden. Die Behandlung der Großen Anfrage ist beendet.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 4

– Beschäftigungschancen in Sachsen erhöhen

Drucksache 4/8177, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

– Keine „Bürgerarbeit“ zum Billigtarif – 3 000 Stellen aus öffentlich geförderter Beschäftigung schaffen

Drucksache 4/8043, Antrag der Linksfraktion.PDS, mit Stellungnahme der Staatsregierung

– Modellprojekt Bürgerarbeit für Sachsen in Anlehnung an das Modell von Bad Schmiedeberg (Sachsen-Anhalt)

Drucksache 4/7724, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, mit Stellungnahme der Staatsregierung

Hierzu können die Fraktionen Stellung nehmen. Die Reihenfolge in der ersten Runde: CDU, SPD, Linksfraktion.PDS, NPD, FDP, GRÜNE und die Staatsregierung, wenn gewünscht. Ich erteile der CDU-Fraktion das Wort. Herr Abg. Pietzsch, bitte.

Thomas Pietzsch, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Beschäftigungschancen in Sachsen erhöhen! Angesichts der 3,8 Millionen Arbeitslosen und Geringverdiener, vor allem im Hinblick auf die Langzeitarbeitslosen, die 50 plus, die niemand mehr einstellen will, und der vielen unqualifizierten Jungen, denen jegliche Berufserfahrung fehlt, steht der Staat vor dem Dilemma, Lohn, von dem sich leben lässt, Arbeit, die sich rentieren muss, Lohn so niedrig, dass sich die Arbeit für den Arbeitgeber lohnt, Lohn so hoch, dass sich die elementarsten Notwendigkeiten finanzieren lassen, verantwortungsbewusst zu regeln. Bei einer Anzahl von 70 bis 80 Fördertatbeständen eine Aufgabe, die zuerst die Frage nach der Wirksamkeit der bisher geltenden stellt.

Mit einem Zuwachs von 13,6 % der Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe hat Sachsens Wirtschaft im vergangenen Jahr Platz eins in Deutschland erreicht.

Starke Auftragseingänge, besonders aus dem Ausland, sind der Motor für den Wachstumskurs sächsischer Unternehmen. Die Konjunktur zieht an und erreicht den sächsischen Arbeitsmarkt. Die positive Stimmung kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Sachsen nach wie vor eine hohe strukturelle Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hat. Zwar stieg die Zahl der offenen Stellen und die sächsische Wirtschaft verzeichnet bereits zum heutigen Zeitpunkt einen Bedarf, der nicht gedeckt werden kann, dennoch gingen die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen, die der älteren Arbeitslosen über 50, die Zahl der Langzeitarbeitslosen und vor allem auch die Zahl der erwerbslosen Frauen nur unterdurchschnittlich zurück.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Legt man die Ergebnisse der Entwicklung des vergangenen Jahres zugrunde und betrachtet die prognostizierte demografische Entwicklung für Sachsen und den entstehenden konjunkturellen Fachkräftebedarf, so muss man feststellen:

Erstens. Die Wirtschaft läuft auf zunehmenden Fachkräftemangel zu, der mit den bestehenden Arbeitsmarktinstrumenten nicht mehr in vollem Umfang gedeckt werden kann.

Zweitens. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen bleibt nahezu unverändert. Die bisherigen Qualifizierungsmaßnahmen haben in dieser Gruppe nur zu geringen Erfolgen bei der Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt geführt.

Drittens. Besonders die Altersgruppen der jugendlichen, der langzeitarbeitslosen und der älteren Sachsen ohne Arbeit partizipieren vom Erfolg der Wirtschaft nur unterdurchschnittlich.

Viertens. Auch die Zahl der Frauen ohne Job nimmt nicht in dem Maße ab, wie sich der Erfolg sächsischer Unternehmen im Gegenzug einstellt.

Fünftens. Sachsen schiebt eine fast unverändert hohe Bugwelle an Langzeitarbeitslosen und Arbeitslosen mit geringerer oder am Markt nicht mehr nachgefragter Qualifikation vor sich her.

Um diese Situation nachhaltig zu verbessern, müssen in der kommenden Förderperiode zur Verfügung stehende Mittel des ESF gezielt für Programme eingesetzt werden, welche die Chancen der von mir beschriebenen Gruppen der Arbeitslosen am ersten Arbeitsmarkt verbessern. Dabei sollten folgende Dinge Vorrang haben:

Primäre Orientierung der Maßnahmen auf den ersten Arbeitsmarkt, Verstärkung der Förderung der Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind, Qualifizierung mit anerkannten Berufsabschlüssen, anknüpfend an die individuellen Bildungsvoraussetzungen und Entwicklungsmöglichkeiten, Unterstützung von ARGEN und Optionskommunen beim Einsatz effektiver Instrumente der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, Initiieren von Beschäftigungsangeboten für ältere Langzeitarbeitslose mit geringen Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt für einen aktiven Übergang, Erhöhung der Berufschancen junger Menschen durch eine zusätzliche Förderung von Ausbildungsplätzen im dualen System, Schaffung und Unterstützung integrierender Maßnahmen zur Qualifizierung Jugendlicher mit abgebrochener oder fehlender Berufsausbildung sowie Jugendlicher mit nicht marktgerechter Ausbildung, ausgerichtet am aktuellen Bedarf am ersten Arbeitsmarkt, enge Kooperation von Land und Kommunen mit der Bundesagentur für Arbeit, Anwendung der Grundsätze von Gender Mainstreaming auf die Ziele und Maßnahmen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik des Freistaates.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle von mir genannten Ziele sind die Grundlage für eine erfolgreiche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in Sachsen. Trotz aller sich auf dem ersten Arbeitsmarkt einstellenden Erfolge – so muss man feststellen – hat eine große Zahl von Arbeitslosen aufgrund ihrer Erwerbsbiografie aktuell keine realistische Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt. Unsere Aufgabe ist es, Teilnahme zu ermöglichen, um an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung teilhaben zu können. Teilhabe und Teilnahme unter Achtung der Würde des Betroffenen nach dem Grundsatz der Gerechtigkeit zu organisieren, das sollte Ziel unserer Bemühungen sein.

Ist die Bürgerarbeit eine neue Wunderwaffe? Ist es die Antwort auf die von den Arbeitgebern viel beschworene Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, die notwendig sei? Was heißt das eigentlich auf Arbeitgeber-Deutsch? Für mich heißt es jedenfalls, dass die Arbeitgeber die Freiheit erhalten, die Bezahlung ihrer Beschäftigten ausschließlich nach ihren eigenen Bedürfnissen und denen ihres Geschäftes zu gestalten. Im Ergebnis dieser Forderung nach Flexibilisierung steht für mich die Frage, wieweit man mit der damit verbundenen Armut umgehen will. Also doch Bürgerarbeit?

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bürgerarbeit ist vielleicht kein geeignetes beschäftigungspolitisches Instrument, sondern ist eher als eine Maßnahme der Sozialpolitik zu sehen. Dennoch bin ich der Ansicht, dass dadurch Perspektiven für die Betroffenen nicht nur aufgezeigt, sondern auch als Brücke zu den von mir vorher genannten notwendigen Maßnahmen angesehen werden können.

(Beifall des Abg. Stefan Brangs, SPD)

Die Erfolgsmeldungen über die deutlich reduzierte Arbeitslosigkeit in Bad Schmiedeberg beruhen nur zum Teil auf Bürgerarbeit. Von den 331 Arbeitslosen erhielten bisher 80 Personen eine Tätigkeit im gemeinnützigen Bereich, 36 Personen nahmen eine Erwerbstätigkeit am ersten Arbeitsmarkt auf, 34 begannen eine Bildungs- oder Trainingsmaßnahme. Bemerkenswert ist, dass sich 15 % der Arbeitslosen abmeldeten.

Die Zahlen sprechen für sich. Es wird sehr deutlich, wie wichtig eine intensive Betreuung der einzelnen Arbeitslosen ist. Nur so lassen sich gezielte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen vornehmen. Allein die Tatsache, dass erst mittels des Modellprojekts ein bestimmter Anteil sich aus der Arbeitslosigkeit abmeldete, deutet auf ein grundlegendes Defizit in der Arbeit der Arbeitsagentur hin. Die Arbeitsagentur sollte bemüht sein, ihre angebotenen Leistungen zu verbessern.

Bürgerarbeit als ein Instrument der Beschäftigungspolitik? Dazu gibt es gesellschaftspolitisch sehr unterschiedliche Auffassungen. In einem sind wir uns aber einig: Arbeitslose Menschen, die keine Chance mehr auf dem ersten Arbeitsmarkt haben und dies aller Voraussicht nach auch nicht über Qualifizierungsmaßnahmen erreichen können, sollten durch gemeinnützige Aufgaben sowohl ein neues Selbstwertgefühl erhalten als auch in die Gesellschaft integriert werden und gleichzeitig für die Allgemeinheit eine sinnvolle Tätigkeit ausüben.

Daraus schlussfolgernd kann Bürgerarbeit sehr wohl Perspektiven außerhalb des traditionellen Erwerbsarbeitsmarktes aufzeigen. Dies sollte aber der Ehrlichkeit halber als eine Aufgabe der Sozialpolitik deklariert werden. Bei einem überschaubaren Teilnehmerkreis wie in Bad-Schmiedeberg kann eine Anzahl von sinnvollen Bürgerarbeitsstellen einerseits realisierbar sein und muss andererseits auch keine Konkurrenz für die Betriebe im Ort darstellen.

Kritisch sehe ich die Frage, ob in größerem Umfang überhaupt sinnvolle gemeinnützige Tätigkeiten bereitgestellt werden können und ob dadurch nicht Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt verdrängt wird. Wichtig ist auch zu bedenken, dass anderenorts viele Aufgaben, die in Bad Schmiedeberg im Rahmen des Modellprojekts erledigt werden, ehrenamtlich geleistet werden. In Sachsen gibt es bereits eine reiche Kultur des bürgerschaftlichen Engagements. Dieses freiwillige Engagement wird bei uns seit Jahren durch die Übernahme von Aufwandsentschädigungen durch die Staatsregierung mit unterstützt. Ich erinnere hier nur an die Aktionen „Wir in Sachsen“ und TAURIS. TAURIS richtet sich gezielt an Arbeitslose und ermöglicht ihnen durch ihre aktive Teilnahme, die sozialen und gesundheitlichen Folgen lang anhaltender Erwerbslosigkeit zu mindern, wie eine Evaluierung der TU Dresden ergab.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das sachsenanhaltinische Modell „Bürgerarbeit“ wird zu 100 % öffentlich finanziert. Für die flächendeckende Anwendung ist eine gesetzliche Änderung erforderlich, die eine Kombination von aktiven und passiven arbeitsmarktpolitischen Leistungen ermöglicht. Bürgerarbeit ist also keine Wunderwaffe. Die Koalition hält es wie die Staatsregierung für sinnvoll, die Ergebnisse der Arbeitsgruppe der CDU/CSU- und SPD-Bundestagsfraktionen abzuwarten und danach die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die SPD-Fraktion, bitte. Herr Abg. Brangs.

Stefan Brangs, SPD: Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! In der Tat ist das für Freitagnachmittag ein wichtiges Thema. Wir haben uns noch viel vorgenommen. Aber das Thema Beschäftigung und die Frage von Perspektiven zur Beschäftigungssicherung ist das entscheidende Thema und wird es auch für die Zukunft bleiben. Wir müssen allerdings feststellen, dass wir auch eine Reihe von positiven Meldungen zu verzeichnen haben. Insofern ist es richtig, und es ist auch schon mehrfach gesagt worden – nicht nur in der Debatte heute, auch in den letzten Monaten haben wir uns immer wieder damit beschäftigt –, dass wir in Sachsen eine Zunahme von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zu verzeichnen haben, dass die Wirtschaft überaus positive Daten aufzuweisen und eine Dynamik auf dem sächsischen Arbeitsmarkt stattgefunden hat.

Ich glaube, es ist wichtig, dass man dies hier anspricht. Wenn man allen Prognosen Glauben schenken darf, wird diese Dynamik auch 2007 und 2008 weiter zunehmen. Das ist ein erfreuliches Signal. Was nicht so erfreulich ist – das ist auch immer wieder das gleiche Lied, das man hier anstimmen muss –, ist natürlich die Tatsache, dass rund 340 000 Menschen in Sachsen immer noch ohne Arbeit sind. Das ist ein Problem, vor dem wir als Politiker stehen: dass wir, obwohl es einen wirtschaftlichen Auf-

schwung gibt, obwohl es eine Zunahme der Dynamik gibt, trotz alledem die Menschen nicht nach unseren Vorstellungen, wie wir es gern hätten, in den ersten Arbeitsmarkt vermitteln können.

Die Folgen daraus sind vielfach beschrieben worden. Es sind individuelle und gesellschaftliche Folgen damit verbunden. Ich denke, dass wir als Akteure, als Politiker dort vor großen Herausforderungen stehen und uns dem Thema Massenarbeitslosigkeit nicht verschließen dürfen. Richtig ist aber auch, dass die Erfahrungen der letzten 30 Jahre gezeigt haben, dass alle bisherigen Möglichkeiten und Mittel anscheinend allein nicht ausreichend sind. Es gibt nun einmal Personengruppen – das sind im Wesentlichen Menschen ohne Berufsabschlüsse, ältere Arbeitslose, Menschen mit multiplen Vermittlungsproblemen –, die man mit den bekannten Instrumenten des Arbeitsmarktes nicht in den ersten Arbeitsmarkt integrieren kann. Deshalb muss man über neue Wege bei der Arbeitsmarktpolitik nachdenken, damit man Langzeitarbeitslose wieder in Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt bringt oder ihnen Perspektiven für die Integration in den sozialen Raum schafft.

Als Verfechter der reinen Marktwirtschaft könnte man fragen: Warum gibt es den öffentlich geförderten Arbeitsmarkt? Man müsste doch nur das Allheilmittel der Deregulierung predigen. Genau das ist aber mit Blick auf die Zahl derer, die betroffen sind, und die Struktur der Arbeitslosen nur die halbe Wahrheit. Jeder zweite ALG-II-Bezieher in Deutschland stand in den letzten zwei Jahren in keinem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis. Ein Drittel der ALG-II-Empfänger war während der letzten sechs Jahre nicht in Beschäftigung. Im Klartext bedeutet das, dass bundesweit mehrere hunderttausend Menschen vom Arbeitsmarkt fern sind und es für sie keine Heranführung an den ersten Arbeitsmarkt gibt.

Weil das so ist, geht es darum, sich Gedanken zu machen, welche Möglichkeiten es geben könnte, erwerbsfähigen Menschen eine Chance zu geben. Dabei geht es zum einen darum, dass wir alles daransetzen müssen, dass wir die Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt weiter steigern. Da bleiben wir und das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit dran. Aber es geht auch darum, dass es Menschen gibt, die trotz aller Hilfestellungen Probleme haben, diesen Sprung zu schaffen.

Deshalb ist es zum Beispiel eine Frage, ob wir über einen sozialen Arbeitsmarkt reden und dafür Konzepte entwickeln sollten. Da ist es für mich eigentlich nicht so entscheidend, ob das Sozial- oder Arbeitsmarktpolitik ist; letztendlich ist es wichtig, den Menschen eine Perspektive zu geben.

(Beifall bei der SPD und der Linksfraktion.PDS)

Wichtig ist, dass dies natürlich nur in Ergänzung zum ersten Arbeitsmarkt Anwendung finden darf. Wir dürfen keine Konkurrenzsituation zur Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt schaffen. Das wäre kontraproduktiv.

Wir haben – das habe ich bereits in einer Rede, ich glaube, es war im April, gesagt – uns als Fraktion des Themas angenommen. Wir haben ein Konzept zum sozialen Arbeitsmarkt in Sachsen entwickelt. Mich freut es natürlich, dass auch auf Bundesebene Bundesarbeitsminister Franz Müntefering eindeutig die Auffassung vertreten hat, dass ein sozialer Arbeitsmarkt notwendig und richtig ist, sodass dort rund 100 000 Betroffenen Beschäftigung angeboten werden soll. Ich denke, das ist ein durchaus positives Signal.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir uns mit den Anträgen der GRÜNEN und der Linksfraktion.PDS beschäftigen, dann will ich ganz klar sagen, dass ich mir durchaus bewusst bin, dass sie in die ähnliche Richtung gehen, sowohl was den Antrag der GRÜNEN als auch den der Linksfraktion.PDS anbelangt. Ich habe die Richtung verstanden. Dennoch glaube ich – und das will ich gern begründen –, dass die beiden Anträge zu kurz gesprungen sind.

Ich will zum einen etwas zu Bad Schmiedeberg sagen. Ich bin der Auffassung, dass die positiven Erfahrungen, die dort gemacht worden sind – mein Kollege Pietzsch hat dazu etwas gesagt –, für ein kleines Modellprojekt durchaus richtig sind. Aber ich halte es für falsch, das auf den Freistaat zu übertragen. Ich glaube, wir brauchen für den Freistaat Sachsen ein Landesprogramm. Wir dürfen nicht punktuell einzelne Regionen fördern, sondern brauchen eine Grundlage für ein Landesförderprogramm, das wir mit unserem Koalitionspartner erörtern wollen. Ich denke, wir müssen uns auch darüber verständigen, dass ein solches Konzept im Wesentlichen die Möglichkeit für gesellschaftlich anerkannte und sinnvolle Beschäftigung schaffen muss.

Deshalb ist die Idee, die wir in unserem Konzept für den sozialen Arbeitsmarkt aufgeschrieben haben, im Wesentlichen, dass Arbeitslose, die nicht durch direkte Instrumente der Arbeitsmarktpolitik in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können, zeitnah einen befristeten Arbeitsvertrag im Einsatzgebiet des – ich nenne es einmal so – Non-Profit-Bereichs bekommen. Das bedeutet eben, dass es sich um zusätzliche, im öffentlichen Interesse liegende Tätigkeiten handeln muss. Die Menschen, die dort ihre Fähigkeiten einbringen, tun das für das Allgemeinwohl, nämlich im öffentlichen Sektor. Das Entgelt für eine solche Tätigkeit könnte nach unserer Auffassung als Pauschale gewährt werden, die natürlich über dem Durchschnitt des eigentlichen Anspruchs auf Arbeitslosengeld II liegen muss.

Mit anderen Worten heißt das, dass der soziale Arbeitsmarkt Sachsens flexibel auf die Lage am Arbeitsmarkt reagiert, durch unkonventionelle Maßnahmen Menschen wieder in Lohn und Brot bringt und ihnen damit etwas zurückgibt, was sie vielleicht verloren haben, nämlich die Wertschätzung der Allgemeinheit. Sie können wieder spüren, dass das, was sie tun, sinnvoll ist und sie als Menschen wieder als wichtig angesehen werden. Gleichzeitig können damit bisherige Leistungen der Kommunen,

der Verbände und der freien Wohlfahrtspflege, die durch finanzielle Probleme nicht mehr die Möglichkeit haben, sie mit Beschäftigten aus dem ersten Arbeitsmarkt zu erbringen, genau in diesem Bereich abgedeckt werden.

Damit schließt sich aus meiner Sicht der Kreis, sodass man sagen kann, dass das eine sinnvolle Tätigkeit ist, die im öffentlichen Interesse liegt. Außerdem findet damit kein Verdrängungswettbewerb statt. Die Grundidee ist eigentlich einfach. Wir wollen Arbeit finanzieren und nicht Arbeitslosigkeit. Das ist die Idee, die hinter diesem Konzept steht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt ein Zitat, das mich in diesem Ringen um ein richtiges Konzept bestärkt: „In vielen Regionen ist es unerlässlich, gemeinsame Maßnahmen mit den Ländern zur Förderung gesellschaftlich sinnvoller gemeinnütziger Arbeit für arbeitsmarktlich nicht mehr integrierbare Langzeitarbeitslose in der letzten Phase ihres Erwerbslebens zu schaffen.“ Dieses Zitat stammt aus dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung vom 11. November 2005. Ich glaube, dass mit diesem Zitat nachdrücklich unterstrichen wird, wie notwendig es ist, dass wir uns über solche Modelle verständigen. Deshalb glaube ich, dass es entscheidend darauf ankommt, ob wir Bewegung in den Arbeitsmarkt bekommen. Diese Bewegung dürfen wir aber nicht nur in eine Richtung verstehen. Deshalb dürfen wir den sozialen Arbeitsmarkt nicht als Konkurrenz zum ersten Arbeitsmarkt sehen, sondern als Ergänzung für eine bestimmte Klientel, eine bestimmte Gruppe von Menschen, die langzeitarbeitslos sind.

Zum Schluss die Antwort auf die Frage, warum wir den Antrag der GRÜNEN ablehnen. Ich habe es gesagt: Wir sind zwar der Auffassung, dass das Projekt in Bad Schmiedeberg durchaus sinnvoll und richtig ist; wir denken aber, dass Modellprojekte allein nur außerhalb von Ballungszentren nicht der richtige Ansatz sind. Damit klammert man bewusst bestimmte Gebiete aus. Der Hinweis, es sei nur ein Problem strukturschwacher Regionen, trifft nicht den Kern. Ich halte es außerdem für falsch, dass der Antrag ausschließlich darauf abzielt, nur über 55-jährige Menschen mit deutlich eingeschränkter Arbeitsfähigkeit zu fördern. Das ist ein falscher Ansatz.

(Beifall der Abg. Caren Lay, Linksfraktion.PDS)

– Trauen Sie sich ruhig, Kollegin; denn ich komme jetzt zum Antrag der Linksfraktion.PDS. Dann hört das Klatschen auf, deshalb wollte ich es auskosten.

Beim Antrag der Linksfraktion.PDS ist es so, dass auch da der Ansatz nachvollziehbar ist. Die Schwerpunktsetzung ist aus unserer Sicht aber kontraproduktiv, weil wir der Auffassung sind, dass Landesprogramme und nicht einzelne Modellregionen und -projekte greifen müssen. Die Zielgruppe war im Antrag der GRÜNEN etwas eng begrenzt. Das ist bei der Linksfraktion.PDS genau umgekehrt. Auch das, glaube ich, macht ein wenig das Problem deutlich. Da müsste man sich über die Definition der

Zielgruppe verständigen. Dies halten wir nicht für ausweglos.

Ein weiterer Kritikpunkt am Antrag ist die geforderte freiwillige Aufnahme des Angebotes eines Arbeitsverhältnisses im gemeinnützigen Bereich. Diese Freiwilligkeit ist nach meiner Kenntnis mit den Bestimmungen des SGB II unvereinbar.

(Sebastian Scheel, Linksfraktion.PDS: Leider!)

– Aber das ist doch so. Da geben Sie mir doch recht.

Zusammengefasst: Ich finde es richtig und wichtig, dass wir diese Debatte führen. Es ist der Beginn der Debatte auch um die Frage, inwieweit wir neue Instrumente entwickeln können. Das, was wir mit dem Antrag der Koalition beabsichtigen wollten, ist der Einstieg in eine Diskussion darüber. Wir werden uns auch mit unserem Koalitionspartner daran reiben und weiter für unser Konzept werben. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir dann beim Wirtschaftsministerium Unterstützung erhalten werden. Den beiden Anträgen der Opposition können wir nicht zustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die Linksfraktion.PDS, Frau Abg. Lay.

Caren Lay, Linksfraktion.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich sehr über die heutige Debatte – endlich nicht mehr nur eine Initiative der Linksfraktion zu einem arbeitsmarktpolitischen Thema.

Ich freue mich ohnehin immer, wenn sich konstruktive Oppositionsarbeit lohnt. Als die Linksfraktion in der Haushaltsdebatte Projekte verlangt hat, Arbeitslose zu unterstützen, oder im Januar ihr Konzept – 3 000 Stellen öffentlich geförderte Beschäftigung in Sachsen – vorgestellt hat, haben einige Rednerinnen und Redner aus der Koalition und auch von den GRÜNEN gesagt, sie würden es nicht verstehen. Jetzt höre ich hier durchaus mit Freude auch von anderen Fraktionen ein mehr oder wenig deutliches Bekenntnis, zumindest ein Nachdenken darüber, dass wir tatsächlich einen zweiten Arbeitsmarkt brauchen. Ich höre hier auch Sätze wie: Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Das war ja auch die Überschrift unseres Konzepts.

(Zuruf von der Linksfraktion.PDS:
Sie sind eben lernfähig!)

Die Koalition ist lernfähig und hat sich offensichtlich geändert. Insofern freue ich mich, dass wir heute gleich drei Anträge diskutieren, neben unserem Antrag einen von den GRÜNEN und einen von der Koalition.

Ich freue mich auch, Herr Kollege Brangs, dass die SPD inzwischen ein Konzept für einen sozialen Arbeitsmarkt vorgelegt hat. Das habe ich mir natürlich gleich auf meine

Homepage geladen und durchaus in einigen Punkten eine Übereinstimmung mit unserem Konzept festgestellt,

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

wenn es auch einige Unterschiede gibt. Ich sage das nicht, um hier das Urheberrecht zu beanspruchen. Ich freue mich ja, wenn Sie bei uns abschreiben.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS –
Zuruf des Abg. Mario Pecher, SPD)

Die Tatsache, dass Sie jetzt ein ausführliches Programm vorgelegt haben, die Koalition hingegen mit solch einem dünnen Prüfauftrag ins Plenum kommt, spricht natürlich Bände über die Stimmung in der Koalition zu dieser Frage, die dort herrschen muss. Das muss an dieser Stelle gesagt werden.

Im Übrigen wäre es schön, wenn wir von Ihrem Konzept nicht nur in der Plenardebatte hören würden, während wir diesen dünnen Antrag vorliegen haben, sondern der normale Weg wäre, Sie bringen Ihr Konzept in den Koalitionsausschuss ein. Dann können wir in der Öffentlichkeit über die Ergebnisse diskutieren. Die CDU muss dann deutlicher sagen, wo ihr Weg hingeht.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS –
Sebastian Scheel, Linksfraktion.PDS:
Da können wir lange warten!)

Bislang, meine Damen und Herren, hat der Arbeitsminister in seinen Antworten und Stellungnahmen zu unseren Anträgen die Vorstöße der Linksfraktion im Wesentlichen mit dem Argument abgewehrt, dass ja nun der Bund Vorschläge für neue, innovative Projekte für Arbeitslose geplant hätte. Ja, da warten wir nun seit zweieinhalb Jahren auf eine Ansage des Bundes wie ein Kleinkind auf das Christkind. Entwickeln Sie, Herr Minister Jurk, doch selbst Initiativen und Ideen!

(Staatsminister Thomas Jurk: Das mache ich!)

Der Bund vertagt und vertagt, etwa auch im aktuellen Bericht der Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt“. Ein Programm für bis zu 100 000 Langzeitarbeitslose, diejenigen mit Vermittlungshemmnissen, soll jetzt geplant werden. Da dürfen wir gespannt sein, wie wenige dieser Menschen im Laufe der aktuellen Legislatur überhaupt noch in den Genuss dieser Maßnahmen kommen.

Beim Stichwort „Bürgerarbeit“ heißt es in jenem Bericht: „Es soll geprüft werden.“

Sie sind aus dem Stadium der Vorprüfung seit zweieinhalb Jahren Koalition nicht herausgekommen, und das verbindet Sie, Herr Minister Jurk, mit Ihrem Kollegen Müntefering auf Bundesebene. Sie sind beide Dauerprüfer.

Meine Damen und Herren! Die 220 000 Langzeitarbeitslosen haben mehr verdient als einen Prüfauftrag nach dem anderen. Sie haben es verdient, dass gehandelt wird, und zwar jetzt und in Sachsen.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Wenn die Koalition nur prüfen will – wir können helfen. Die Linksfraktion und auch die Fraktion GRÜNE haben beide Anträge mit konkreten Vorstellungen vorgelegt. Es wird Sie von der Fraktion GRÜNE nicht verwundern, dass ich für unser Konzept werben werde.

Bürgerarbeit in Bad Schmiedeberg ist ein erster Ansatz. Das anerkennen wir auch. Das haben wir als Linke immer gesagt. Gut, dass dort unter einem CDU-Bürgermeister der Versuch unternommen wurde, mit neuen arbeitsmarktpolitischen Initiativen etwas Wind in die Debatte zu bringen. Ich denke, man kann mehr daraus machen. Man könnte auch mehr aus dem vorhandenen Geld machen, das wir in der Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung haben. Deswegen haben wir auch Kritikpunkte am Konzept der Bürgerarbeit in Bad Schmiedeberg und deswegen eben auch zum Antrag der GRÜNEN. Ich will sie kurz benennen.

Das Erste wäre die Entlohnung. Die Bürgerarbeit von Bad Schmiedeberg wird ja zum Teil mit weniger Geld als für einen Ein-Euro-Jobber bezahlt. Wir haben immer gesagt, Arbeit darf nicht arm machen. Das muss natürlich dann auch für die Bürgerarbeit gelten.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Deswegen lehnt die Linksfraktion Bürgerarbeit zum Billigtarif ab.

Wenn es gelingt, aktive und passive Leistungen miteinander zu kombinieren, wenn der Bund dafür endlich grünes Licht gibt, dann wäre auch genügend Geld vorhanden, um diese Arbeit ausreichend finanzieren zu können. Ich habe ausgerechnet, dass je nach Verhandlungsergebnis mit der Bundesagentur für Arbeit 3 000 Stellen öffentlich geförderte Beschäftigung – nennen Sie es meinetwegen auch Bürgerarbeit mit Mindestlohn – den Freistaat zwischen 7 und 21 Millionen Euro jährlich kosten würde.

(Mario Pecher, SPD: Das ist eine große Spanne!)

Ich habe gesagt, es kommt auf das Verhandlungsergebnis an. Herr Pecher, das ist eine große Spanne. Dass das viel Geld ist, ist auch richtig. Angesichts der Tatsache, dass wir bis 2013 870 Millionen Euro zur Verfügung haben und dass wir allein im letzten Jahr 40 Millionen Euro ESF-Gelder verschenkt haben, wären diese 3 000 Stellen durchaus finanzierbar.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Wir kritisieren zweitens die Tatsache, dass das Modellprojekt in Bad Schmiedeberg – bzw. sieht es der Antrag der GRÜNEN vor, hier kann ich mit der Kritik des Kollegen Brangs mitgehen – auf Städte und Gemeinden mit hoher Arbeitslosigkeit außerhalb der Ballungsräume beschränkt werden soll. Nun zeigen Sie mir einmal die Städte und Gemeinden in Sachsen, die keine massenhafte hohe Arbeitslosigkeit haben. Die Agentur in Leipzig verzeichnet die höchste Arbeitslosigkeit und nicht die niedrigste. Deswegen können wir die Ballungsräume von diesen Modellprojekten oder besser noch flächendeckenden Projekten nicht ausnehmen.

Ihre Kritik an unserem Antrag, Herr Kollege Brangs, würde ich gern annehmen. Natürlich wären mir auch flächendeckend und dauerhaft angelegte Maßnahmen lieber. Da wir uns aber in der Vergangenheit mit dieser Forderung nicht durchgesetzt haben, ist es gewissermaßen ein Entgegenkommen an die Koalition, dass man vielleicht mit Modellprojekten startet. Wenn Sie diese flächendeckend ausweiten wollen, sind wir natürlich dabei.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Der letzte Kritikpunkt, meine Damen und Herren: Auch ich kann die Beschränkung auf über 55-Jährige und kranke Behinderte nicht nachvollziehen. Alle Bevölkerungsgruppen in Sachsen sind von Langzeitarbeitslosigkeit, ja Massenarbeitslosigkeit betroffen. Deshalb sollten innovative Arbeitsprojekte auch allen Menschen zur Verfügung stehen.

Einschränkungen will die Linke nur bei unter 25-Jährigen. Hier muss Priorität auf Ausbildung und Berufseinstieg gelegt werden. Auch das haben wir bereits in der Vergangenheit bei unseren Initiativen immer gesagt.

Meine Damen und Herren! Ich denke, dass wir mit unserem Antrag – 3 000 Stellen öffentlich geförderte Beschäftigung in Sachsen – einen guten Ansatz haben, sodass wir in Sachsen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren können. Stimmen Sie unserem Antrag zu!

Vielen Dank.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die Fraktion der GRÜNEN; Frau Abg. Herrmann, bitte.

Elke Herrmann, GRÜNE: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur aktuellen Arbeitsmarktsituation in Sachsen haben meine Vorrednerin und die Vorredner schon gesprochen. Ich möchte jetzt den Blick auf die Betroffenen richten.

Langzeitarbeitslosigkeit macht krank. Zu den Folgen von Langzeitarbeitslosigkeit gehören unter anderem Depressivität, Ängstlichkeit, Schlaflosigkeit, Reizbarkeit, Konzentrationsstörungen und in der Folge vermehrt Herz-Kreislauf-Erkrankungen usw. Je öfter sich die Menschen umsonst beworben haben, desto mehr sinkt ihr Glaube an sich selbst und an die eigene Kraft, dass sie die Situation verändern könnten.

Die Kontrollen der Sozialbürokratie kennen wir zum Beispiel aus Löbau mit den Zimmern, die verschlossen sind und kontrolliert werden. Derartige Kontrollen, die eigentlich Missbrauch verhindern sollen, verstärken das Gefühl von Ohnmacht und Ungerechtigkeit bei den Einzelnen.

In Bad Schmiedeberg werden die Betroffenen nicht nur als Transferempfänger behandelt, sondern ihre Motivation und ihre Fähigkeiten werden geschätzt. Genau damit wird erreicht, dass ihr Selbstbewusstsein gestärkt wird. Dazu gehört, dass sie durch die Arbeit, die sie leisten und die gebraucht wird, finanziell unabhängig werden. Genauso

unabhängig werden sie von der sozialen Kontrolle über das Einkommen. Durch die Zusammenführung von direkten und indirekten Leistungen der Bundesagentur und der Kommune wird es möglich, das Einkommen als Leistungsentgelt und nicht nur als Sozialtransfer zu empfangen. Darüber hinaus gibt es eine sehr persönliche Betreuungsphase auch über die Zeit der Vermittlung in die Bürgerarbeit hinaus. Das ist der Kern des Modells.

Anliegen unseres Antrages ist, auch in Sachsen solche Modelle zu ermöglichen. Da im Modell „Bad Schmiedeberg“ alle Arbeitslosen angesprochen werden, ist das Ziel der erste Arbeitsmarkt. Immerhin wurden in Bad Schmiedeberg 23 % vermittelt. Circa die Hälfte musste danach noch ergänzend aufstockende Leistungen erhalten.

Im Unterschied zu Sachsen-Anhalt möchten wir uns in unserem Antrag auf Menschen beschränken, die ohne Bürgerarbeit wenig oder gar keine Chancen hätten, überhaupt wieder auf den ersten Arbeitsmarkt zu kommen. Das ist genau der Unterschied zu dem Antrag, den die Linksfraktion vorgelegt hat. Das heißt, wir sprechen Menschen an, die über 55 Jahre alt und schon lange arbeitslos sind, und Menschen, die aufgrund gesundheitlicher Handicaps ebenfalls für den ersten Arbeitsmarkt nicht genügend belastbar sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alle anderen vergessen wir nicht, sondern für jene sehen wir andere Wege, sie wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen. Bad Schmiedeberg ist unserer Meinung nach kein Modell für langzeitarbeitslose, junge Menschen. Mit dieser Einschränkung sind die Auswirkungen auf den ersten Arbeitsmarkt geringer, nämlich dass die Gefahr besteht, dass reguläre Arbeitsplätze zugunsten der billigeren Bürgerarbeit abgebaut werden.

In der Stellungnahme der Staatsregierung wird auf das sächsische Modell TAURIS verwiesen; es war vorhin schon im Gespräch. Ein genauer Blick auf die wissenschaftlichen Begleitstudien zu diesem Modell lohnt sich aber. Dem Modell wird tatsächlich bestätigt – wie es auch schon von meinem Kollegen ausgeführt wurde –, dass die Angebote geeignet sind, die psychische Gesundheit zu verbessern und Angst- und Depressionssymptome abzubauen. Das Selbstwertgefühl und damit das Wohlbefinden verbessern sich nach vier Monaten. Allerdings zeigt sich nach zwölf Monaten TAURIS-Tätigkeit, dass sowohl das Wohlbefinden als auch die Fähigkeit, die Situation als zu bewältigende Herausforderung zu sehen, wieder gesunken ist, und zwar unter das Ausgangsniveau. Das heißt, die stabilisierenden Effekte des TAURIS-Projektes sind nur kurzfristig.

(Allgemeine Unruhe im Saal)

Ähnliche Erfahrungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, machen viele Projekte, die für ein halbes bis maximal ein Jahr Angebote für Langzeitarbeitslose unterbreiten. Die Frustration wächst auf beiden Seiten. Die Langzeitarbeitslosen werden wieder in ihren Hoffnungen

(Glocke der Präsidentin)

auf eine nachhaltige Veränderung ihre Lebensbedingungen enttäuscht. Die Projektanbieter sind enttäuscht, wenn deren Kunden wieder in Resignation zurückfallen, anstatt anschließend ehrenamtlich tätig zu sein. Genau deshalb brauchen wir Angebote mit einer anderen zeitlichen Perspektive. Schnupperzeiten von einem Jahr helfen Langzeitarbeitslosen nicht. In Bad Schmiedeberg wird im Moment diskutiert, das Modellprojekt unbefristet weiterzuführen.

Allerdings sehen wir mit Freude, dass der DGB Sachsen das Modell „Bürgerarbeit“ ebenfalls unterstützt. Auch er sieht in diesem Modell die einzig realistische Alternative zu Dauerarbeitslosigkeit oder kurzatmigen Ein-Euro-Jobs ohne reale Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt. Ebenso teilt der DGB in seiner Position vom 21. Mai die Sorge, dass reguläre Beschäftigung durch Bürgerarbeit ersetzt werden könnte. Deshalb fordert er für Bürgerarbeit eine tarifliche oder ortsübliche Bezahlung bzw. einen gesetzlichen Mindestlohn.

Im Gegensatz zum DGB lehnt die Linksfraktion die Bürgerarbeit nach dem sachsen-anhaltinischen Modell ab. Dem Problem Billigtarife will sie mit 3 000 Stellen aus öffentlich geförderter Beschäftigung mit einem Entgelt von 1 400 Euro begegnen, ohne für das Ganze eine Abgrenzung zu regulären Arbeitsplätzen vorzusehen. Genau diese Abgrenzung wäre wesentlich, um Auswirkungen auf den ersten Arbeitsmarkt gering zu halten. Deshalb kann das vorgeschlagene Modell der Linksfraktion nicht ernsthaft eine linke Alternative sein.

(Beifall bei den GRÜNEN
und der Staatsregierung)

Sie ist geradezu eine Einladung zum Abbau von Standards. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus Erfahrung wissen wir genau, dass es nicht die eine Lösung für alle Arbeitslosen gibt.

(Caren Lay, Linksfraktion.PDS: Richtig!)

Wir können nicht davon ausgehen, dass die individuellen Fähigkeiten – unabhängig von der konkreten sozialen Lage – einfach abrufbar sind. Selbst bei aktiven Menschen kann es Einstellungshindernisse geben, die sie nicht zu verantworten haben, zum Beispiel das Alter.

Wir brauchen deshalb Lösungen, die flexibel auf die unterschiedlichen Ausgangssituationen zugeschnitten sind. Das Modellprojekt kann eine Möglichkeit sein. Ein Modellprojekt ist auch nicht das Ende, sondern es ist ein Anfang.

(Caren Lay, Linksfraktion.PDS,
steht am Mikrophon.)

Man macht genau deshalb Modellprojekte, um die Erfahrungen auf andere Bereiche auszudehnen.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine – – Oh, jetzt ist es zu spät; tut mir leid.

Die Fraktion der NPD, bitte. Herr Abg. Apfel.

Holger Apfel, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist nicht das erste Mal, dass wir über Instrumente der Arbeitsmarktpolitik sprechen. Solange die Probleme nicht gelöst sind, werden wir wohl noch öfter darüber zu debattieren haben.

Uns liegen zwei Anträge vor: zum einen der Antrag der Koalition, der einen Arbeitsauftrag an die Staatsregierung enthält, und ein Antrag der PDS, der erneut auf die Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors abzielt. Weil wir über die Zusammenlegung verschiedener Leistungsbestandteile Langzeitarbeitsloser zur Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze heute nicht das erste Mal debattieren, wäre ein Prüfauftrag an die Staatsregierung sicher empfehlenswert, um eine Diskussionsgrundlage zu schaffen. Selbst innerhalb der SPD wird bereits über einen sozialen Arbeitsmarkt diskutiert.

Uns geht es auch darum, dass der Landtag qualifiziert eingebunden wird. Aus diesem Grund haben wir zum Koalitionsantrag einen eigenen Änderungsantrag eingereicht. Schließlich wollen wir den Prüfauftrag so verstanden wissen, dass daraus die Grundlage hervorgeht, die uns in der Diskussion um die arbeitsmarktpolitischen Instrumente zu einem Ergebnis kommen lässt. Wir wollen nicht, dass die Koalition mit diesem Antrag nur der Staatsregierung eine Schneise schlägt, um der Diskussion auszuweichen.

Der Koalitionsantrag zeigt deutlich, dass die Regierung dieser Aufgabe bisher nicht nachgekommen ist, obwohl das angesichts der angespannten Arbeitsmarktlage vorrangigste Anliegen hätte sein müssen. Deshalb hält es die NPD für geboten, dass der Landtag eine Unterrichtung erhält. Ich gehe davon aus, dass eine solche Unterrichtung unter der Federführung eines SPD-Arbeitsministers wirklich ausführlich und ergebnisoffen auf einen öffentlich finanzierten Beschäftigungssektor eingehen wird, bekräftigt doch sein Parteigenosse Brangs im Rahmen einer ähnlich gelagerten Debatte am 25. Januar, dass man sich als Staat nicht aus der Verantwortung stehlen dürfe. Sehr richtig! Darüber hinaus vertrat Herr Brangs in der gleichen Debatte die Auffassung, sich mit einem eigenen Konzept diesem Problemfeld nähern zu wollen. Wann dies allerdings geschehen würde, verriet er uns nicht.

Mit der Annahme unseres Änderungsantrages kämen wir der Sache schon näher, und man könnte damit dem Arbeitsminister hochhoffiziell den Auftrag dazu erteilen.

Zum PDS-Antrag, den wir eigentlich erst dann diskutieren würden, wenn nach Annahme unseres Änderungsantrages besagte Unterrichtung der Staatsregierung vorliegt, nur kurz: Die Aufnahmefähigkeit des Marktes hinsichtlich der Beschäftigungsproblematik nimmt trotz steigender Marktgläubigkeit der Politik nicht zu. Außerdem wird die Funktionsfähigkeit des Marktes durch die globale Expansion zerstört. Allein über den Markt wird man der Mas-

senarbeitslosigkeit nicht Herr werden, und nur, weil der Markt etwas nicht nachfragt, heißt das noch lange nicht, dass es nicht zum allgemeinen Nutzen sein könnte.

Es ist also grundsätzlich begrüßenswert, nach Wegen zu suchen, sinnvolle Tätigkeit im allgemeinen Interesse anstelle arbeitsloser Untätigkeit zu finanzieren. Es ist nicht einsehbar, warum sinnvolle, oftmals notwendige Tätigkeiten nicht den regulären Arbeitsverhältnissen gleichgestellt werden sollen.

Es ist angesichts der geringen Binnennachfrage und der arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Lage mehr als berechtigt, über eine Verbindung eines durch Kombination von Leistungsansprüchen zu schaffenden sozialen Arbeitsmarktes und eines Mindestlohns nachzudenken. Im Gegenzug hält die NPD-Fraktion Arbeitsverhältnisse mit Mehraufwandsentschädigung erstens für unwürdig, zweitens für untauglich zur Integration in den ersten Arbeitsmarkt und drittens für ein betrügerisches Instrument, um diesen Personenkreis aus der Arbeitslosenstatistik herauszurechnen.

Die NPD spricht sich für die Entwicklung neuer Arbeitsmarktinstrumente aus, da jene, die gestern schon falsch waren, heute und morgen nicht richtig werden.

Was die Kosten für das von der PDS beantragte Modellprojekt anbelangt, so halten wir es für besser, die 7,2 bzw. 21,6 Millionen Euro aus dem ESF zu nehmen, statt sie verfallen zu lassen, wie wir es in den letzten zwei Jahren leider kennenlernen mussten.

Zudem dürfte sich der Streit um die Finanzierbarkeit eines solchen Modellprojektes für das allgemein ausgebrochene Stimmungshoch infolge ansehnlicher Steuermehreinnahmen in Grenzen halten. Das von der PDS geforderte Prinzip der Freiwilligkeit bei der Eingliederung in das Modellprojekt muss man dennoch kritisch infrage stellen. Die Aussagekraft eines Modellprojektes wird dadurch nur gemindert, denn eventuell später daraus resultierende Arbeitsmarktinstrumente haben auf der Basis der Freiwilligkeit wenig Sinn.

(Zuruf der Abg. Caren Lay, Linksfraktion.PDS)

Die NPD-Fraktion könnte sich auch Punkt 2 des PDS-Antrages anschließen, da wir es aufgrund der allgemeinen Arbeitsmarktlage für geboten halten, dass der Staat über einen öffentlich finanzierten Beschäftigungssektor bzw. einen sogenannten sozialen Arbeitsmarkt sinnvolle, dem Allgemeinwohl dienende Tätigkeiten organisiert, statt Nichtstun zu alimentieren.

Meine Damen und Herren, ein solcher sozialer Arbeitsmarkt ist aber nicht nachrangig zu betrachten. Deshalb ist für die NPD eine sozialversicherungsrechtliche Gleichstellung mit Beschäftigten im normalen Arbeitsverhältnis eine selbstverständliche Zielsetzung.

Zum Stichwort „öffentliche Beschäftigung zum Billigtarif“ ist die NPD grundsätzlich gegen die durch die gegenwärtige Arbeitsmarktpolitik unterstützte Entwicklung in Richtung Niedriglohnssektor. Die vorherrschenden

Trends am Arbeitsmarkt – alterndes und schrumpfendes Erwerbspersonenpotenzial bei gleichzeitig steigenden Qualifikationsanforderungen – lassen den Einsatz der bisherigen Arbeitsmarktinstrumente, die die ohnehin bestehenden Verdrängungs- und Dequalifizierungsprozesse verstärken, zu einer gefährlichen anstelle einer problemadäquaten Politik werden.

In einem arbeitsmarktpolitisch integrierten Mitteleinsatz von BA- und ESF-Geldern wäre zum Beispiel durchaus eine finanzielle Voraussetzung zu einer Änderung in der Arbeitsmarktpolitik zu sehen; auch hier stimmt die NPD-Fraktion zu.

Ungeachtet dessen würde es meine Fraktion begrüßen, wenn diese Debatten nach Annahme des Änderungsantrages der NPD zu einem späteren Zeitpunkt mit dafür vernünftiger Diskussionsgrundlage geführt würden. Sollte unser Änderungsantrag abgelehnt werden und es zur Abstimmung über die Drucksache 4/8043 kommen, wird die NPD-Fraktion dieser trotzdem zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der NPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die FDP bitte, Herr Abg. Morlok.

Sven Morlok, FDP: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Für uns ist ganz klar: Bei der Integration von Langzeitarbeitslosen ist die Integration in den ersten Arbeitsmarkt der Königsweg. Ich habe die Debatte, zumindest die Meinungsäußerungen von Herrn Pietzsch und Herrn Brangs, so verstanden, dass dies auch für die Koalitionsfraktionen der Königsweg ist. Angesichts dieser Tatsache haben wir kein Problem, dem Prüfauftrag an die Staatsregierung zuzustimmen, wenn sichergestellt ist, dass der erste Arbeitsmarkt der Königsweg ist.

Der zweite Arbeitsmarkt – das sind auch die Probleme in den Anträgen der GRÜNEN und der Linksfraktion – birgt eine ganze Reihe von Problemen in sich. Zum einen parkt er die Langzeitarbeitslosen in einem arbeitsähnlichen Umfeld, ohne sie tatsächlich fit zu machen für den ersten Arbeitsmarkt; zum anderen hat er erhebliche Verdrängungseffekte auf den ersten Arbeitsmarkt – das ist von verschiedenen Rednern schon angesprochen worden.

Nicht umsonst übt deshalb das ifo-Institut erhebliche Kritik an der Ausweitung der Bürgerarbeit, und dieser Kritik schließen wir uns voll und ganz an.

(Beifall des Abg. Tino Günther, FDP)

Auch die Begrenzung der Bürgerarbeit auf bestimmte Personengruppen, wie es im Antrag der GRÜNEN vorgeschlagen wird, oder auf bestimmte Regionen führt nicht weiter; zumindest ist sie nicht zielführend. Wenn ich mir anschaue, wo es mit der Langzeitarbeitslosigkeit im Freistaat hapert – die Stadt Leipzig ist schon angesprochen worden, auch die hohe Arbeitslosenrate; ich kenne das vor Ort –: Wir werden dem Thema Langzeitarbeitslosigkeit in Sachsen nicht beikommen, wenn wir in einzel-

nen Kleinstädten des Freistaates irgendwelche Projekte machen. Für die Lösung dieses Problems sind andere Maßnahmen erforderlich.

Wir haben in der gestrigen Debatte über Jugendarbeitslosigkeit bereits mitbekommen, dass wir erfreuliche Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt haben; das ist auch in der gestrigen Regierungsdebatte deutlich geworden. Auch hier zeigt sich, dass wir in Sachsen in Zukunft einen Arbeitskräftebedarf haben werden, und zwar nicht nur bei den Schulabgängern, sondern allgemein. Deswegen ist der Königsweg die Integration dieser Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt, weil wir sie aufgrund der demografischen Entwicklung alle in absehbarer Zeit im ersten Arbeitsmarkt benötigen werden.

Auch hierzu hat die FDP, wie ich es schon des Öfteren in diesem Hause vorgetragen habe, ihre Vorstellungen kundgetan. Wir haben ganz klar gesagt, dass nach unserer Auffassung ein Nebeneinander zwischen Erwerbseinkommen und Transfereinkommen in Zukunft unverzichtbar sein wird. Das ist der richtige Weg: ein dauerhaftes Nebeneinander von Erwerbs- und Transfereinkommen genau für die Personengruppen, für die es schwer ist, unter marktwirtschaftlichen Bedingungen eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt zu finden. Wir halten es für viel sinnvoller, durch ein Nebeneinander von Transfer- und Arbeitseinkommen eine Integration dieser Personengruppen in den ersten Arbeitsmarkt zu bewirken, als sie irgendwo in einem zweiten Arbeitsmarkt in den Bereich Bürgerarbeit abzuschieben.

(Beifall des Abg. Tino Günther, FDP)

Wir haben als FDP vor vielen Jahren schon Modelle vorgelegt, wie dies gemacht werden kann. Wir haben für eine flächendeckende Einführung eines Bürgergeldes, einfach abgewickelt durch eine negative Einkommensteuer beim Finanzamt, plädiert, was dazu führen würde, dass die Vielzahl von Transferleistungen, die wir heutzutage in Deutschland haben, abgefordert werden könnte – was ein erheblicher Beitrag zum Bürokratieabbau wäre. Dieses Modell, sehr geehrte Damen und Herren, empfehlen wir Ihnen heute erneut.

Vielen Dank.

(Beifall des Abg. Tino Günther, FDP)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wir gehen in die zweite Runde. Wird weiterhin das Wort von den Fraktionen gewünscht? – Das sieht nicht so aus. Dann bitte ich jetzt Herrn Minister Jurk.

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sachsen verzeichnete im letzten Monat 325 833 offiziell registrierte Arbeitslose. Damit liegt die Arbeitslosenquote erstmals seit zehn Jahren unter 15 %. Natürlich ist mir das immer noch viel zu hoch.

Aber mit einigem Stolz können wir feststellen, dass die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in Sachsen wie auch auf Bundesebene zunehmend Erfolge zeigt. Die Richtung stimmt. Unsere Betriebe haben wieder viele Aufträge und sie investieren. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt. All dies ist erfreulich.

Wir dürfen aber in unseren Anstrengungen um die Menschen, die ohne Arbeit sind, nicht nachlassen; denn wir sind uns einig darüber, dass wir in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik die älteren Langzeitarbeitslosen und Menschen, die aufgrund ihrer gesundheitlichen Probleme in ihrer Arbeitsfähigkeit beschränkt sind, nicht aus den Augen verlieren dürfen. Diese Klientel ist so groß, dass es den Trägern der Grundsicherung und der Bundesagentur für Arbeit bisher nicht zufriedenstellend gelungen ist, diese Betroffenen ausreichend zu erreichen. Hier setzt ein Handlungsstrang unserer Arbeitsmarktpolitik an. Er wird aus Landesmitteln und Fördermitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert, denn der Europäische Sozialfonds soll im Förderzeitraum 2007 bis 2013 mehr als bisher Maßnahmen finanzieren, die über die Förderung von Beschäftigung auch die soziale Eingliederung stärken.

Gerade bei den Benachteiligten im Sinne des Europarechts ist es wichtig, die Beschäftigungsfähigkeit wieder herzustellen bzw. zu erhöhen, um eine spätere Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Daneben soll auch eine vorübergehende Beschäftigung in sogenannten nicht marktfähigen Bereichen möglich sein. Entsprechende Projekte in gemeinwohlorientierten Bereichen sollten gemeinsam mit der örtlichen Wirtschaft entwickelt und umgesetzt werden, so wie wir das in Sachsen bisher praktizieren, zum Beispiel bei den Arbeitsgelegenheiten. So lassen sich unerwünschte wirtschaftliche Verdrängungswirkungen ausschließen. Zugleich entsteht Beschäftigung in gemeinwohlorientierten Bereichen, bei der der Einzelne seine Beschäftigungsfähigkeit verbessern kann. Die Träger solcher Projekte werden sich eng mit den anderen Arbeitsmarktakteuren abstimmen müssen, besonders mit den örtlich betroffenen Agenturen für Arbeit und den zuständigen Trägern der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Nur so kann eine rechtswidrige Doppelförderung vermieden werden, die letztlich dazu führen würde, dass der Freistaat Sachsen die erforderlichen ESF-Mittel in Brüssel nicht geltend machen kann. Ob wir das nun Bürgerarbeit nennen oder unter einen anderen Begriff packen, ist den Betroffenen, die einfach nur etwas tun wollen, letztlich völlig egal. Insofern liegen unsere Auffassungen sicher nicht allzu weit auseinander.

Was nicht geht, ist, dass der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – ich freue mich, dass noch eine Abgeordnete da ist –

(Michael Weichert, GRÜNE: Zwei!)

– Oh, Entschuldigung, Herr Weichert, Sie sind mir im Rücken.

– fordert, Bad Schmiedeberg zu kopieren, denn weder der Bund noch die Bundesagentur für Arbeit würden sich in Sachsen daran beteiligen. Sinn des Modellprojektes in Sachsen-Anhalt ist es ja gerade, Erfahrungen mit einer Modifizierung des Instrumenteneinsatzes zu gewinnen. Nach wie vor liegen uns keine Ergebnisse dazu vor. Der Modellversuch der Bundesagentur für Arbeit in Sachsen-Anhalt ist noch nicht abgeschlossen.

„Bürgerarbeit“ ist im Übrigen kein gesetzlich geschützter Begriff. Nach aktuellen Pressemeldungen – ich erinnere an die „DNN“ vom 21. Mai dieses Jahres – wird auch die Integration von Langzeitarbeitslosen durch die ARGE in Dresden als Bürgerarbeit bezeichnet. Dabei unterscheiden sich die Vorgehensweisen darin, dass in Dresden die ARGE die Maßnahmen allein aus ihrem Eingliederungsbudget finanziert, wie das Sozialgesetzbuch II dies auch ermöglicht. Außerdem dauern die Dresdner Maßnahmen höchstens elf Monate und sind nicht zeitlich unbegrenzt wie momentan in Bad Schmiedeberg.

Auch der Antrag der Linksfraktion.PDS zeigt keine Lösung auf. Die Idee, eine Kopplung aller Gelder, nämlich der Mittel aus der Arbeitslosenversicherung, der Bundes-ESF-Mittel, der Mittel aus dem Landeshaushalt und der Landes-ESF-Mittel, mag reizvoll sein. Der Bund hat aber klar gesagt, dass er dabei nicht mitmacht. Über die beitragsfinanzierte Arbeitslosenversicherung kann eine Landesregierung eben nicht verfügen. Daher ist dieser Vorschlag unrealistisch. Darüber hinaus kann er leicht Schaden auf dem sächsischen Arbeitsmarkt anrichten. Wenn die Linksfraktion.PDS vorsieht, dass die Beschäftigung auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhen soll, so ist zu erwarten, dass vielfach auch solche Teilnehmer gefördert würden, die mit ordentlichen Vermittlungsbemühungen in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden könnten. Wenn Sie das Programm zusätzlich auf 3 000 Stellen kontingentieren, werden Sie die Größe des Problems in unserem Land nicht beherrschen können. Ihr Vorschlag ist aber auch schon längere Zeit bekannt, und er wird nicht dadurch besser, dass man ihn immer wieder aufwärmt.

Es ist in der Debatte durch den Abg. Pecher deutlich geworden, dass Ihre Berechnungen auch ein wenig zielungenau sind. Wenn man die Kosten für das Land zwischen 7,2 Millionen und 21,6 Millionen ansetzt, so muss man sich ganz genau anschauen, dass es eher die Erwartung sein müsste und nicht das Verhandlungsgeschick, dass die Kosten bei 21,6 Millionen Euro liegen, denn Sie setzen bei dem Modell mit den geringeren Kosten für das Land voraus, dass die Kommunen pro Arbeitslosen pro Monat 1 200 Euro beisteuern. Da ist Ihre Anrechnung vielleicht schon viel näher an der Realität, wenn man von einem Anteil der Kommunen von 800 Millionen Euro ausgeht. Dann ist es etwa das, was die Leute an Arbeitslosengeld und Kosten der Unterkunft bekommen würden. Wie gesagt, diese Bandbreite macht deutlich, dass Ihr Vorschlag nicht zu Ende gedacht ist.

Wie Sie wissen, wird das Thema der gemeinwohlorientierten öffentlichen Beschäftigung auch auf Bundesebene diskutiert. Am 9. Mai dieses Jahres hat die Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt“ unter Leitung des Bundesministers für Arbeit und Soziales, Franz Müntefering, unter anderem die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für bundesweit 100 000 Personen in der laufenden Legislaturperiode vorgeschlagen. Dafür sollen die notwendigen gesetzlichen Grundlagen im II. Buch des Sozialgesetzbuches geschaffen werden. Der Freistaat Sachsen begleitet das aktiv, um passgenaue Lösungen für Sachsen, aber auch insgesamt für den Osten, zu gewinnen. Am Ende geht es auch darum, dass ein großer Anteil dieser 100 000 Plätze nach Sachsen geht.

Daneben werden wir in bewährter Kooperation mit den Agenturen für Arbeit und den Grundsicherungsträgern zielgerichtet Geld für Beschäftigungsmöglichkeiten dort einsetzen, wo Menschen auf absehbare Zeit keine Vermittlungschancen in den ersten Arbeitsmarkt haben. Damit wird es uns auch gelingen, die Beschäftigungssituation für benachteiligte Menschen zu verbessern.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Jetzt gibt es drei Schlussworte. Es beginnt die Koalition. Wird das gewünscht? – Bitte, Herr Brangs.

Stefan Brangs, SPD: Vollkommen überrascht, halte ich ein Schlusswort. Ich finde es sehr gut und wichtig, dass wir uns zu dem Thema austauschen, denn die Tragweite ist jedem hier im Hause bewusst. Wir müssen uns auch über Alternativen verständigen. Wichtig ist dabei, dass wir die Verantwortung für den Freistaat im Blick haben, und dabei müssen wir uns zu dem, was die Opposition an Einzelpunkten vorgelegt hat, deutlich abgrenzen. Das habe ich in meinen Wortbeiträgen gesagt. Deshalb können wir den Anträgen der Opposition, in dem Fall von den GRÜNEN und der Linksfraktion.PDS, nicht zustimmen.

Welches dieser Konzepte zuerst da war, Kollegin Lay, ist mir eigentlich gleich, wenn es vor allem in die richtige Richtung geht. Die richtige Richtung ist, dass man mehr Menschen in Sachsen Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt gibt, aber auch den Menschen, die über viele Jahre Perspektivlosigkeit erfahren haben, Angebote vermittelt. In dieser Diskussion befinden wir uns. Insofern war das eine wichtige Debatte. Wir lehnen die Anträge der GRÜNEN und der Linksfraktion.PDS ab und bitten um Zustimmung für den Antrag der Koalition.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Staatsministers Thomas Jurk)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die Linksfraktion.PDS, bitte. Frau Abg. Lay.

Caren Lay, Linksfraktion.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Brangs, klar, an Ihrer Stelle hätte ich auch gesagt, dass es

egal ist, welches Konzept zuerst da war, weil wir den Wettlauf um die Zeit gewonnen hätten. Ansonsten kann ich das Schlusswort kurz halten.

Ich habe eingangs schon gesagt, dass ich mich freue, dass Wind in die arbeitsmarktpolitische Debatte kommt, möchte an dieser Stelle aber noch einmal für den Antrag der Linksfraktion.PDS werben. Ich denke, dass wir ein gutes und durchgerechnetes Konzept vorgelegt haben, wenn wir 3 000 öffentlich geförderte Stellen in Sachsen mit einem existenzsichernden Lohn finanzieren und durchführen können. Dafür wäre es notwendig, dass der Bund sich bewegt und zulassen würde, dass aktive und passive Leistungen vom Bund und den Kommunen deckungsfähig gemacht werden. Das ist übrigens eine Position, die auch diejenigen vertreten, die das Konzept der Bürgerarbeit in Bad Schmiedeberg derzeit durchführen. Sie wissen selbst auch um die Grenzen ihres Konzeptes, und soweit ich informiert bin und Gespräche mit den Akteuren vor Ort geführt habe, würden sie eine Erweiterung ihres Konzepts zur Bürgerarbeit in dem Sinne, wie wir es in unserem Antrag vorgeschlagen haben, mittragen.

Insofern werbe ich für die Zustimmung zu unserem Antrag. Er ist eine sinnvolle Ergänzung zu dem, was die Koalition jetzt wahrscheinlich beschließen wird, den Antrag, in dem es lapidar heißt, dass weitere Dinge geprüft werden müssen.

Meine Damen und Herren, liebe Abgeordnete auch der Koalition! Ich denke, Sie können es sich nicht leisten, im Laufe dieser Legislatur nicht mehr hinzubekommen, für Langzeitarbeitslose ein entsprechendes Programm aufzulegen. Unser Antrag wäre hier eine gute Grundlage, um tatsächlich zu Ergebnissen zu kommen, und das noch in dieser Legislatur.

Vielen Dank.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die Fraktion der GRÜNEN. Frau Herrmann, bitte.

Elke Herrmann, GRÜNE: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich mache es kurz. Herr Morlok, Sie haben nicht verstanden, was ein Modellprojekt ist. Wenn Sie uns vorwerfen, wir würden in dem Modellprojekt ein Allheilmittel sehen, so ist das gerade nicht der Fall. Das ist ein Modell, und je nachdem, wie die Ergebnisse ausfallen, ist es auch möglich, dies auf Städte auszuweiten. Wir haben es beschränkt, so wie es in unserem Antrag steht, weil uns das zunächst sinnvoll erscheint. Wenn Sie sagen, dieses Modell würde Langzeitarbeitslosigkeit parken, dann lesen Sie bitte nach, an wen das gerichtet ist. Sie kommen mir vor wie jemand, der den Kopf in den Sand steckt und nicht wahrhaben will, dass es Menschen gibt, die keinen Weg auf den ersten Arbeitsmarkt mehr haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Genau für diese Menschen ist dieses Modellprojekt gedacht. Deshalb zieht auch Ihre Kritik an dieser Stelle nicht. Das Modellprojekt ist im Gegenteil ein Mittel, arbeitsmarktpolitische Instrumente noch einmal genau einzujustieren und zu sehen, welche man bei welchen Menschen ansetzen kann. Es ist durchaus möglich, dass es andere Modelle für andere Gruppen oder für andere Situationen gibt. Das ist überhaupt nicht ausgeschlossen.

Was in Bad Schmiedeberg ganz besonders auffällt, ist, dass die Arbeitsbereitschaft sehr hoch ist. Insofern ist der Ansatz, den die Linksfraktion.PDS hier gemacht hat, der unter Freiwilligkeit läuft, nicht der richtige. Gerade diese hohe Arbeitsbereitschaft und dieser Spaß an der Arbeit zeigt, dass die Menschen sehr dankbar dafür sind, dass sie Gelegenheit bekommen, wieder eine Arbeit zu finden.

Deshalb werben wir an dieser Stelle noch einmal für unseren Antrag. Bei dem Antrag der Koalition werden wir uns enthalten, weil er einfach nicht weit genug geht. Ein wiederholter Prüfauftrag ist uns zu wenig. Deshalb: Wenn überhaupt ein Prüfauftrag, dann verbunden mit einem Modell, nicht unbedingt mit unserem, sondern vielleicht mit einem anderen. So reicht es uns nicht.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

Elke Herrmann, GRÜNE: Ja, bitte.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Frau Abg. Lay, bitte.

Caren Lay, Linksfraktion.PDS: Verehrte Frau Kollegin! Sie haben ausgeführt, dass die Arbeitsbereitschaft in Bad Schmiedeberg – das hätte sich gezeigt – sehr hoch ist, dass sehr viele Menschen an dem Modellprojekt Bürgerarbeit teilnehmen wollen. Ist das nicht gerade ein Argument für unser Kriterium, dass diese Maßnahmen freiwillig sein müssen?

Elke Herrmann, GRÜNE: – Nein, das ist es gerade nicht. Nach meinem Verständnis ist es genau das nicht. Sie meinen ja, dass Sie die Freiwilligkeit brauchen. Ich sage, dass hier der Zwang überhaupt nicht schädlich ist, weil sich genau dadurch am Ende zeigt, dass die Leute das wollen. Deshalb ist es auch mit SGB II zu verbinden. Man kann damit gesetzeskonform sein.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Möchten Sie noch eine Zwischenfrage zulassen?

Caren Lay, Linksfraktion.PDS: Zu dieser Zeit eine Unterhaltung zu zweit ist vielleicht blöd. Aber wenn es doch jetzt schon mehr Bewerberinnen und Bewerber auf die Bürgerarbeitsplätze gibt, als es da überhaupt Bürgerarbeitsplätze gibt, ist dann der Zwang nicht gar überflüssig?

Elke Herrmann, GRÜNE: Das sehe ich nicht so. Da kann ich Ihnen einfach nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wir kommen jetzt zur Abstimmung, meine Damen und Herren. Ich beginne mit Drucksache 4/8177, das ist der Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD. Wer möchte die Zustimmung geben? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei einer Reihe von Stimmenthaltungen wurde dem Antrag mit großer Mehrheit zugestimmt.

Ich rufe auf Drucksache 4/8043, Antrag der Linksfraktion.PDS. Wer möchte die Zustimmung geben? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei einigen Stimmen dafür ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt worden.

Ich rufe auf Drucksache 4/7724, Antrag der Fraktion der GRÜNEN. Dazu liegt mir ein Änderungsantrag der NPD-Fraktion vor. Möchte der noch eingebracht werden? – Bitte, Frau Abg. Schübler.

Gitta Schübler, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Unser Änderungsantrag hat die Drucksache 4/8983. Wie ich aus der Diskussion gemerkt habe, ist das ein guter Kompromiss zwischen GRÜNEN und Linksfraktion.PDS.

Wir wollen mit diesem Änderungsantrag den Antrag der GRÜNEN konkretisieren und vorliegende Diskriminierungen, die bereits angesprochen worden sind, beseitigen. Die Diskriminierung sehen wir vor allem darin, dass nur Langzeitarbeitslose über 55 Jahre berücksichtigt werden sollen.

Das derzeitige Modell der Bürgerarbeit in Bad Schmiedeberg verringert in großen Bereichen die Lebens- und Erwerbsqualität der Menschen zum Teil dramatisch. Bei einem Einkommen von 675 bis 975 Euro pro Monat verschlechtert sich durch die zusätzlichen Ausgaben für viele Teilnehmer noch die finanzielle Situation. Kosten für Arbeitswege, Arbeitskleidung und Unterbringungskosten für Kinder müssen erst einmal aufgebracht werden. Kommen dann die Teilnehmer unter das Existenzminimum, dessen Höhe mit Hartz IV verglichen und unterschritten wird, stockt die ARGE den Betrag wieder auf. Auch bleibt bei dem derzeitigen Modell Bad Schmiedeberg außer Betracht, dass trotz der Tätigkeiten keinerlei Anwartschaften auf Rente oder Arbeitslosengeld bestehen. Dabei werden die Probleme der Langzeitarbeitslosigkeit und der bevorstehenden Altersarmut lediglich verschoben, in keiner Weise aber beseitigt.

Das Schmiedeberger Modell weist Lücken auf, die geschlossen werden müssen. Mit unserem Änderungsantrag findet eine Weiterentwicklung des derzeitigen Modells statt. Die Bürgerarbeit muss mindestens zwölf Monate betragen und sich an einem Einkommen orientieren, von dem die Menschen leben können, und die Bürgerarbeit muss für den Erwerb einer Anwartschaft auf Rente und ALG I geeignet sein. Es muss aber auch geeignet sein – das wurde heute auch schon angesprochen –, die Menschen zu motivieren. Das erreicht man einmal durch entsprechende Entlohnung und dann auch durch eine Tätigkeit, die die Menschen nicht über-, aber auch nicht

unterfordert, also unter Berücksichtigung der vorhandenen Qualifikation.

Langzeitarbeitslose als arbeitsunwillig oder arbeitsunfähig abzustempeln, die erst durch einfache Tätigkeiten wieder an einen Arbeitsprozess herangeführt werden müssen, zeigt, wer in diesem Lande welche Achtung für diese Bürger besitzt.

Ich fasse noch einmal zusammen. Wir möchten eine Mindestlaufzeit von zwölf Monaten, Einsatz unter Berücksichtigung der Qualifikation, Ausschreibung eines Mindestlohnes und volle Steuer- und Sozialpflichtigkeit.

Danke schön.

(Beifall bei der NPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gibt es zu diesem Antrag noch Diskussionsbedarf? – Herr Dr. Hahn, bitte.

Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS: Frau Präsidentin, wenn es wirklich der NPD bedurfte, um einen Kompromiss zwischen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Linksfrak-

tion.PDS zu finden, dann wäre es ziemlich düster hier im Landtag. Zum Glück ist das nicht der Fall. Aus dem Grunde werden wir den Antrag der NPD ablehnen.

(Dr. Johannes Müller, NPD:
Toller Beitrag, Kollege!)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gibt es weiteren Redebedarf? – Dann lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag der NPD in der Drucksache 4/8983. Wer gibt die Zustimmung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei wenigen Stimmen dafür ist der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Ich rufe auf die Drucksache 4/7724, Antrag der Fraktion der GRÜNEN. Wer gibt die Zustimmung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei wenigen Stimmen dafür ist der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Tagesordnungspunkt ist damit beendet.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 5

Keine Anrechnung von Geldgeschenken zur Jugendweihe, Konfirmation und anderen persönlichen Anlässen

Drucksache 4/8823, Antrag der Linksfraktion.PDS

Ich sehe schon eine Wortmeldung. Vielleicht können wir das Ganze verkürzen. Herr Dr. Hahn, bitte.

Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS: Frau Präsidentin! Der von Ihnen genannte Antrag verfolgt ja das Ziel, dass Geldgeschenke zur Jugendweihe, Konfirmation und anderen persönlichen Anlässen bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes II nicht angerechnet werden. Wir haben inzwischen vorsichtige Signale, dass diesem Anliegen Rechnung getragen werden soll. Wir wollen

natürlich der Koalition keine Chance geben, mit der Ablehnung unseres Antrages vielleicht die soziale Situation von Bedürftigen noch zu verschlechtern.

Aus diesem Grunde werden wir den Antrag für heute von der Tagesordnung nehmen.

(Beifall bei der SPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gut. – Dann schließe ich jetzt den Tagesordnungspunkt 5.

Tagesordnungspunkt 6

– Offensive zur Verpflegungsqualität an Schulen und Kindertagesstätten

Drucksache 4/5261, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD, mit Stellungnahme der Staatsregierung

– Leitlinien für eine gesunde Ernährung von Kindern und Jugendlichen in Kindertageseinrichtungen und Schulen

Drucksache 4/7757, Antrag der Linksfraktion.PDS, mit Stellungnahme der Staatsregierung

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von den Fraktionen abgesetzt, so dass ich auch diesen Punkt schließen kann.

Zum Tagesordnungspunkt 7 – vormals Tagesordnungspunkt 12 – hatte heute früh die NPD schon erklärt, dass

sie diesen Tagesordnungspunkt absetzt. Auch dieser Punkt ist geschlossen.

Auch der Tagesordnungspunkt 9 der Fraktion der GRÜNEN ist abgesetzt worden, sodass jetzt nur noch der folgende Tagesordnungspunkt bleibt:

Tagesordnungspunkt 7

Ministerpensionen erst ab 67

Drucksache 4/8829, Antrag der Fraktion der FDP

Es beginnt natürlich die FDP, danach CDU, Linksfraktion, PDS usw. Herr Abg. Zastrow; denken Sie daran, dass es der letzte Tagesordnungspunkt heute ist.

Holger Zastrow, FDP: Da kann ich mir ja Zeit lassen.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Damit wir dann in ein freundliches Wochenende gehen können.

Holger Zastrow, FDP: Lieber Herr Rößler, Sie können sich einmal herübersetzen, wenn Sie mich unterstützen wollen. Aufgrund von Krankheiten und einer Geburt ist meine Fraktion schon ein bisschen reduziert.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Staatsministerin Helma Orosz: Die Fraktion?)

– Die Fraktion, da gibt es übrigens auch noch weitere positive Nachrichten.

(Rita Henke, CDU: Von der FDP?)

– Ja, aber die erzähle ich nicht hier.

(Staatsministerin Helma Orosz:
Ist noch jemand schwanger?)

– Ja, schon wieder positive Nachrichten.

(Heiterkeit)

Es ist jemand in froher Erwartung, sagen wir es so.

„Der demografische Wandel, meine Damen und Herren, verändert unser Land. Dieser Wandel muss in unseren Köpfen beginnen. Frisches Denken für Sachsen ist gefragt, kreative und unorthodoxe Ideen. Allen voran müssen Regierung und Verwaltung umdenken.“

Das sagte unser Ministerpräsident beim 2. Sächsischen Demografie Gipfel am 8. November 2006 hier in Dresden. Im veröffentlichten Text dieser Rede sind die Worte „Verwaltung und Regierung“ fett hervorgehoben. Um dieses frische Denken, wie es Herr Milbradt geschildert hat, geht es uns mit unserem Antrag. Es geht um die von Georg Milbradt mit seinem Hinweis, dass zuallererst Regierung und Verwaltung und damit auch die Politik umdenken müssen, angesprochene Vorbildfunktion von uns allen.

Es ist, meine Damen und Herren, absolut richtig: Die Politik hat nicht nur die Funktion eines Motors für gesellschaftliche Veränderungen, die Politik ist auch der erste Adressat, wenn es darum geht, gesellschaftliche Veränderungen vorzunehmen.

(Beifall bei der FDP)

Nicht immer, meine Damen und Herren, ist es möglich, aber manchmal haben wir die Chance, mit gutem Beispiel voranzugehen und so um mehr Verständnis für politische Entscheidungen zu werben. Manchmal haben wir selbst die Möglichkeit, politisches Handeln und komplizierte Sachverhalte durch unser eigenes Tun in eine einfache und für jeden verständliche Sprache zu übersetzen. Am leichtesten können wir es dann, wenn es um Dinge geht, die unsere eigene Stellung als Politiker in dieser Gesellschaft betreffen.

Dazu gehören natürlich alle Regelungen, die unsere eigenen Bezüge und unsere Altersversorgung betreffen. Es ist klar, dass all das, was wir dazu entscheiden, von jedem Bürger in diesem Land einem Vergleich unterzogen wird, nämlich dem Vergleich: Was bekomme ich als Otto Normalverbraucher und was bekommt ein Politiker?

Welche Rahmenbedingungen schaffen sich die Politiker selbst und welche Rahmenbedingungen schafft die Politik für uns Bürger? Es ist logisch, dass viele Politiker die Debatten dazu ungerecht finden.

(Dr. Fritz Hähle, CDU: Wir haben gute
Rahmenbedingungen geschaffen! –
Allgemeine Unruhe im Saal)

Meine Damen und Herren, hören Sie mir einfach zu.

(Zuruf von der CDU: Nö, das ist einfach zu platt!)

Wahrscheinlich

(Dr. Matthias Rößler, CDU: Wie in der Kneipe! –
Anhaltende Unruhe im Saal)

sind Sie es auch.

Bisher, meine Damen und Herren, habe ich überhaupt noch nichts dazu erzählt, also hören Sie mir, bitte, einfach zu!

(Dr. Fritz Hähle, CDU: So einfach ist das nicht! –
Heinz Lehmann, CDU: Es fällt schwer!)

Ich glaube sogar, dass diese Debatte ungerecht ist. Zumeist sind wir Politiker in einer Minderheit. Wir sind aber dafür meist im Unterschied zu allen anderen, über die diskutiert wird, sehr öffentlich. Außerdem hat noch niemand einen juristisch und moralisch tragfähigen Ausweg aus dem Dilemma gefunden, dass wir es nun einmal selbst sind, die über unsere eigenen Bezüge und auch über unsere eigene Altersversorgung entscheiden und sie festlegen müssen.

(Dr. Fritz Hähle, CDU: Verfassungsgericht!)

Trotzdem denke ich, dass wir uns dem Vergleich mit der Lebenssituation unserer Bürgerinnen und Bürger stellen müssen und auch stellen sollten. Denn dieses Vergleichen entscheidet maßgeblich mit über Akzeptanz und Nichtakzeptanz von politischen Entscheidungen, die wir treffen, innerhalb der Bevölkerung.

(Beifall bei der FDP)

Ich denke, dass dieser Vergleich auch für uns als Politiker immer noch der beste Gradmesser für unser politisches Tun ist.

Dabei bin ich mir im Übrigen sicher, dass es bei den meisten Bürgern durchaus Verständnis dafür gibt, dass jemand, der in herausragenden politischen Funktionen an der Spitze unseres Landes, beispielsweise als Landtagsabgeordneter oder eben auch als Minister, tätig ist, eine dieser Tätigkeit angemessene und wahrscheinlich über dem Durchschnitt eines normalen Bürgers in Sachsen liegende Einkommenssituation haben muss, meine Damen und Herren.

Frust, Unverständnis und eine Art Politikverdrossenheit entstehen in der Folge immer erst dann, wenn dieser Vergleich in irgendeiner Weise aus den Fugen gerät, wenn die Bürger das Gefühl haben, dass sich da eine Regierung, ein Parlament über ihr eigenes Volk stellt. Oder wenn man das Gefühl hat, dass die Politik Wasser predigt und selber Wein trinkt, meine Damen und Herren.

Wenn die Politik von den Bürgern fordert: ihr, liebe Bürger, sollt den Gürtel enger schnallen, dann ist es eben nur recht und billig, dass wir Politiker bei uns selbst anfangen und mit gutem Beispiel vorangehen. Wenn die Politik ganz konkret beschließt, dass die Menschen in diesem Land künftig bis zum Alter von 67 Jahren arbeiten müssen, dann ist es eben nur recht und billig, dass diese Altersgrenze auch für die Politiker selbst gilt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Wir sprechen heute noch nicht über die Neuregelung der Diäten im Sächsischen Landtag. Auch wenn wir als FDP, das wissen Sie, diesen Gesetzentwurf in weiten Teilen ablehnen, so hat er trotzdem einen Punkt – das kann ich heute schon vorwegnehmen – richtig angefasst. Denn er hat die schrittweise Anhebung des Mindestanspruchsalters auf eine lebenslange Rente für Abgeordnete auf 67 erhöht bzw. wird es, wenn wir diesen Gesetzentwurf verabschieden, auf 67 erhöhen.

Aber es gibt eine Stelle, an der über eine Anpassung des Rentenalters und der Regelung zur Altersversorgung noch nicht gesprochen worden ist, nämlich über die Altersversorgung unserer eigenen Minister. Ich denke, es ist höchste Zeit, dies heute hier das erste Mal seit nunmehr 16 Jahren zu tun, meine Damen und Herren.

Wenn wir uns die Ministerpensionen in Sachsen anschauen, erkennen wir schnell zwei Baustellen. Die erste heißt Mindestamtszeit. Schon nach vier Jahren im Amt erwirbt ein Staatsminister den Anspruch auf eine lebenslange

Rente. Genau genommen sind es nicht einmal vier Jahre. Denn was vielleicht gar nicht jeder weiß: Das vierte sächsische Ministerjahr zählt in Sachsen komischerweise nicht 365 Tage, sondern nur 274 Tage. Diese Rechnung kennen Sie aus dem normalen Leben nicht. Deswegen wollte ich das hier noch einmal verdeutlichen.

Aber ich will überhaupt nicht kleinlich sein, doch ich frage Sie schon: Wieso hat eigentlich ein Minister in Sachsen bereits nach vier Jahren einen Anspruch auf eine Altersversorgung

(Zuruf der Abg. Gesine Matthes, CDU)

und nicht erst nach dem Ablauf einer kompletten Legislaturperiode, die, wie Sie wissen, fünf Jahre dauert?

Ich will Ihnen auch sagen, woran das liegt. Das liegt schlichtweg daran, dass das Gesetz zu einer Zeit gemacht worden ist, als wir in Sachsen noch eine vierjährige Legislaturperiode hatten. Man hat einfach vergessen, als die Legislaturperiode hier in Sachsen auf fünf Jahre erhöht worden ist, diese Anwartschaft auf diese fünf Jahre zu erhöhen.

Sie erinnern sich: Das ist genau derselbe Fall, den wir hier vor rund zwei Jahren hatten, als es um die Altersentschädigung für uns als Abgeordnete gegangen ist. Hier wurde die Anwartschaft von acht auf nunmehr zehn Jahre auch erst 2005 angehoben; übrigens, daran erinnern Sie sich sicher, erst nach ziemlich energischem Drängen unserer Fraktion.

Auch damals hatte man schlichtweg vergessen, die Regelung an die neue Länge der Legislaturperiode anzupassen. Wir wollen heute mit unserem Antrag diesen Makel ausmerzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Die zweite Baustelle ist leider etwas umfangreicher. Wie man beim Betrachten des Ministergesetzes schnell feststellen kann, ist Sachsen wirklich spitze. Sachsen ist richtig spitze, zum Beispiel wenn es um unsere Wirtschaft geht, wenn es um unsere Kinderbetreuung geht, aber auch wenn es um unsere Ministerbetreuung geht, meine Damen und Herren.

(Lachen der Abg. Gitta Schübler, NPD)

Anders als der Bund bzw. die Bundesregierung oder es in den meisten sächsischen Unternehmen üblich ist, zahlen wir zum Beispiel unseren Ministern immer noch ein relativ ordentliches Weihnachtsgeld. Sie wissen sicherlich noch, dass ein entsprechender Streichungsantrag im Rahmen der letzten Haushaltsdebatte abgelehnt worden ist. Dieser Antrag kam damals von unserer Fraktion.

Vor allem aber reichen in Sachsen acht Jahre – natürlich hartes und von Entbehrungen gezeichnetes Ministerdasein –, um einen Anspruch von monatlich 5 039,12 Euro zu erwerben. Für acht Jahre Berufsleben – mein lieber Scholli! – ist das eine sehr ordentliche Summe. Dafür müsste ein vergleichbarer sächsischer Arbeitnehmer, wenn er überhaupt so viel wie ein Minister verdienen

würde, 103 Jahre in die Rentenkasse einzahlen. Das sollten Sie sich einmal vergegenwärtigen.

(Zuruf des Abg. Dr. Fritz Hähle, CDU)

Aber ich will, lieber Herr Hähle, überhaupt nicht über die Höhe sprechen, weil mir schon klar ist, dass auch ein Minister eine vernünftige Pension bekommen will. Um diesen Punkt geht es uns hier gar nicht. Für uns ist problematisch, dass man diesen Rentenanspruch bereits nach absolvierten acht Jahren Amtszeit ausbezahlt bekommen kann, und zwar egal, welches Lebensalter man aktuell gerade hat.

(Johannes Lichdi, GRÜNE:
Haben Sie die Begründung gelesen?)

Man bekommt dieses Geld nicht erst, wenn man wie ein normaler Arbeitnehmer 67 Jahre geworden ist, sondern man bekommt es auch, wenn man zum Beispiel Mitte 40 ist und bereits acht Jahre Ministerzeit hinter sich hat. Wer diese acht Jahre übrigens nicht schafft und nur Minister zwischen vier und acht Jahren gewesen ist, also in andert-halb Legislaturperioden gewirkt hat, erwirbt einen Rentenanspruch, den er sich bereits im Alter von 55 Jahren auszahlen lassen kann. Auch das sind – nur zur Erinnerung – 12 Jahre früher, bevor ein normaler Arbeitnehmer in Sachsen seine Rente bekommt, meine Damen und Herren.

Nicht, dass wir uns falsch verstehen: Ich gönne jedem Minister, der in Sachsen eine wertvolle Arbeit für dieses Land leistet bzw. geleistet hat – das ist bei den allermeisten eindeutig der Fall – seine Rente. Aber sehen zum Beispiel unsere Minister Stanislaw Tillich und Steffen Flath in irgendeiner Weise alt aus?

(Zuruf des Staatsministers Steffen Flath)

Aus meiner Sicht machen beide noch einen richtig frischen Eindruck, auch wenn Herr Tillich heute früh in der Aktuellen Debatte, wenn ich das richtig gehört habe, erklärt hat, dass seine Zeit ablaufen würde. Ich bin mir trotzdem sicher, dass beide Minister viel zu jung sind, um bereits in Rente zu gehen. Wie Sie vielleicht wissen, könnten das beide Minister – obwohl Herr Flath gerade erst sein 50. Jubiläum gefeiert hat und Herr Tillich bis dahin noch ein paar Monate Zeit hat – bereits.

(Staatsminister Steffen Flath:
Ich darf noch kommen?)

Und zwar genau am 26. Oktober dieses Jahres, denn dann sind beide genau acht Jahre im Amt. Das wäre eine verdammt junge Rentnerschaft, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Dr. Mathias Rößler, CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin mir natürlich sicher, dass beide noch sehr viel vorhaben. Lieber Herr Flath, ich drücke Ihnen – Ihnen ganz ausdrücklich – für einiges von dem, was Sie noch vorhaben, kräftig die Daumen.

(Staatsminister Steffen Flath: Das ist schon was!)

Die Beispiele unserer beiden Minister zeigen sehr deutlich, wie unzeitgemäß und überholt das sächsische Ministergesetz in diesem Punkt ist. Klar ist auch, dass kein Bürger solche – es tut mir leid – übertriebenen Sonderregelungen für gerechtfertigt hält, und aus meiner Sicht, meine Damen und Herren, sind sie auch nicht gerecht.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg.
Johannes Lichdi, GRÜNE)

Ich bin nicht der Erste,

(Rita Henke, CDU: Aber auch nicht der Letzte! –
Zuruf des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

der das erkannt hat. – Herr Lichdi, Ihre Stimme ist zu hell. Wenn Sie laut sprechen, wird diese immer heller und hohe Töne hört man schlecht. Sie müssen ans Mikrofon gehen!

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP –
Zurufe von den GRÜNEN)

– Das ist Ihr Problem. Ich habe das nicht, das wissen Sie aber.

(Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE:
Hohe Töne hört man nur im Alter schlecht!)

Ich bin nicht der Erste, der diese Ungerechtigkeit erkannt hat, sondern wir haben ein großes Vorbild. Es ist unsere Bundesregierung. Die Bundesregierung hat erst am 31. Januar 2007 im Bundeskabinett beschlossen, die Altersgrenze für Minister von 55 Jahren auf 65 Jahre und dann schrittweise, und zwar im Gleichschritt mit der normalen Anhebung, die auch jeder Arbeitnehmer erfährt, das Rentenalter auch für Minister auf 67 Jahre anzuheben. Ein entsprechender Gesetzentwurf, meine Damen und Herren, liegt dem Bundestag seit April vor. Interessant finde ich dabei, was ich dazu in der Begründung zum Gesetz lesen kann.

Darin heißt es: „Die angesichts der demografischen Entwicklung schwierige Situation der Alterssicherungssysteme erfordert einen Beitrag von den Mitgliedern aller Alterssicherungssysteme. Dies erfolgt in der gesetzlichen Rentenversicherung und ebenso in der Beamtenversorgung.“

(Zuruf des Abg. Dr. Dietmar Pellmann,
Linksfraktion.PDS)

Vor diesem Hintergrund steht der weitere Beitrag der obersten politischen Leitungsebene des Bundes für ihr Alterssicherungssystem. Herr Dr. Pellmann, Sie haben recht, ich bin der Meinung, dass das für alle Alterssicherungssysteme gelten muss.

Meine Damen und Herren! Es geht darum, dass sich einzelne Gruppen – nicht Politiker, auch nicht Minister – nicht aus dieser Solidarität ausklinken und für sich selbst Sonderregeln schaffen. Gerade wir als Politiker haben die verdammt Pflicht, Vorbild zu sein, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP)

Interessant ist aus meiner Sicht in diesem Zusammenhang auch das Interview, das ich von Innenminister Wolfgang Schäuble am 4. Februar zu diesem Thema in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ gelesen habe. Er hat sich dazu sehr ausführlich geäußert. Ein Zitat fand ich besonders bemerkenswert, denn er hat gesagt: „Auch in Zukunft, also nach der Änderung des Ministergesetzes, wird kein Minister ins Bodenlose fallen.“

Meine Damen und Herren! Ich denke, dass Gleiche gilt auch für Sachsen, wenn wir in Sachsen ebenso handeln, wie es Berlin längst gemacht hat. Ich fordere Sie auf, dass wir in dieser Angelegenheit, und zwar völlig unaufgeregt, dem Vorbild der Bundesregierung folgen, und bitte Sie hiermit um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Das war die einreichende Fraktion, vertreten durch ihren Fraktionsvorsitzenden. Für die CDU ist kein Redner gemeldet. Für die Linksfraktion.PDS spricht Herr Dr. Pellmann. Bitte schön.

Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion.PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ganz offensichtlich hat die FDP-Fraktion heute diesen Tagesordnungspunkt als den wesentlichsten und wichtigsten auserkoren und er passt zu Recht an den Schluss der Tagesordnung einer Freitagabendsitzung.

Man könnte nach der euphorischen Rede des Kollegen Zastrow wirklich den Eindruck gewinnen: Die Welt hat auf diesen, nur auf diesen Antrag gewartet!

(Vereinzelt Beifall bei der Linksfraktion.PDS
und den GRÜNEN)

Kollege Zastrow, ich würde verstehen und mich darüber freuen, wenn Sie in derartiger Euphorie nur einmal die Gerechtigkeitskeule, die Sie hier gerade geschwungen haben, für eine Besserung der Lage der über 500 000 von Hartz IV Betroffenen einsetzen würden.

(Vereinzelt Beifall bei der Linksfraktion.PDS,
der SPD und den GRÜNEN –
Widerspruch bei der CDU)

Sie hatten – ich will keine Werbung für Zeitungen machen – zwei Schlagzeilen für Ihren Antrag. Das hätte ausgereicht.

Was die Haltung meiner Fraktion zu diesem Antrag betrifft, so kann ich sagen: Wir könnten die Sache mit großer Gelassenheit betrachten, denn wir haben keinen Minister, wir müssten also niemandem aus den eigenen Reihen irgendwo zu nahe treten, und insofern könnten wir Ihrem Antrag zustimmen. Ich will aber auch eines sagen: Trotz Koalitions- und Regierungskrise in Sachsen ist in absehbarer Zeit vielleicht nicht zu erwarten, dass wir

demnächst einen Minister haben werden, aber man sollte nie „nie“ sagen.

(Zuruf des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

– Aber auch in den nächsten Monaten erwarte ich das nicht. Meine Fraktion möge mich dann kritisieren, wenn ich diese Vorhersage zu pessimistisch getroffen habe. Aber trotz alledem empfehle ich – –

(Zuruf des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

– Lieber Herr Lichdi, wir kommen, glaube ich, noch vor Ihnen dran!

(Zurufe von den GRÜNEN – Michael Weichert,
GRÜNE: Darauf würde ich nicht wetten!)

Ich möchte meiner Fraktion aus drei Gründen, die ich Ihnen nicht ersparen möchte, die Stimmenthaltung zu diesem Antrag empfehlen.

Der erste Grund: Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind für Gleichbehandlung und wir sind generell – das habe ich hier mehrfach und deutlich genug gesagt – gegen eine Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS
und des Abg. Karl Nolle, SPD)

Insofern wäre es auch gegenüber der Ministerriege ein Gebot der Ungleichbehandlung, wollten wir sie erst mit 67 dorthin schicken, nämlich in die Pension.

Das Zweite: Ich sehe bei Ihrem Antrag eine große Gefahr. Ich möchte Sie auf einen gewissen Klebeeffekt aufmerksam machen. Wollen Sie vielleicht mit diesem Antrag erreichen, dass Ministerinnen und Minister, nur um einen geordneten Übergang vom Ministergehalt in die Pension zu erlangen, wirklich bis 67 als Minister(in) arbeiten, weil sie an ihrem Sessel kleben? – So viel zum Thema Klebeeffekt. Wir wollen das nicht.

Das Dritte: Ich war immer der Auffassung, dass die FDP die Staatsregierung ernsthaft kontrollieren will.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Was? Nein! –
Zuruf von der FDP: Wieso?)

– Doch, doch; ich habe noch Hoffnung.

Aber genau mit diesem Antrag enttäuschen Sie mich. Sie geben der Staatsregierung auf, sie möge ein Gesetz in Ihrem Sinne erarbeiten. Verehrte FDP, ich denke, das ist unredlich.

(Rico Gebhardt, Linksfraktion.PDS:
Das machen die immer so!)

Ich hätte schon erwartet, dass Sie uns heute – oder von mir aus demnächst – ein eigenes Gesetz in dieser Richtung vorlegen; denn ich kann doch die Staatsregierung überhaupt nicht richtig dazu beauftragen. Sie ist doch befangen. Glauben Sie ernsthaft, dass sie hineinschreiben würde: „eine wesentliche Anhebung des Pensionseintrittsalters“?

(Tino Günther, FDP:

Die Berliner machen es doch!)

Da wäre ich doch sehr skeptisch. Lieber Herr Zastrow, ich kann Ihnen nur empfehlen: Machen Sie ein eigenes Gesetz. Wir haben demnächst Sommerpause. Es hat nun so lange gedauert, da kommt es auf zwei Monate auch nicht mehr an. Wenn das Gesetz in Ordnung ist, kann ich Ihnen versprechen, werden wir diesem Gesetz selbstverständlich zustimmen.

Ihrem Antrag, der heute in die Freitagabendstunde passt, können wir nur mit Stimmenthaltung begegnen.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Die SPD-Fraktion hat ebenfalls keinen Redebedarf mehr signalisiert. – Als Nächster spricht Herr Petzold, NPD-Fraktion.

Winfried Petzold, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aus der Sicht der NPD-Fraktion sind zu diesem Antrag der FDP einige Ausführungen nötig.

Wenn die NPD bisher keinen solchen Antrag gestellt hat, dann natürlich aus nahe liegenden Überlegungen; denn wir mussten in diesem Fall von der hundertprozentigen Gewissheit ausgehen, dass das Hohe Haus einen solchen Antrag bei wenigen Gegenstimmen mit großer Mehrheit abgelehnt hätte. Dennoch scheint es der NPD-Fraktion nachvollziehbar, die Altersversorgung aufzugreifen, aber nicht in der hier dargebotenen Form, meine Damen und Herren.

Angesichts der sozialen Einschnitte, die genau diese Landes- und Bundesregierung einem großen Teil des deutschen Volkes zumuten, kann ein solches Regelwerk zur ministeriellen Altersversorgung nicht anders als dreist und schamlos bezeichnet werden. Dieser Antrag ist zutiefst unredlich, weil die FDP in Sachsen wohl nicht in die Verlegenheit kommen wird, einige Minister zu stellen und so Gefahr liefe, mit diesem Antrag eigene Pfründe zu begrenzen.

Mit dieser Einschätzung stehen wir nicht allein da. Sie wird überall da von Ihren eigenen Parteigenossen geteilt, wo man selbst Minister stellt. Es ist noch gar nicht lange her, als sich der baden-württembergische FDP-Justizminister Ulrich Goll gegen eine Kürzung bei Ministerpensionen aussprach. – Kein Wunder, wer lässt sich schon gern seine eigenen Bezüge kürzen? Herr Goll warf Bundeskanzlerin Angela Merkel sogar vor, dass diese mit ihrer Anhebung der Regelaltersgrenze von Ministern, auf die Sie sich hier beziehen, blanken Populismus betreibe. Wortwörtlich sagte er: „Um von ihren eigenen Fehlern abzulenken, redet sie populistisch über Ministerpensionen“.

Wir werden diese parteiinternen Abstimmungsschwierigkeiten auch Ihren Wählern auf die entsprechende Art vermitteln. Immer wieder werden wir darauf hinweisen, dass ein durchschnittlicher Arbeitnehmer nach 45 Jahren ehrlicher Arbeit eine Rente von 1 175 Euro zu erwarten

hat, ein Bundesminister aber schon nach zwei Dienstjahren mit 60 ein Anrecht auf 1 965 Euro erwirbt. Bleibt er länger im Amt, steigen die Pensionsansprüche sprunghaft an – bis zur Höchstgrenze von sagenhaften 9 168 Euro, in D-Mark etwas über 18 000.

Ohne falsche Neidreflexe bedienen zu wollen, würden wir gern, wie im „Weltnetz“, von einer parasitären Elite sprechen, wenn wir nicht in diesem Zusammenhang den Begriff der Elite ablehnen müssten. Wenn die Ressortverantwortlichen eine Politik zustande brächten, die den Menschen Arbeit, Einkommen, Würde und Heimatstolz vermittelt, hätten sie sich durchaus eine am Volkseinkommen gemessene Pension erarbeitet. Es kann und darf jedoch nicht sein, dass sich sogenannte Demokraten ihre steuergeldfinanzierten Bezüge ständig selbst erhöhen, während Teile des deutschen Volkes von bescheidenen 345 Euro im Monat leben müssen.

(Beifall des Abg. Peter Klose, NPD)

Damit diese Pension wenigstens geringer ausfällt, weil sie später ausgezahlt wird – statt 55 erst mit 65 Jahren und später ab 67 Jahre; und nach einer Amtszeit von acht Jahren nicht mehr sofort mit Ende der Dienstzeit –, stimmen wir dem Antrag der FDP allerdings zu.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Die Fraktion der GRÜNEN; Herr Lichdi, bitte.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Nachdem Kollege Zastrow den Abend schon gebührend eingeleitet hat, hat Kollege Petzold – ich möchte Sie aber nicht vergleichen – diesen komischen Antrag zum Anlass genommen, seine grundsätzlichen Ablehnungen des demokratischen Systems in populistischer Weise mit seinen absurden Parolen zu begründen. Mir fällt dazu nur ein, dass die Bonzen des NS-Regimes auch dafür bekannt geworden sind, dass sie sich das Volkseinkommen, das sie hier so beklagen, in Größenordnungen selbst in die Taschen gesteckt haben.

(Widerspruch bei der NPD – Gitta Schüßler, NPD:
Welche Parolen waren denn das?)

Ich erinnere mich da an – – Na gut, okay.

Zum Antrag der FDP: Ich kann die FDP beglückwünschen. Sie haben wieder einmal ein gutes Korn gefunden, Sie haben es auch in entsprechend guter Weise medial ausgewertet, und Herr Zastrow hat seine gesamte Redezeit dafür aufgespart und uns dann damit gelangweilt, eine klare Sache über 13, 14 Minuten zu begründen. Es ist völlig klar: Es ist nicht erträglich und niemandem darstellbar, dass ein Minister ab 55 Jahren bereits Rente kassiert und der normale Bürger auf der Straße bis 67 arbeiten soll und danach erst – in wesentlich kleineren Größenordnungen – Rente bekommt. Von daher ist natürlich das Anliegen Ihres Antrages vollkommen richtig und wir werden ihm deswegen auch zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Andererseits möchte ich mich auch der Kritik des Kollegen Pellmann anschließen, der sagt: Dann legen Sie doch bitte selbst einen Gesetzentwurf vor. – Es entspricht einfach Ihrem durchsichtigen populistischen Stil, der die Arbeit scheut. Dann machen Sie sich doch die Arbeit! Ich weiß, Sie haben es nicht getan, da die Frage der gesetzlichen Übergangsregelungen, die aus verfassungsrechtlichen Gründen notwendig sind, äußerst diffizil ist.

(Antje Hermenau, GRÜNE: So ist das!)

Diese schafft natürlich eine kleine Fraktion nicht. Na gut. Dann finden Sie diesen populistischen Ausweg. Sie wären aber noch glaubwürdiger gewesen, liebe FDP-Fraktion, wenn Sie vorgestern unserem Gesetzentwurf zur Offenlegung der Einkünfte von Abgeordneten zugestimmt hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN und
der Linksfraktion.PDS)

Da habe ich allerdings von Ihnen ein derartiges Engagement nicht erlebt, sondern ich habe vielmehr den Kollegen Dr. Martens erlebt, der sinnigerweise mit juristischen Argumenten, die ich allesamt für widerlegt halte, begründet hat, warum die FDP-Fraktion nicht zustimmen könne. Also, mir scheint dort die Ehrlichkeit auf die Sektoren der Politik begrenzt zu sein, an denen man gerade nicht unmittelbar beteiligt ist. Das hätte sozusagen Ihrem Antrag doch noch etwas mehr Schwungkraft verliehen.

(Heiterkeit der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Sei es, wie es sei: Sie haben den richtigen Punkt getroffen, deshalb werden wir Ihrem Antrag zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke. – Herr Dr. Metz spricht für die Staatsregierung.

Dr. Horst Metz, Staatsminister der Finanzen: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche in Stellvertretung des Justizministers, denn eigentlich hätte er heute hier sprechen müssen.

(Zuruf der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE –
Heiterkeit)

Die Fraktion der FDP ersucht die Staatsregierung mit ihrem Antrag, einen Gesetzentwurf zur Neuregelung des Ruhegehalts von Mitgliedern der Staatsregierung vorzulegen. – Es ist schon darauf hingewiesen worden: Ein Gesetzentwurf der FDP hätte ja auch kommen können. – Durch diesen soll zum einen die Altersgrenze für den Bezug von Ruhegehalt schrittweise von 55 auf 67 Jahre angehoben werden. Zum anderen soll die für die Pensionsberechtigung erforderliche Mindestamtszeit von knapp vier Jahren nunmehr auf fünf Jahre erhöht werden.

Die mit dem Antrag beabsichtigte Gleichbehandlung von Mitgliedern der Sächsischen Staatsregierung mit sächsischen Beamten und Arbeitnehmern in Bezug auf die Altersgrenze für den Bezug von Ruhegehalt ist ein legiti-

mer Zweck. Allerdings existieren solche Altersgrenzen derzeit noch nicht. Für Arbeitnehmer ist, wie Sie wissen, bundesweit eine schrittweise Erhöhung der Regelaltersgrenze erst ab dem Jahr 2012 vorgesehen und erst im Jahre 2029 wird das Ziel der Rente ab 67 erreicht sein.

Für die sächsischen Beamten prüft derzeit die Staatsregierung, wie man diese Regelung wirkungsgleich übertragen kann. Dabei werden auch die durch die Föderalismuskommission eröffneten Möglichkeiten einbezogen. Ziel der Staatsregierung, meine Damen und Herren, ist hierbei die Vorlage eines sachgerechten Gesamtkonzepts. Bei dieser Prüfung ist selbstverständlich auch zu berücksichtigen, welche Regelungen zum Beispiel auf Bundesebene und in den anderen Ländern getroffen werden.

Die gleiche sachliche Prüfung wie bei der Altersgrenze werden wir auch in Bezug auf die Altersversorgung der Mitglieder der Staatsregierung durchführen. Dabei müssen die Regelungen des Ministergesetzes zum Ruhegehalt im Zusammenhang mit den sonstigen Versorgungsansprüchen in eine Gesamtbetrachtung einbezogen werden, denn all diese Regelungen bilden ein in sich geschlossenes Alterssicherungssystem der Regierungsmitglieder, auf dessen Integrität eine Verlängerung zum Beispiel von Fristen und Wartezeiten erhebliche Auswirkungen haben kann.

Vor diesem Hintergrund, Herr Zastrow, wäre es nicht sachgerecht, punktuelle Änderungen vorzunehmen und den Gesamtzusammenhang der Regelungen zur Altersversorgung dabei außer Acht zu lassen. Im Versorgungsrecht ist eine isolierte Änderung von Einzelfaktoren wenig Erfolg versprechend und meiner Meinung nach auch nur begrenzt möglich. Sie birgt die Gefahr, ein in sich stimmiges Gesamtkonzept aus dem Gleichgewicht zu bringen. Eine Erhöhung sowohl der Altersgrenzen als auch der Mindestamtszeit für Mitglieder der Staatsregierung bedarf aller Voraussicht nach der Anpassung weiterer versorgungsrechtlicher Bestimmungen. Ob dies angezeigt ist und auf welche Weise dies geschehen kann und soll, ist daher meiner Meinung nach erst nach genauer Prüfung des gesamten Regelkomplexes zu entscheiden.

Lassen Sie mich noch eines feststellen: Die Staatsregierung ist zu jeder Zeit ihrer sozialen und politischen Verantwortung gerecht geworden. Sie hat in der Vergangenheit in Eigeninitiative die Einschnitte bei der Besoldung und Versorgung der Beamten stets wirkungsgleich auch auf die Mitglieder der Staatsregierung übertragen. Zuletzt war dies die Abflachung des Renten- und Versorgungsniveaus durch das Vierte Gesetz zur Änderung des Sächsischen Ministergesetzes, aber auch die erhebliche Reduzierung der Sonderzahlung im Beamtenbereich.

Ferner haben die Mitglieder der Staatsregierung seit 2002 auf jegliche Bezügerhöhung verzichtet. Auch das will ich hier mal ganz deutlich sagen.

Die Staatsregierung wird die derzeit diskutierten künftigen Einschnitte bei den Alterssicherungssystemen – wie auch in der Vergangenheit – analysieren und entsprechend initiativ werden. Dabei wird selbstverständlich ein fach-

lich ausgewogenes Konzept vorgelegt werden, das den Anforderungen Rechnung trägt, meine Damen und Herren.

Ein Wort an die FDP: Lieber Herr Zastrow, wer schnell schießt, schießt auch schnell über das Ziel hinaus. Das gilt für diesen Antrag in ganz besonderem Maße, denn um einen Schnellschuss handelt es sich bei diesem Antrag der FDP-Fraktion.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Meine Damen und Herren, gibt es daraufhin noch Redebedarf seitens der Fraktionen? – Das kann ich nicht sehen. Herr Zastrow, Sie haben das Schlusswort.

Holger Zastrow, FDP: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Lichdi, bloß weil Sie hier vorn nicht ruhig stehen können und immer herumzappeln, ist der Unterhaltungswert Ihrer Reden nicht höher.

(Heiterkeit – Beifall bei der FDP –
Klaus Tischendorf, Linksfraktion.PDS:
Er zappelt ja wenigstens noch! –
Weitere Zurufe von der Linksfraktion.PDS)

Ansonsten bin ich froh, dass ich zählen kann, wenigstens halbwegs.

Die Begründung dafür, warum wir, lieber Herr Lichdi, keinen eigenen Gesetzentwurf erarbeitet haben, hat Herr Metz eigentlich schon dargelegt: weil es eine komplizierte und zusammenhängende Materie ist.

(Zuruf des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Deswegen haben und hätten wir uns alle hier auch nicht schwergetan, die Staatsregierung zum Handeln aufzufordern. Alle Fraktionen – alle! – haben genau dasselbe nicht erst einmal getan. Erst letztens hat sogar die CDU/SPD-Koalition die Regierung aufgefordert, in irgendeiner Weise gesetzeshilfsinitiativ zu werden. Das ist keine Einmaligkeit der FDP-Fraktion, sondern das machen Sie alle mehr oder wenig häufig auch so.

Noch einmal zu der Frage des Zählens. Ich kann mich, lieber Herr Lichdi, mit meinen 16 Gesetzentwürfen, die wir, seitdem wir im Parlament sind, ganz gut sehen lassen im Vergleich zu zwölf Gesetzentwürfen, die Sie bisher geschafft haben. Deswegen lasse ich mir das von Ihnen, Herr Lichdi, ganz gewiss nicht vorhalten.

(Zuruf der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Weil ich zählen kann, lieber Herr Pellmann, ist mir eines klar: Ihre Zustimmung ist mir schlichtweg egal, ich brauche sie nicht.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Da bin ich aber gespannt!)

Sie kennen Ihr Schicksal doch. Sie sitzen doch schon lange genug hier im Parlament. Sie haben doch diese Erfahrung oft genug gemacht, liebe Kollegen von der Linksfraktion.PDS: Sie hatten hier in den letzten 15 Jahren nichts zu sagen und der Witz ist: Sie werden das noch weitere 15 Jahre so erleben! Es wird sich bei Ihnen nie ändern. Sie werden hier nie etwas zu sagen haben.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU –
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Seit 17 Jahren haben wir etwas zu sagen!)

Wenn ich Mehrheiten in diesem Parlament suche, lieber Herr Porsch, dann muss ich schon dorthin schauen, muss ich dorthin schauen, muss ich auch zu den GRÜNEN schauen, aber nicht zu Ihnen.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Haben Sie nicht gestern gesagt,
dass das die Wahlverlierer waren?)

Deswegen sage ich Ihnen ganz einfach – so arrogant bin ich an der Stelle –, lieber Herr Pellmann: Ihre Zustimmung, mit der immer gleichen billigen Polemik vorgebracht, die Sie jedes Mal am Freitagnachmittag hier an den Tag legen, brauche ich nicht.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Zastrow, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Holger Zastrow, FDP: Natürlich.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Natürlich. – Herr Porsch, bitte.

Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS: Herr Zastrow, erinnere ich mich richtig, dass Sie gestern die Koalition als die Koalition der großen Wahlverlierer bezeichnet haben?

Holger Zastrow, FDP: Ja.

Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS: Und können Sie mir jetzt sagen, warum Sie mit denen gemeinsame Sache machen wollen?

Holger Zastrow, FDP: Nein, ich – – Das ist jetzt – – Passen Sie mal auf, es geht mir jetzt richtig schlecht. Die Antwort fällt mir echt schwer.

(Heiterkeit)

Aber ich vermute, dass die SPD – 9,8 %, das ist nahezu unser Niveau – das nächste Mal besser werden wird. Sie wird besser werden. Sie wird leicht zulegen und dann ist sie Wahlgewinner. Bei der CDU waren es letztens 16 % Prozent.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Wir gewinnen seit 17 Jahren!)

Noch weiter nach unten, liebe Kollegen, kann es gar nicht gehen. Auch Sie werden zulegen. Deswegen denke ich

mir: Das werden das nächste Mal automatisch Wahlge-
winner sein. – Für Sie sieht das aber ganz anders aus.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Wir haben bis jetzt immer gewonnen!)

Für Sie, Herr Porsch, sieht es ganz anders aus.

(Dr. Johannes Müller, NPD: Dass das anders geht,
sieht man in Berlin, Herr Porsch!)

Wie hoch ist das Durchschnittsalter Ihrer Mitglieder?

(Beifall bei der FDP und der CDU –
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
So viele Mitglieder wie unser Durchschnittsalter
ist, haben Sie nicht einmal! – Heiterkeit)

Lieber Herr Porsch, das Problem ist: Sie verlieren aber.
Wir gewinnen. Das ist ein langer Weg, aber wenn ich in
Ihrem Alter bin, haben wir Sie längst überholt.

(Beifall bei der FDP)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Zastrow, es
gibt noch einmal ein Begehren von Herrn Porsch. Gestat-
ten Sie?

Holger Zastrow, FDP: Wenn Herr Porsch etwas begehrt,
bin ich immer bereit.

Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS: Herr
Zastrow, natürlich nicht. Sie glauben, Sie hätten noch
mehr Zeit. Aber Herr Zastrow, ist Ihnen entgangen, dass
die einzige Partei, die seit 1990 in diesem Landtag ist und
die bei jeder Wahl zugelegt hat, die Linksfraktion.PDS
ist?

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Holger Zastrow, FDP: Irgendwann, Herr Porsch, hat
alles mal ein Ende.

(Heiterkeit und Beifall, vor allem
bei der FDP und der CDU)

Ansonsten, sehr geehrte Damen und Herren, stört es mich
schon – das will ich in Richtung Koalition sagen –, dass

Sie schlichtweg nicht mitdiskutiert haben. Das finde ich
sehr schade, weil ich denke, dass wir alle bei diesem
Thema Handlungsbedarf haben. Mich wundert es ein
wenig, weil Sie den Handlungsbedarf, was die Altersver-
sorgung der Abgeordneten betraf, 2005 auch erkannt
haben, dass Sie diesmal nicht einmal an der Diskussion
teilnehmen.

Wir haben sachlich diskutiert, haben es absichtlich sehr
sachlich gemacht, weil wir denken, dass das ein Thema
ist, das wir angehen müssen. Ich weiß auch nicht, ob es
das richtige Signal ist, das wir nach außen senden, wenn
wir sagen: Wir schieben das einfach so weg und verwei-
gern sogar jede Diskussion über die Altersversorgung
unserer Minister.

Es ist aus meiner Sicht ein Stück Ungerechtigkeit – ein
Stück, was keinem wirklich weh tut, wenn wir es beheben
würden. Ich bin deswegen enttäuscht – das sage ich ganz
ehrlich –, und diese Enttäuschung nehme ich mit ins
Wochenende. Ich hoffe, Sie teilen diese Enttäuschung.

Tschüss.

(Beifall bei der FDP)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. –
Meine Damen und Herren! Das war das Schlusswort.
Nach dem Schlusswort kommt die Abstimmung. Meine
Damen und Herren, ich stelle die Drucksache 4/8829 zur
Abstimmung. Wer möchte der Drucksache zustimmen? –
Danke. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei zahl-
reichen Enthaltungen und Jastimmen dennoch mit Mehr-
heit abgelehnt.

Dieser Tagesordnungspunkt ist beendet. Meine Damen
und Herren! Die Linksfraktion.PDS hat inzwischen eine
verkürzte Tagesordnung produziert. Das war die
82. Sitzung des Sächsischen Landtages.

Das Präsidium hat den Termin für die 83. Sitzung auf
Mittwoch, den 4. Juli, festgelegt. Ich wünsche Ihnen einen
guten Nachhauseweg und ein sehr schönes Wochenende.

(Schluss der Sitzung: 16:55 Uhr)

HERAUSGEBER:

Sächsischer Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

www.landtag.sachsen.de

HERSTELLUNG:

Sächsischer Landtag
Parlamentsdruckerei
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel.: 0351-4935269
Fax: 0351-4935481

VERTRIEB:

Sächsischer Landtag
Informationsdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel.: 0351-4935341
Fax: 0351-4935488